

Stadtrat Nidau

PROTOKOLL

1. Sitzung des Stadtrates

21.03.2019, 18:30 – 23:00 Uhr

Aula Schulhaus Weidteile, Lyss-Strasse 34, 2560 Nidau

	Anwesend	Abwesend (entschuldigt)
Präsidentin:	Evard Amélie, FDP	
1. Vizepräsidentin:	Kast Esther, Grüne	
2. Vizepräsident:	Baumann Markus, SVP	
Stimmzählerin:	Kallen Noemi, SP	
Stimmzähler:	Spycher Thomas, FDP	
Mitglieder:	Blösch-Althaus Paul, EVP Bongard Bettina, SP Deschwanden Inhelder Brigitte, SP Döhrbeck Michael; Grüne Egger Tobias, SP Gabathuler Leander, SVP Grob Oliver, SVP Hauser Joel, EVP Jenni Hanna, PRR Kallen Nils, SP Kessi Damian, SP Kessi Valérie, SP Lehmann Ralph, FDP Leiser Matthias, FDP Lucchini-Gutiérrez Olea Maria del Carmen, Grüne Lützelschwab Rickenbacher Kathleen, SP Marolf Thomas, SVP Münger Tamara, BDP Pauli Pauline, PRR Romdhani Soumaya, Grüne Rubin Michael, Grüne Sauter Viktor, SVP Schneiter Marti Susanne, FDP Stucki-Steiner Carine, Grüne Wingeyer Ursula, SVP	
Der Stadtrat ist beschlussfähig.		

Gemeinderat: Hess Sandra, Stadtpräsidentin
Eyer Marc, Vizestadtpräsident
Fuhrer Martin
Friedli Sandra
Lutz Roland
Messerli Philippe
Schwab Kurt

Sekretär: Ochsenbein Stephan
Protokollführerin: Jennings Manuela

Planton: Thomas Huber

Abteilungsleitende: Rhiner Dominik
Spreyermann Christine
Zesiger Martin

Fachpersonen: Dudler Felix
Zoss Rudolf

Traktanden

1. Teil: Ehrung für besondere Leistungen

2. Teil: Traktanden

5

1. Protokoll Nr. 5 vom 22. November 2018 – Genehmigung
2. Jahresbericht der Aufsichtskommission 2018 - Kenntnisnahme
3. Seewassernutzung und Fernwärme – Bericht der Aufsichtskommission – Kenntnisnahme
4. Wahlen – Ersatzwahl Mitglied Einbürgerungskommission
5. Seewassernutzung und Fernwärme –Wiedererwägung
6. Umsetzung Bus 2020 – Investitionskredit
7. A5 Umfahrung Biel – Dialogverfahren zum Westast – Nachkredit
8. Baurechtliche Teilgrundordnung Altstadt – Genehmigung
9. Baurechtliche Teilgrundordnung Guido-Müller-Platz – Genehmigung

10. Leistungsvertrag Kultur Kreuz Nidau 2020 – 2023 – Genehmigung
11. Motion Pauline Pauli (PRR) – Für Nidauer Schulen ohne Smartphone
12. Motion Tobias Egger (SP) – Für bezahlbaren Wohnraum in der Stadt Nidau
13. Motion Tobias Egger (SP) – Umsetzung Öffentlichkeitsprinzip
14. Richtlinienmotion Markus Baumann (SVP) – Informationspflicht des Gemeinderates an den Stadtrat
15. Richtlinienmotion Bettina Bongard (SP) und Esther Kast (Grüne) – Mobiler Bücherschrank
16. Richtlinienmotion Kathleen Lützelschwab (SP) und Esther Kast (Grüne) – Aufnahme von Bootsflüchtlingen
17. Richtlinienmotion Kathleen Lützelschwab (SP) – Kunststoff-Recycling
18. Überparteiliches Postulat Noemi Kallen (SP) und Leander Gabathuler (SVP) – Schaffung eines Renovations- und Unterhaltsfonds Schulliegenschaften
19. Postulat Thomas Marolf (SVP) – Bauliche Massnahmen und richterliches Verbot auf dem ExpoPark-Areal
20. Postulat Noemi Kallen (SP) – Aktionsplan Sanierung Schulliegenschaften

Verhandlungen

10 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Sehr geehrte Stadtpräsidentin, sehr geehrte Mitglieder des Stadtrats, werte Vertreter der Verwaltung, geschätzte Medienvertreter, liebe Gäste im Publikum. Ich begrüsse Sie herzlich zur ersten Stadtratssitzung im laufenden Jahr. Speziell begrüssen möchte ich Herrn Damian Kessi. Wir wünschen ihm einen guten Start in seinem neuen Amt als Stadtrat.

15 Gerne möchte ich vor dem offiziellen Teil einige Worte an Sie alle richten. Ich möchte mich zuerst bei Ihnen, liebe Stadträtinnen und Stadträte, und vor allem bei meiner Fraktion für das Vertrauen bedanken, das Sie mir entgegengebracht haben bei der Wahl zur diesjährigen Stadtratspräsidentin. Es ist mir eine grosse Ehre dieses Amt als Jüngste in der Geschichte des Nidauer Stadtrates ausüben zu dürfen. Herzlichen Dank nochmals für meine Wahl.

20 Nidau ist eine attraktive Stadt mit hoher Lebensqualität, mit einem vielfältigen Vereinsleben und einem lebendigen Gewerbe, das in stetiger Weiterentwicklung steckt, wie wir auch heute Abend einmal mehr sehen werden. Es sind wichtige und zukunftsweisende Geschäfte bei uns auf dem Tisch, die für die Stadt Nidau und ihre Entwicklung von grosser Bedeutung sind. Umso mehr freut es mich zu sehen, wie konstruktiv und produktiv sich die Zusammenarbeit unter den Fraktionen entwickelt hat. Das heisst aber zum Glück nicht, dass nicht weiterhin sehr hart, aber gleichwohl

25 sachlich, diskutiert und unterschiedlich argumentiert wird. Ich bin überzeugt, dass wir bei der Arbeit zwischen den Ratsmitgliedern im laufenden Jahr der Legislatur mit harten, aber fairen und sachlichen Diskussionen und Abwägungen für die Stadt Nidau zukunftsorientierte Lösungen sowohl bei kleinen, wie aber auch bei grossen Projekten erarbeiten werden, damit Nidau nicht nur heute eine Stadt mit viel Lebensqualität ist, sondern auch in Zukunft bleibt.

30 In diesem Sinne bedanke ich mich heute für eine sachliche und konstruktive Zusammenarbeit unter uns Stadträten wie auch mit dem Gemeinderat und für Ihre Mithilfe, Geduld und den Support während den Sitzungen. Ich freue mich auf ein lehrreiches und spannendes Jahr.

35 **1. Teil: Ehrung für besondere Leistung im Bereich Kultur, Kunst, Soziales und Sport**

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Die heutige Sitzung hat zwei Teile. Wir beginnen mit der traditionellen Ehrung für besondere Leistungen. Nach einer Pause und dem Apéro werden wir uns den Sachthemen zuwenden. Für den ersten Teil erteile ich das Wort dem zuständigen Gemeinderat für das Ressort Bildung, Kultur und Sport, Marc Eyer.

Ressortvorsteher Bildung, Kultur und Sport, Marc Eyer: Sehr verehrter Stadtrat, sehr verehrte Gemeinderäte, liebe Damen und Herren aus dem Publikum, werte Presse, werte Mitarbeitende der Stadtverwaltung. Es ist wieder soweit, die Stadt Nidau darf heute Abend jemanden für seine verdienstvollen Tätigkeiten aus dem Bereich Kultur, Sport und Soziales ehren und jemandem heute Abend die Trophäe «Chapeau!» überreichen.

In diesem Jahr haben wir eine ganz besondere Ehrung vorzunehmen. Die Person, die wir heute Abend ehren, steht stellvertretend oder symbolisch für mehrere Personen, die einen ganz wichtigen Beitrag zum Leben in unserem Stedtl leisten.

50 Vielleicht fällt Ihnen, liebe Nidauerinnen und Nidauer, gar nicht wirklich auf, was im Winter in Nidau fehlt. Erst wenn die Tage wieder länger werden und das Frühlingserwachen die Menschen raus in die Gassen treibt, merkt man es: Es fehlt der Markt, jeden Mittwoch- und Samstagmorgen. Richtig Frühling ist es doch erst dann, wenn man sich am Samstagmorgen wieder auf unserem kleinen Marktplatz zwischen Salatköpfen, Rüben, Sellerie, Honig, Fisch und Blumen ein schönes Wochenende wünschen kann und vielleicht sogar Zeit findet, bei Markus Kellers Brotstand noch einen Kaffee zu trinken und über die anstehenden politischen Abstimmungen oder sonst über Gott und die Welt philosophieren kann.

Das Leben im Stedtl Nidau wäre nicht halb so lebendig ohne unseren kleinen aber feinen Markt mit seinen Marktfahrerinnen und Markfahrern. Der Gemüsestand von Iselis, Grünfelders Bio-Gemüsestand, Herrn Bissolottis Fischauto, Frau Bürgy mit ihrem eingemachten Obst, Schnittblumen von Frau Humnig, der Honig von Widmers, die Säfte von Frau Meyer und eben, Markus Kellers Brotstand.

Markus Keller ist ursprünglich ein Jegenstorfer und wohnt seit 1992 in Nidau. Anlässlich des Stedtlifests 1995 hatte der gelernte Konditor und Bäcker die Idee, am Samstag auf dem Markt Holzofenbrot und Gebäck anzubieten. Er mietete sich für zwei Monate einen Holzofen und fing an, jeden Freitag Backwaren bei sich zu Hause zu produzieren und am Samstag auf den Markt in Nidau zu bringen. Während der Woche verdiente er sein Geld als Maurer in Solothurn.

Nach diesen zwei Monaten wurde aber klar: seine alte Leidenschaft fürs Backen hat ihn wieder gepackt. Er kaufte einen Holzofen und eine Teigmaschine. Von da an war er jeden Mittwoch und Samstag auf dem Markt in Nidau anzutreffen. Am Anfang mit Fahrrad, Anhänger und einem einfachen Marktstand. Das ganze wurde ein kleines Familienunternehmen. Der Vater half beim Auf-

und Abbauen, die Mutter im Verkauf. Vor 10 Jahren kaufte Markus Keller dann einen Bus, der einerseits das Fahrrad ersetzte und andererseits gleich auch als Verkaufsfläche genutzt werden konnte – und eben noch vieles mehr. Nämlich hatte es in diesem Bus auch Platz für eine Kaffeemaschine. Mit ein paar Stühlen, Tischchen und Sonnenschirmen wurde aus dem Brotstand ein kleines Marktcafé, das ab sofort jeden Mittwoch und Samstag die Leute auf dem Markt zum Verweilen verlockte und zu einem veritablen Treffpunkt wurde.

Dieses Marktcafé ist zusammen mit dem Markt an sich eine riesengrosse Bereicherung für das öffentliche Leben im Stedtli. Man trifft sich, sieht alte Bekannte, lernt neue Leute kennen. Wie an einem Stammtisch wird diskutiert, getratscht und politisiert. Nach jeder langen Winterpause, wenn der Marktplatz sich wieder füllt und erwacht, freut man sich zwischen Gemüse und lokalen Produkten auf einen feinen Nussgipfel mit einem Kaffee.

Unsere Marktfahrerinnen und Marktfahrer haben stellvertretend durch Markus Keller mit seinem Marktcafé eine Ehrung verdient. Im Namen der Stadt Nidau möchte ich Ihnen, liebe Marktfahrerinnen und Marktfahrer, herzlich danken, und wünsche mir, dass dieser Markt mit anhaltendem Enthusiasmus und viel Liebe weitergepflegt wird und ihm Sorge getragen wird.

Lieber Markus Keller, liebe Marktfahrerinnen und Marktfahrer, herzlichen Dank für Ihr riesiges Engagement und herzlichen Applaus. Bevor die Trophäe überreicht wird übergebe ich das Wort der Stadtpräsidentin Sandra Hess.

Stadtpräsidentin, Sandra Hess: Liebe Anwesende, lieber Marktbeck Markus Keller, liebe Marktfahrer. Der Vizestadtpräsident Marc Eyer hat es gerade gesagt: Es ist ein untrügliches Zeichen, dass der Frühling da ist, wenn der Markt wieder offen ist. Gestern als ich durch Stedtli fuhr, brauchte ich einen Moment, um zu realisieren, warum wir auf einmal so viel Leben im Stedtli haben. Dann war natürlich klar: Der Markt ist wieder offen und bringt Leben in unsere Stadt. Aber nicht nur in die Stadt, sondern auch in die Restaurants und die Läden, was sehr wertvoll ist für die ganze Stadt. In diesem Sinne sind Sie zentral für unser Stedtli und für das Leben in unserem Stedtli. Sie sorgen für Kundschaft, aber auch dafür, dass man sich begegnet, zusammen plaudert und Kaffee trinkt.

Ich finde es immer bemerkenswert, dass sich dies nicht nur auf Nidauerinnen und Nidauer beschränkt, sondern über die Stadtgrenzen hinaus geht. So trifft man regelmässig Einwohnerinnen und Einwohner anderer Gemeinden, die nach Nidau kommen und darauf warten, dass der Markt endlich wieder aufgeht. Dafür gibt es das schöne technische Wort interkommunaler Austausch. Was dies aber konkret heisst, das wissen wir dank den Marktfahrern und natürlich dem Marktcafé, das dort seine Stühle, Tische und Sonnenschirme aufstellt. Dass der Nidauer Markt ein so beliebter Treffpunkt geworden ist, das hat natürlich zweifellos mit all den tollen Produkten zu tun, die Sie anbieten, aber es hat auch mit dem Marktcafé zu tun. Sie, lieber Herr Keller, Sie sorgen seit vielen Jahren in Nidau dafür, dass es dieses Café gibt. Wir haben es gehört, es hat als spontane Idee einst begonnen und es ist heute aus Nidau nicht mehr wegzudenken. Das Café ist eigentlich das, was heute als Pop-up Store bezeichnet würde oder als Pop-up Café in diesem Fall. Andernorts gilt dies als unglaublich innovativ und modern, in Nidau ist es längst erfunden und Teil unseres Kulturguts.

Das alles ist Ihren Verdienst, Herr Keller. Sie und Ihr Team erfüllen spontan und mit viel Herzblut die Bedürfnisse von Nidau und schaffen es mit einer unkomplizierten Art, einen Ort zum Verweilen aufzubauen. Und wenn mal jemand keinen Kaffee trinkt, kein Gipfeli isst und gleichwohl absitzt, sehen Sie grosszügig darüber hinweg. Das Marktcafé gibt dem Markt eine persönliche Note, es ist fester Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in Nidau und ich bin sehr froh, dass wir heute Abend die Gelegenheit haben, Ihnen dafür zu danken. Vielen herzlichen Dank für Ihr Herzblut und Ihr Engagement. Sie sind ein wichtiger Teil eines fröhlichen und unkomplizierten Lebens

120 in Nidau, dem Zusammenleben in Nidau. Ihr Engagement ist sehr wertvoll und ich hoffe, Sie und
Ihr Team sind stolz auf das, denn wir sind es ganz fest. Vielen Dank.

Ressortvorsteher Bildung, Kultur und Sport, Marc Eyer: Herr Keller erhält drei Dinge: Ers-
tens eine Urkunde, zweitens eine Prämie über 1'500 Franken und drittens unsere neue Trophäe.
125 Die Trophäe heisst «Chapeau», hergestellt vom Nidauer Künstler Ruedi Schwyn. Herzliche Gratulation.

Markus Keller: Ich habe mich zuerst etwas gegen diese Nomination gewehrt, genau wegen die-
sem Moment, in dem ich jetzt da stehe und vor der Regierung etwas sagen sollte. Wir fühlen uns
130 geehrt, dass Nidau erkannt hat, wie wichtig ein Markt ist für das Zusammengehörigkeitsgefühl ist.
Wir teilen Leid und Freude und beleben so das Stedtli. Wir danken für die Plattform, auf der wir
unsere Waren verkaufen dürfen. Vielen Dank.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Im Namen des Stadtrats möchte auch ich Herrn Keller zu
135 der wohlverdienten Auszeichnung ganz herzlich gratulieren. Das Apéro ist eröffnet. Die ordentli-
che Sitzung startet um 19.15 Uhr.

140 **2. Teil: Ordentliche Sitzung**

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Der Stadtrat ist gemäss Art. 20 der Geschäftsordnung
beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 16 Stimmen, die zwei Drittel Mehrheit 20 Stimmen.
Wünscht jemand aus der Ratsmitte die Diskussion von aktuellen Themen? Dies scheint nicht der
Fall zu sein.

145 Die Traktandenliste wurde fristgerecht mit dem Datum vom 7. März 2019 verschickt. Gibt es Än-
derungsanträge zur Traktandenliste? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Die Traktandenliste gilt
somit als genehmigt.

Es liegt eine Fraktionserklärung der SVP-Fraktion vor zu Littering beim Advents-Event Balainen.
Ich erteile das Wort Stadtrat Oliver Grob.

150 **Oliver Grob, SVP:** Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin, liebe Vertreter des Gemeinderats, liebe
Stadtratskollegen, am 29. November 2018 hat das Schulhaus Balainen zum jährlichen Advents-
Event eingeladen. Mit dieser Einladung wurden alle Teilnehmer dazu aufgerufen, selbst eine Tasse
mitzubringen. Es wurde, wie gehabt, Punsch ausgeschenkt und die kreativ dekorierten Advents-
155 Fenster der Schule bestaunt, die wie jedes Jahr von den Schülerinnen und Schülern mit viel Liebe
zum Detail gebastelt wurden.

Markus Baumann nahm an diesem Event teil und war schon beim Ausschank konsterniert, dass
erneut kein Mehrweggeschirr verwendet wurde, sondern Kartonbecher. Die beiden SVP-Stadträte
Markus Baumann und Oliver Grob waren am späteren Abend noch an einer Veranstaltung und als
160 sie gegen 22 Uhr auf dem Heimweg am Schulhaus Balainen vorbei fuhren, traf sie fast der
Schlag.

Überall vor dem Schulhaus verteilt lagen diese Becher auf dem Trottoir, auf der Strasse, auf dem
Schulhausareal selbst und auch auf angrenzenden Privatgrundstücken. Die Schule Balainen orga-
nisierte an jenem Abend regelrecht eine gross angelegte Littering-Aktion.

165 Die SVP Nidau empfindet es als eine absolute Unverschämtheit, dass einmal mehr bei einem
Schulevent das Abfallreglement mit Füßen getreten wird. Doch nicht nur das: Die Verantwortli-
chen scheinen es auch nicht für nötig gehalten haben, entsprechend Abfalleimer aufzustellen und

dafür zu sorgen, dass die Kartonbecher zumindest ordentlich entsorgt werden. Auch scheint am Ende der Veranstaltung niemand einen Kontrollgang gemacht zu haben bzw. es schien sich offenbar niemand verantwortlich gefühlt zu haben, diese riesige Sauerei aufzuräumen.

170 Andere drangsalieren und auf das Reglement pochen, bei eigenen Veranstaltungen aber darauf pfeifen: Das scheint hier das Motto der Gemeinde Nidau zu sein. Die SVP Nidau kritisierte bereits beim letzten solchen Ereignis am Schulfest Weidteilen die Nichteinhaltung des Reglements. Am selben Abend an der Stadtratssitzung erkundigte sich Oliver Grob zu der Umsetzung des Be-

175 schlusses. Folgende Antwort der zuständigen Gemeinderätin Sandra Friedli wurde protokolliert: «Die Ressortvorsteherin Sicherheit (Sandra Friedli) führt aus, dass alle Veranstalter über die Mehrweggeschirrpflicht informiert werden, allerdings noch nicht alle gleich geübt sind bezüglich Umsetzung. Kontrollen werden durchgeführt und Bussen erteilt. Etwa am Stedtlifest gibt es ein, zwei Wiederholungstäter, welche auf der schwarzen Liste gelandet sind. »

180 Man sieht, wie ernst das hier genommen wurde - nämlich gar nicht. Aber nicht mehr mit uns - die SVP fragt den Gemeinderat konkret an: Wer muss hier angezeigt werden? Es kann nicht sein, dass eigene Regeln wiederholt nicht eingehalten werden. Die SVP wird künftig bei Widerhandlungen umgehend Anzeige gegen den entsprechenden verantwortlichen Organisator stellen, um dem künftig einen Riegel zu schieben. Wenn der Gemeinderat nicht willens ist, ein moderates Abfall-

185 reglement für die Nidauer Vereine und Geschäfte umzusetzen, sich seine Abteilungen selber aber nicht ans Reglement halten, sehen wir keine andere Möglichkeit.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Oliver Grob. Es liegt zudem eine überparteiliche Fraktionserklärung der Fraktionen SP, SVP, EVP/Grüne und den Bürgerlichen vor. Gerne erteile ich einem der Fraktionspräsidenten das Wort, Ralph Lehmann.

190

Ralph Lehmann, FDP: Frau Stadtratspräsidentin, werte Anwesende, guten Abend. Als ältester Fraktionspräsident lese ich die überparteiliche Fraktionserklärung vor. Es ist mir wichtig, dass Sie wissen, dass sämtliche Fraktionen im Stadtrat diese Erklärung unterstützen und grossmehrheitlich alle Stadträtinnen und Stadträte.

195 Das Verhalten des Gemeinderats von Nidau im Geschäft Seewassernutzung und Fernwärme Nidau hat in der Vergangenheit sowohl verwaltungsintern, wie aber auch in der Öffentlichkeit grosse Unsicherheit ausgelöst. Die Folgen dieses Verhaltens sind eine grosse Unzufriedenheit im Stadtrat, in der Verwaltung aber auch im Umfeld der Stadt Nidau.

200 Sämtliche Fraktionen im Stadtrat von Nidau sehen sich gezwungen, Ihre Unzufriedenheit aufzuzeigen und erklären sich grossmehrheitlich wie folgt:

Der Stadtrat hat im September 2017 den Gemeinderat beauftragt, eine Konzession für die Seewassernutzung zu erlangen, mit einer Nutzungsdauer von 40 Jahren. Ziel dieses Auftrages war, dass sich die Stadt Nidau eine nachhaltige und umweltverträgliche Lösung für die Wärmeerzeugung für die Zukunft sichern kann. Ab diesem Zeitpunkt oblag die Erledigung dieses Geschäftes in den Händen des Gemeinderats. Er sollte mit Hilfe der Verwaltung, aber auch mit externen Stellen (ESB) die Konzession erlangen.

205 Wir alle waren sehr erstaunt, als uns der Gemeinderat im November 2018 bat, das Konzessionsgesuch aus verschiedenen Gründen zurückzuziehen. Die Begründungen für diesen Abbruch waren unverständlich und die dem Stadtrat zur Verfügung stehenden Unterlagen waren unvollständig und verwirrend. Dem Stadtrat blieb somit nichts anderes übrig, als das Geschäft zurückzuweisen. Gegensätzliche Aussagen, fehlende Grundlagen und Gerüchte veranlassten den Stadtrat eine Untersuchung des Geschäfts durch die Aufsichtskommission zu veranlassen.

210 Der Bericht der AK, aber auch die Befragung der Beteiligten im Zusammenhang mit der Wiedererwägung des Geschäfts für diese Sitzung und damit verbundene Einsicht in weitere Dokumente

215

und Unterlagen, zeigen auf, dass der Gemeinderat in diesem Geschäft seine Aufgaben und Führungsverantwortung nicht wahrgenommen hat.

Der Gemeinderat hat nicht im Sinne des Stadtrats gehandelt und dabei auch Dritte, namentlich den ESB, vor den Kopf gestossen und weitere Parteien (Kanton Bern, Stadt Biel, sowie mögliche
220 Endkunden wie SIP und Campus) unnötig verunsichert. Er hat die Stadt Nidau zudem in die unvorteilhafte Position manövriert, in welcher sie ohne Einverständnis eines neuen Konzessionsnehmers keinen Einfluss mehr hat auf wichtige Parameter, wie beispielsweise eine Erstellungsgarantie für das Fernwärmenetz Nidau oder die Gestaltung von Energiepreisen.

Weiter hat der Gemeinderat mit seinem Vorgehen in diesem Geschäft dem Image der Stadt Nidau
225 geschadet und intern, wie auch extern an Glaubwürdigkeit verloren. Wichtige Mitarbeitende mit jahrelanger Erfahrung haben die Abteilung Infrastruktur freiwillig oder unfreiwillig verlassen oder werden dies demnächst tun. Zentrale Gemeindeaufgaben sowie die Aufbereitung von wichtigen Geschäften können deshalb zurzeit kaum mehr sichergestellt werden.

Die Fraktionen zeigen sich zutiefst besorgt über die aktuellen gemeindeinternen Abläufe, über die
230 strategischen Kurswechsel des Gemeinderats und über die fehlende Transparenz und Ehrlichkeit der Regierung gegenüber dem Stadtrat. Das Vertrauensverhältnis gegenüber dem Gemeinderat ist stark geschädigt und wir erwarten eine rasche Klärung vom Gemeinderat.

Als wichtigstes Ziel erachtet es der Stadtrat, dass sich die Stadt Nidau die Mitsprache im Projekt Seewassernutzung bei Betrieb, Vertrieb und Kosten sichert. Dadurch soll die Wärme- / Kälte-Ver-
235 sorgung der Stadt Nidau mit einer nachhaltigen Lösung zu guten Konditionen für die Zukunft garantiert werden. Aus diesem Grund werden wir einen überparteilichen Vorstoss einreichen, mit dem wir fordern, dass die Landabgabe im Baurecht an einen neuen Konzessionsnehmer an Bedingungen geknüpft wird, welche der Stadt Nidau die genannten Einflussmöglichkeiten erbringen.

240

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Ralph Lehmann. Bevor wir zur Behandlung der Traktandenliste übergehen, erlaube ich mir noch eine organisatorische Anmerkung: Ich bitte Sie, die parlamentarischen Vorstösse, die kursieren, zum Schluss der Sitzung dem Ratsbüro abzugeben. Vielen Dank. Wir kommen zur Behandlung der Traktandenliste.

245

1. Protokoll Nr. 5 vom 22. November 2018 - Genehmigung

Sitzung

21. März 2019

nid 0.1.6.1 / 1

[Protokoll](#)

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst mit 28 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen:

250

1. Das Protokoll der 5. Sitzung vom 22. November 2018 wird genehmigt.

2. Jahresbericht der Aufsichtskommission 2018

Ressort
SitzungAufsichtskommission
21. März 2019

nid 0.1.8.3 / 2

[Antrag an den Stadtrat](#)

255 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Wir kommen zum Traktandum 2, dem Jahresbericht der Aufsichtskommission 2018. Eine Abstimmung zu diesem Jahresbericht findet nicht statt. Der Rat nimmt den Bericht lediglich zur Kenntnis. Ich erteile das Wort dem Präsidenten der Aufsichtskommission, Oliver Grob.

260 **Präsident Aufsichtskommission, Oliver Grob:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Wenn ich auf den Jahresbericht der Aufsichtskommission von 2018 zurückblicke, scheint mir dieser schon sehr weit zurück zu liegen. Vor allem die Anzahl Sitzungen, welche die Aufsichtskommission in der Zwischenzeit hatte, ist dementsprechend hoch. Ich möchte mich in Hinblick auf den restlichen Sitzungsverlauf kurz fassen. Über die einzelnen Themen möchte ich nicht im Detail
265 sprechen, es sei denn, jemand hat diesbezüglich eine Frage.

Die frisch zusammengesetzte Aufsichtskommission und die zum Grossteil frisch gewählten Mitglieder der Aufsichtskommission haben sich rasch in ihrer Rolle gefunden und haben sofort an einem Strang gezogen. Es ist ein tolles Team. Die Zusammenarbeit funktioniert hervorragend. Jedes Mitglied leistete im vergangenen Jahr und auch in diesem Jahr einen top Einsatz. In der Aufsichtskommission wird Sachpolitik grossgeschrieben, auch das will ich hier erwähnt haben. Ebenfalls möchte ich die Arbeit unserer Sekretärin Monika Heuer erwähnen, die es immer wieder schafft, unsere Diskussionen in perfekte Sätze zu giessen. Dafür ein grosser Dank. Im Namen der Aufsichtskommission möchte ich auch den Angestellten der Verwaltung danken für ihren täglichen Einsatz und die Unterstützung unserer Arbeit. Ebenfalls danken möchten wir dem Gemeinderat
270 für die gute Kooperation im 2018 und hoffen, dass diese 2019 fortgesetzt wird. Vielen Dank.
275

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Oliver Grob. Gibt es Fragen zum Bericht? Dem scheint nicht der Fall zu sein.

Stadtratsbeschluss

280 Der Stadtrat beschliesst gestützt auf Art. 10 Abs. 3 des Reglements der Aufsichtskommission:

1. Der Jahresbericht 2018 der Aufsichtskommission wird zur Kenntnis genommen.

3. Seewassernutzung und Fernwärme – Bericht Aufsichtskommission

Ressort	Aufsichtskommission
Sitzung	21. März 2019

nid 0.3.1 / 2.1

285 [Antrag an den Stadtrat](#)

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Wir gehen über zu Traktandum 3, Seewassernutzung und Fernwärme – Bericht der Aufsichtskommission. Auch zu diesem Thema haben Sie den Bericht der Aufsichtskommission erhalten, welcher gemäss dem Auftrag des Stadtrats vom 22. November 2018 betreffend dem Geschäft «Seewassernutzung und Fernwärme, Verzicht der Erlangung einer
290 Konzession zur Seewassernutzung für Wärme und Kälte bei einer Konzessionsdauer von 40 Jahren» erarbeitet wurde. Eine Abstimmung zu diesem Bericht der Aufsichtskommission findet ebenfalls nicht statt. Der Rat nimmt von diesem Bericht lediglich Kenntnis. Ich erteile nochmals das Wort dem Präsidenten der Aufsichtskommission, Oliver Grob.

295 **Präsident Aufsichtskommission, Oliver Grob:** Nochmals, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Auch hier möchte ich als Erstes den Mitgliedern der Aufsichtskommission für Ihren hohen Einsatz danken. Seit der letzten Stadtratssitzung sind wir insgesamt 6 Sitzungen und ungefähr 30

Stunden Sitzungszeit zusammen gegessen und haben den Bericht, den wir heute Abend zur Kenntnis nehmen, erarbeitet. Wir haben versucht, den Bericht möglichst objektiv zu gestalten und haben Vollgas gegeben. Auch möchte ich hier noch einmal ein grosses Danke an unsere Sekretärin Monika Heuer aussprechen, die uns diesbezüglich super unterstützt hat.

Auf den Bericht selbst möchte ich nicht gross eingehen. Es hat sich ein kleiner Tippfehler eingeschlichen. Auf Seite 4, beim drittletzten Punkt: Die Interpellation von Stadträtin Susanne Schneyter Marti wurde für die Stadtratssitzung vom 20. September 2018 eingereicht und nicht 2019. Wir entschuldigen uns dafür.

Im Anhang zum Bericht haben Sie zudem das Schreiben des Gemeinderates erhalten. Anhand dessen möchte ich kurz die Sicht der Aufsichtskommission schildern. Es wird in diesem Schreiben beschrieben, dass die Aufsichtskommission gemäss Artikel 10 des Reglements der Aufsichtskommission dem Gemeinderat und Dritten keine Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben hat. Das kann ich so nicht stehen lassen. Bereits am 21. Februar 2019 nach Erhalt des E-Mails des Stadtschreibers habe ich folgende Antwort gegeben: «Zitat Artikel 10 Absatz 1 Die Aufsichtskommission gibt der betroffenen Stelle Gelegenheit zur Stellungnahme, bevor sie über festgestellte Mängel oder Empfehlungen beschliesst oder berichtet. Absatz 2 Sie bringt dem Gemeinderat Beanstandungen zur Kenntnis, bevor sie den Stadtrat darüber informiert.» Meines Erachtens haben wir im Bericht keinerlei Mängel, Empfehlungen oder Beanstandungen beschlossen oder berichtet, sondern anhand der uns ausgehändigten Daten den geforderten Bericht für den Stadtrat erstellt. Unserer Ansicht nach ist der Bericht nicht wertend verfasst. Mit Hinblick auf die Dringlichkeit, die das Geschäft für den Kanton und die betroffenen Stellen hat, wollten wir nicht unnötig Zeit verstreichen lassen, um nicht als Showstopper zu agieren. Deshalb haben wir darum gebeten, das Geschäft für den 21. März 2019 zu traktandieren. Wir haben auch im Nachhinein die Chance gegeben, entsprechend Stellung zu nehmen. Wir haben wie erwähnt in diesem Schreiben die Stellungnahme ermöglicht, obwohl dies unseres Erachtens eigentlich nicht nötig ist, da der Bericht zuhanden des Stadtrates zu erstellen gewesen war.

Im Begleitbrief sind vier Punkte im Speziellen erwähnt, die ich hier kurz kommentieren möchte. Punkt 1 nehmen wir von der Aufsichtskommission so zur Kenntnis. Bei Punkt 2 heisst es, dass die Äusserung von Stadtpräsidentin Sandra Hess vom 22. Mai 2018 unbelegt sei. Das ist korrekt. Wir entschuldigen uns dafür, es hat sich ein Tippfehler eingeschlichen, es war am 23. Mai 2018. Zu Punkt 3: Tatsache ist, dass an der Gemeinderatssitzung vom 4. September 2018 das Protokoll rückwirkend korrigiert wurde. Es ging dabei um die Streichung einer Ziffer. Anhand der uns ausgehändigten Daten liess sich leider nicht abschliessend klären, wie dies zustande gekommen ist. Punkt 4: Hier geht es um Garantien gegenüber dem Kanton. Dort hat der Gemeinderat erst nach Erwägung der rechtlichen Abklärungen entsprechend kommuniziert. In derselben E-Mail vom 31. August 2018 spricht er selbst davon, dass dem Kanton am 22. August 2018 Garantien abgegeben wurden. Ich habe die entsprechenden Unterlagen dabei, möchte deren Inhalt, wie ebenfalls vom Gemeinderat moniert wurde, nicht in epischer Breite streuen und erspare es Ihnen, entsprechende Passagen zu zitieren.

Wie erwähnt, hält uns der Gemeinderat vor, seine Protokolle in epischer Breite und zusammenhanglosen Zitaten der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu haben. Ich möchte lediglich erwähnen, dass die Aufsichtskommission ca. zwei Bundesordner gefüllt mit E-Mails, Konversation, Gemeinderatsprotokollen, Stadtratsprotokollen, und so weiter erhalten hat, und versuchte, diese mit einem chronologischen Bericht einigermaßen verständlich zusammenzufassen. Wir haben uns auf das Wichtigste in der Kürze konzentriert und dort wo notwendig, die entsprechenden Passagen zitiert, um eben diese Aussagen nicht aus dem Kontext zu reissen. Ebenfalls sind uns die Wahrung der Persönlichkeitsrechte sowie des Datenschutzes wichtig. Da der Bericht unseres Erachtens aber wie gesagt nicht wertend verfasst wurde und niemandem etwas vorgeworfen

wird, haben wir den Bericht bewusst nicht anonymisiert, da er sonst für den Stadtrat schlicht und einfach nicht mehr nachvollziehbar gewesen wäre. An dieser Stelle möchte ich nun schliessen. Da wir anscheinend den hohen Anforderungen des Gemeinderats nicht vollständig nachgekommen sind, hofft die Aufsichtskommission wenigstens, dass der Stadtrat einen entsprechenden Überblick über das Geschäft Seewassernutzung bekommen hat. Vielen Dank.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Oliver Grob. Gibt es Wortmeldungen oder Fragen zu diesem Bericht der Aufsichtskommission? Ich gebe Stadtrat Leander Gabathuler das Wort.

Leander Gabathuler, SVP: Geschätzte Stadtratspräsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, lieber Gemeinderat. Vorhin wurde gesagt, es finde keine Diskussion statt. Wie verhält sich dies nun?

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Es wird kein Antrag für eine Diskussion benötigt, das haben wir vorgängig abklären lassen. Ein Antrag nach Artikel 27 der Geschäftsordnung ist nicht erforderlich, entsprechend sind Wortmeldungen erlaubt.

Leander Gabathuler, SVP: Besten Dank. Ebenfalls besten Dank an den Präsidenten der Aufsichtskommission, Oliver Grob, für dieses Votum im Namen der Aufsichtskommission und auch besten Dank an die Kommission selbst. Unserer Meinung nach hat die Aufsichtskommission einen tollen Job gemacht, einen extrem pingeligen Job, aber so muss es ja auch sein. Sie haben mehrere Wochenende und dutzende Stunden damit verbracht, diesen Bericht zu erstellen und wir sind der Auffassung, dass die Aufsichtskommission den Auftrag des Stadtrats voll und ganz erfüllt hat. Wie auch Oliver Grob sagte, ist die chronologische Auflistung der Ereignisse nachvollziehbar und nicht wertend.

Die Aufsichtskommission hat als Aufsichtsorgan der Stadt Nidau äusserst bedenkliche Mängel bei der Arbeitsweise des Gemeinderats aufgedeckt, wie dies auch bereits in der überparteilichen Fraktionserklärung erwähnt wurde. Die Reaktion des Gemeinderats auf die Arbeit der Aufsichtskommission und ihren Bericht finde ich daher sehr stossend. Es ist der Aufsichtskommission ihren Job, Mängel aufzudecken und den hat sie sehr gut gemacht. Sie haben es in der Fraktionserklärung gehört, der Stadtrat ist gar nicht zufrieden mit der Arbeitsweise des Gemeinderats. Ich bin mir sicher, aus den anderen Fraktionen wird es noch Wortmeldungen zum Bericht geben. Mich persönlich, unsere Fraktion und ich glaube alle hier anwesenden würde es sehr interessieren, was der Gemeinderat zum jetzigen Zeitpunkt zu unserem Votum zu sagen hat und wir werden nachdem wir ihn angehört haben unser Fazit ziehen.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Leander Gabathuler. Gibt es weitere Wortmeldungen zum Bericht? Stadträtin Hanna Jenni, Sie haben das Wort.

Hanna Jenni, PRR: Guten Abend miteinander. Ich bin einfach froh, dass das die Aufsichtskommission als Datenschutzbeauftragte diesen Bericht herausgegeben hat. Sie wissen ja, wie der Datenschutz gehandelt wird. Vom Präsidenten der Aufsichtskommission Oliver Grob haben wir vorhin gehört, es seien keine Mängel aufgedeckt worden und es sei nicht in irgendeiner Form bewertet worden. Trotzdem höre ich jetzt von Stadtrat Leander Gabathuler, dass gravierende Mängel aufgedeckt wurden in diesem Bericht. Ich gehe davon aus, dass das Gemeinderatsprotokoll nach wie vor nicht öffentlich ist. Oder habe ich da etwas verpasst? Ich finde es sehr bedenklich, dass

geheime Unterlagen so publiziert werden, inklusive Presse. Darum bin ich froh, hat das die Aufsichtskommission machte, die hat ja alles überprüft mit dem Datenschutz. Was mich schockiert hat, ist der Brief des Gemeinderats. Es kam mir vor, wie wenn jemand vor den Richter gezerrt wird, angeschuldigt wird und nichts zu sagen hat, schon gar nicht irgendwie noch Einfluss zu nehmen, also die Korrekturen anzubringen, auf welche man noch hätte hinweisen können. Ich persönlich finde schon, dass dieser Bericht der Aufsichtskommission eine Bewertung beinhaltet. Das ist ganz klar für mich. Vielen Dank.

400

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Gibt es weitere Wortmeldungen? Sie haben das Wort, Stadträtin Brigitte Deschwanden Inhelder.

Brigitte Deschwanden Inhelder, SP: Werte Anwesende, guten Abend miteinander. Vielen Dank, dass wir uns hierzu äussern dürfen, obwohl dies nur eine Kenntnisnahme ist. Für mich ist das grosse Thema dieses Berichtes – ein Dank an die Aufsichtskommission für ihre Arbeit – warum dieser Bericht öffentlich ist? Wir haben Datenschutz gegenüber Persönlichkeiten drin, wir haben Gemeinderatsprotokolle drin. Ich hatte den Eindruck, der Bericht gehört wohl an den Stadtrat, aber nicht öffentlich. Warum hat unsere Verwaltung in Nidau diesen Bericht öffentlich gemacht? Das ist eine Frage, die ich so in den Raum stellen möchte. Ich störe mich daran und auch der Gemeinderat hat sich daran gestört. Ich bin aber für die grosse Arbeit dankbar, es hat für mich einige Dinge geklärt, aber warum ist dieser Bericht öffentlich?

410

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Brigitte Deschwanden Inhelder. Ich glaube, dass die Frage von der Verwaltung gehört wurde und ich nehme an, dass eine Antwort erteilt wird. Stadtrat Paul Blösch hat nun das Wort.

415

Paul Blösch, EVP: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Stadtratspräsidentin, ich nehme rasch zu dieser Frage von Brigitte Deschwanden Inhelder Stellung als Vizepräsident der Aufsichtskommission. Warum dieser Bericht öffentlich geworden ist, das haben wir als Stadträte zu verantworten. Wir haben den Beschluss gefasst, dass die Aufsichtskommission einen Bericht verfasst. Ein Bericht ist ein Geschäft des Stadtrates und sämtliche Stadtratsgeschäfte sind automatisch öffentlich. Ich habe noch nie erlebt, dass ein Geschäft, das in den Stadtrat gekommen ist, nur unter uns wäre behandelt worden wäre. Die Geschäfte des Stadtrats sind öffentlich und werden auf der Website publiziert. Hätte man dies so nicht gewollt, so hätte man den Auftrag der Aufsichtskommission nicht erteilen sollen. Das möchte ich hier klar festhalten. Ich möchte auch Stadträtin Hanna Jenni noch entgegenen, dass wir uns extrem Mühe gegeben haben, dass wir keine Anschuldigungen machen, keine Unterstellungen, keine Mängel benennt haben. Wenn jemand den Eindruck hat, es seien daraus Mängel ersichtlich, so ist dies dessen persönliches Urteil. Wir haben uns in den Schlusssätzen unseres Berichtes extrem darum gerungen - alle Parteien sind in der Aufsichtskommission vertreten - keine Schuldzuweisungen oder Unterstellungen zu machen. Sie können dies Wort für Wort nachlesen. Wir schreiben dort, dass es uns ein grosses Anliegen war, aufzuzeigen, welche Wendungen dieses Projekt genommen hat und was den Gemeinderat dazu bewogen hat, im August 2018 dieses Geschäft zu sistieren. Das haben wir gezeigt und das ist auch der Tenor, der sich durch unseren Bericht zieht. Wir haben es wirklich nicht verstanden, dass der Gemeinderat nachher so pikiert reagiert. Auch wenn man jetzt von gewisser Seite sagt, da seien Schuldzuweisungen oder Mängel aufgelistet worden, das war uns äusserst wichtig, dass wir dies bewusst nicht getan haben.

420

425

430

435

440 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Vielen Dank Paul Blösch. Gibt es andere Wortmeldungen zu diesem Bericht der Aufsichtskommission? Ich möchte gerne darauf hinweisen, dass ich beim Traktandum 5 keine weiteren Voten zum Bericht zulassen werde. Ich erteile das Wort Stadtrat Leander Gabathuler.

445 **Leander Gabathuler, SVP:** Besten Dank. Wir haben es gehört: Der Stadtrat ist sehr unzufrieden. Der Gemeinderat hat die Arbeit der Aufsichtskommission als nicht genügend betitelt. Ich nehme die Gelegenheit wahr, hier im Namen unserer Fraktion ein paar Punkte zu erwähnen: Nach unserer Meinung ist einzig und allein die Arbeit des Gemeinderats ungenügend. Die Fraktionen haben sich in den vergangenen Tagen getroffen und Einblick in die detaillierten Projektunterlagen erhalten. Unterlagen, welche die Geschäftsprüfungskommission und Aufsichtskommission zum Teil nicht hatten. Man könnte dem Gemeinderat vorwerfen, dass er diese Unterlagen den Kommissionen und dem Stadtrat verschwiegen habe oder zumindest deren Inhalt. Wir haben das letzte Wochenende damit verbracht, zu acht – jeweils zwei aus jeder Fraktion – diese Unterlagen detailliert durchzuschauen und unter die Lupe zu nehmen. Die SVP-Fraktion hat aufgrund dieser Erkenntnisse die Situation neu beurteilen müssen. Ich halte davon folgende Punkte fest:

450

455 Wie schon erwähnt, hat der Gemeinderat dem Stadtrat und allen voran auch der Aufsichtskommission und der Geschäftsprüfungskommission Unterlagen vorenthalten oder deren Inhalt verschwiegen. So ist es schlichtweg falsch, dass es fehlende Unterlagen gibt. Es gibt Business-Pläne. Sie haben diese alle gesehen in den verschiedenen Fraktionen. Stapelweise Dokumente A3 Finanzierungsberechnungen vom ESB. Es gibt zudem Business-Pläne von der Stadt Nidau intern per

460 März und September 2018. Zudem ist es unserer Ansicht nach irreführend, wenn der Gemeinderat schreibt, Nidau habe kein fertiges Projekt und der Kanton würde allfällige Konzessionsgesuche ablehnen. Nach dem Durchfilzen der Unterlagen sind wir zum Schluss gekommen, dass das Projekt bereits im Spätsommer 2018 in einem sehr weit fortgeschrittenen Stadium war. Es gibt

465 Pläne, detaillierte Projektunterlagen, Business-Pläne, Transferpreis, Energiepreis, Baupläne, Richtofferten, Leitungsführungen und so weiter.

Zweitens: Nach unserer Meinung hat der Gemeinderat seine Pflichten und dringenden Pendenzen haarsträubend vernachlässigt. So haben wir beispielsweise entdeckt, dass eine Offerte eines Treuhänders zur Erstellung von vier detaillierten Finanzierungsmodellen drei Monate liegen blieb und erst acht Tage bevor der Gemeinderat das Projekt abgeschossen hatte plötzlich intern weitergeleitet wurde. Wir haben auch eine Abrechnung per Ende 2018 gefunden, die den Schluss zulässt, dass die entsprechenden Arbeiten nie gemacht wurden. Der Gemeinderat verwendet nun die fehlenden finanziellen Berechnungen als Argument dafür, sich vom Projekt zurückzuziehen.

470

Drittens: Wie im Bericht der Aufsichtskommission zu lesen ist, fehlen entsprechende Aktennotizen von Treffen, von denen wir wissen, dass sie stattgefunden haben. Und das erweckt bei uns den Eindruck, dass der Gemeinderat weiterhin Informationen vorenthält. Wie bereits in der überparteilichen Fraktionserklärung erwähnt, ist er aus unerklärlichen Gründen vom stadträtlichen Auftrag abgewichen. Sie lesen dies auch im Bericht der Aufsichtskommission. Gestartet ist das Projekt zusammen mit dem ESB, danach wollte man es im Alleingang machen und anschliessend gar nicht mehr. Damit hat man Dritte vor den Kopf gestossen.

480

Viertens: Es liegt unserer Meinung nach ein gewaltiges Führungsversagen des Gemeinderats gegenüber dem Personal vor. Das Konzessionsgesuch, das eigentlich zusammen mit dem ESB hätte eingereicht werden sollen, wurde nur von der Stadt Nidau unterschrieben. Nach dem Projektstopp vom 21. August 2018 sind weitere Projektunterlagen erstellt worden ohne dass die Stadt Nidau oder der Gemeinderat entsprechend Personen angehalten hat, damit zu stoppen. Es hat sich im Nachhinein aber herausgestellt, dass der Gemeinderat selbst das Projekt gar nicht hätte stoppen

485

dürfen. Auch das konnte dem Bericht der Aufsichtskommission entnommen werden. Er hat rechtliche Abklärungen gemacht, der Gemeinderat hat uns im September informiert und des Weiteren versprochen, Projektunterlagen herauszugeben, bevor der Stadtrat entscheidet. Auch das wäre
490 widerrechtlich gewesen, wie sich im Nachhinein herausgestellt hat.

Fünftens: Wir fragen uns, weshalb der Gemeinderat per 3. Juli 2018 einen Nachkredit von 48'000 Franken gesprochen hat, wenige Wochen bevor er das Projekt plötzlich abgeschlossen hat.

Sechstens: Der Gemeinderat kommuniziert in den letzten Wochen vorwiegend mit Anwälten. Das symbolisiert das schwer beschädigte Vertrauensverhältnis nicht nur vom Stadtrat gegenüber dem
495 Gemeinderat sondern auch umgekehrt, vom Gemeinderat gegenüber dem Stadtrat. Für uns ist klar, dass ein solches Verhältnis zwischen Regierung und Parlament keine Zukunft hat. Noch ein Wort zum ESB: Wir stellen fest, dass der ESB der Stadt Nidau mehrere interessante Vorschläge für eine gemeinsame Trägerschaft angeboten hat. Auch das ist im Bericht der Aufsichtskommission zu lesen. Es ist selbstverständlich, dass im Rahmen von Detailverhandlungen nicht immer
500 Einigkeit herrscht und beide Seiten ihre Interessen vertreten. Wir stellen fest, dass der ESB zu recht irritiert über das Vorgehen des Gemeinderats reagiert hat. Im Hinblick auf die überparteiliche Motion, die heute eingereicht wird, hofft die SVP, dass die Gesprächsbereitschaft beim ESB für eine künftige Zusammenarbeit trotz allen Vorkommnissen nach wie vor vorhanden ist und dass der ESB versteht, dass der Gemeinderat mit seinem Vorgehen nicht nur den ESB sondern
505 auch den Stadtrat vor den Kopf gestossen hat.

Wir halten als zweitletzten Punkt fest, die SVP-Fraktion hält fest, hätte der Gemeinderat die Fakten und die Projektunterlagen bereits an der letzten Stadtratssitzung im November offen gelegt, dann hätte der Stadtrat über das weitere Vorgehen entscheiden können, sachlich und zum Wohl der Stadt Nidau. Dann hätte man dem Gemeinderat wahrscheinlich auch verzeihen können, was
510 er bis dahin falsch gemacht hatte. Heute ist das unmöglich, wie man im Traktandum 5 sehen wird. Der Gemeinderat lässt dem Stadtrat praktisch keine Wahl.

Zum letzten Punkt: Der Gemeinderat hat für die Gemeinde Nidau einen enormen Imageschaden verursacht und zu einem regelrechten Exodus aus der Abteilung Infrastruktur gesorgt. Bald wird die Abteilung Infrastruktur noch von einer Sachbearbeiterin und einer Lernenden besetzt. Wie wir
515 gehört haben, können derzeit absolut zentrale Gemeindeaufgaben kaum bewerkstelligt werden und müssen grösstenteils extern und teuer eingekauft werden. Das besorgt uns zutiefst. Auch hierzu wird ein Vorstoss eingereicht. Ich möchte noch darauf verweisen, dass die von uns durchfilzten Projektunterlagen auf der Verwaltung einsehbar sind. Als Stadträte haben wir Einsicht in Dokumente und wir haben unsere Verantwortung wahrgenommen und das Projekt nochmals ganz
520 klar durchgefilzt. Mich würde interessieren, was der Gemeinderat dazu zu sagen hat, dass er Aussagen tätigt, wie zum Beispiel im Protokoll der letzten Stadtratssitzung, dass über die Rentabilität keine Auskunft gegeben werden könne oder auch jetzt an dieser Stadtratssitzung, dass die finanzielle Situation absolut unklar ist und Businesspläne fehlen.

525 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Vielen Dank Leander Gabathuler. Ich erteile nun das Wort Stadtrat Tobias Egger.

Tobias Egger, SP: Ich möchte nur kurz Antwort geben auf das Statement im Namen der SP-Fraktion. Wir möchten uns ganz klar davon distanzieren. Es geht nicht um einzelne Punkte, es
530 geht nicht um den Inhalt des Statements. Es geht vielmehr um die Art und Weise. Selbstverständlich haben wir überparteilich diese Unterlagen gesichtet, wir haben diese diskutiert und sind zu einem Schluss gekommen, zu einem Ergebnis. Wir haben eine überparteiliche Erklärung eingereicht, die vorhin Stadtrat Ralph Lehmann verlesen hat. Da hatte man grossmehrheitliche Zustimmung im Rat erreicht. Es ist eine Enttäuschung da, welche die SP-Fraktion auch teilt. Aber eine

535 Ausbreitung von einzelnen Punkten, wie dies nun gemacht wurde, notabene in der Öffentlichkeit, das erachten wir nicht als zielführend. Wir hatten eigentlich gehofft, wir seien hier in der Talsohle angekommen und ab jetzt ginge es wieder aufwärts in der Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Stadtrat. Wir hoffen dies eigentlich immer noch, und aus diesem Grund wollen wir uns hier distanzieren. Vielen Dank.

540

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Tobias Egger. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Stadträtin Brigitte Deschwanden Inhelder, Sie haben das Wort.

545

Brigitte Deschwanden Inhelder, SP: Ich möchte nicht darauf rumreiten, aber das dieser Bericht öffentlich ist, ist nach meiner Meinung ein Fehler. Die Antwort von Paul Blösch ist für mich nicht befriedigend. Nach meiner Meinung bricht übergeordnetes Recht Gemeinderegelungen und das übergeordnete Recht ist der Datenschutz und es bricht die Regelungen. Ich stelle mir wirklich die Frage, warum unsere Stadtverwaltung den Bericht öffentlich machte.

550

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Brigitte Deschwanden Inhelder. Ich kann hier nochmals dazu sagen, ich bin mir sicher, dass jemand aus der Verwaltung diesbezüglich auf Sie zukommen wird. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, möchte der Gemeinderat dazu Stellung nehmen, da er mehrmals direkt genannt wurde? Stadtpräsidentin Sandra Hess, möchten Sie zu diesem Bericht oder den Fragen, welche hier im Raum stehen, gerne Stellung nehmen?

555

Stadtpräsidentin, Sandra Hess: Ja gerne. Sehr geehrte Frau Stadtratspräsidentin, sehr geehrter Herr Präsident der Aufsichtskommission, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte. Ich möchte nicht auf die einzelnen Fragen eingehen, aber die Stadtratspräsidentin hat angefragt, ob wir noch etwas dazu sagen möchten. Und ich möchte einfach sagen, dass der Gemeinderat gut nachvollziehen kann, dass der Stadtrat Fragen hat und dass er diese uns stellen will und Antworten möchte. Wir sind gerne bereit, dem Rat diese Antworten zu liefern. Wir betrachten es aber nicht als zielführend, wenn wir dies heute Abend im Rahmen dieser Stadtratssitzung tun. Dies würde quasi zu einer Frage-Antwort-Runde werden und das ist sicher nicht zielführend, wie soeben der Fraktionssprecher der SP auch schon sagte. Wir wollen aber überhaupt nicht den Eindruck erwecken, dass wir das Gespräch verweigern würden. Das Gespräch ist sicher nötig und zielführend, aber in einem anderen Rahmen und nicht, wenn noch gefühlte zwanzig Traktanden heute Abend zu behandeln sind. Wenn ein solcher Austausch gewünscht ist, dann kann das Ratsbüro sicherlich einen Austausch organisieren. Dies kann man auch formlos tun und muss nicht im grossen Stil organisiert werden, aber dass man im Sinne einer Informationsaustauschveranstaltung das Gespräch suchen kann. Aber am heutigen Abend, wie bereits gesagt, denke ich, es ist nicht im Interesse einer zielführenden Diskussion, wenn wir jetzt anfangen, Rede und Antwort zu stehen und deshalb nehme ich nun auch nicht weiter Stellung dazu.

565

570

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Frau Stadtpräsidentin Sandra Hess. Wir nehmen dieses Votum gleich als Schlusswort, da vorhin auch keine weiteren Wortmeldungen gewünscht wurden.

575

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat beschliesst gestützt auf Art. 54 Abs. 2 Bst. b Stadtordnung:

580

1. Der Bericht der Aufsichtskommission wird zur Kenntnis genommen.

4. Wahlen - Ersatzwahl Mitglied Einbürgerungskommission

Ressort
Sitzung

Präsidentiales
21. März 2019

nid 0.1.8.4 / 1

[Antrag an den Stadtrat](#)

585 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Frau Ushanthini Muthiah-Nadarasa von der SP hat per Ende 2018 Ihren Rücktritt aus dem Stadtrat und somit auch als Mitglied der Einbürgerungskommission fristgerecht mitgeteilt. Gemäss Artikel 52 Absatz 3 Buchstabe b der Stadtordnung wählt der Stadtrat die Mitglieder der ständigen Kommissionen, soweit ein Erlass dies ausdrücklich vor-
sieht. Für den Rest der laufenden Amtsdauer ist somit eine Ersatzwahl vorzunehmen. Gibt es Vorschläge aus der Ratsmitte? Ich erteile das Wort Stadträtin Kathleen Lützelschwab.

590 **SP-Fraktion, Kathleen Lützelschwab:** Guten Abend werter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die SP-Fraktion schlägt Stadtrat Damian Kessi vor.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank. Gibt es weitere Vorschläge? Sieht nicht so aus. Dann kommen wir zur Abstimmung.

595 **Stadtratsbeschluss**

Der Stadtrat von Nidau beschliesst gestützt auf Artikel 52 Absatz 3 Buchstabe b der Stadtordnung bzw. Art. 16 der Geschäftsordnung des Stadtrates mit 28 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen:

- 600
1. Als Mitglied der Einbürgerungskommission wird gewählt: Damian Kessi, SP
 2. Die Amtsdauer läuft vom 21. März 2019 bis 31. Dezember 2021.

5. Seewassernutzung und Fernwärme - Wiedererwägung

Ressort
Sitzung

Präsidentiales
21. März 2019

nid 0.3.1 / 2.1

[Antrag an den Stadtrat](#)

605 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Zur vollkommenen Transparenz lege ich ein berufliches Mandat offen. Ich betreue beruflich das Mandat von Switserland Innovation, muss aber gemäss Artikel 17 Absätze 1 und 2 der Stadtordnung nicht in Ausstand treten, da ich durch die berufliche Konstellation keine unmittelbaren Interessen habe. Folglich tangiert Artikel 17 der Stadtordnung dieses Geschäft nicht, und ich kann es ohne Einschränkungen leiten sowie abstimmen. Ich wollte dies aber gerne hier wie erwähnt zur vollkommenen Transparenz offen legen.

610 Darum können wir nun ordnungsgemäss zu diesem Geschäft übergehen. Wird das Eintreten von den Mitgliedern des Stadtrats bestritten? Es sieht nicht danach aus. Somit übergebe ich das Wort der Stadtpräsidentin Sandra Hess.

615 **Stadtpräsidentin, Sandra Hess:** Sehr geehrte Stadtratspräsidentin, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte. Wir alle haben uns in den letzten Monaten intensiv mit diesem Geschäft befasst und es hat in den letzten Wochen verschiedene Veranstaltungen in Zusammenhang mit diesem Geschäft gegeben. Der Regierungspräsident hat Sie über die Zusammenhänge mit dem Campus informiert und der Gemeinderat hat vor zwei Wochen eine Informationsveranstaltung durchgeführt. Sie haben ausführliche Unterlagen zum Geschäft vor sich, ich verzichte daher darauf, die

620 ganze Geschichte hier nochmals von vorne aufzurollen und konzentriere mich auf das Wesentli-
che. Und das Wesentliche ist immer noch die Frage, ob Nidau eine Fernwärmeversorgung mit
Seewasser auf dem Stadtgebiet von Nidau möchte.

Wie bereits im August 2018 kommt der Gemeinderat zum Schluss, dass der einzig mögliche Weg,
ein solches Fernwärmenetz in Nidau realisieren zu können, über den Rückzug aus dem Konzessi-
625 onsverfahren führt. Nur so ist die Möglichkeit gewahrt, dass bald ein Fernwärmenetz in Nidau ent-
steht, welches Energie aus dem See gewinnt und so eine nachhaltige und ökologisch sinnvolle
Energiequelle erschliesst. Das und nichts anders war immer das Ziel des Gemeinderats.

Das Vorhaben fusst auf der Idee des Kantons. Dieser hat 2014 entschieden, den Neubau des
Campus der Berner Fachhochschule mit Seewasser zu versorgen. Das Vorhaben ist bekanntlich
630 im Laufe der Zeit zu einem grossen Projekt geworden, das Nidau die Möglichkeit eröffnete, die
Stadt mit Fernwärme zu versorgen. Der Campus ist immer noch Dreh- und Angelpunkt von all
diesen Überlegungen. Das ist er immer gewesen und das ist er auch jetzt noch. Darum ist der
Zeitplan so wichtig für das gesamte Vorhaben. Jede Überlegung, die wir angestellt haben und in
der Vorlage darlegen, erfolgte unter der Voraussetzung, dass der Campus und auch der Switzer-
635 land Innovation Park als Grosskunden versorgt werden können. Die Realisierung des Projekts in
seiner ganzen Dimension ist die Basis. Wenn man dies ausklammert, funktioniert es nicht mehr.
Das ist der Grund für diese hohen Investitionskosten von 25 Millionen Franken – Eine Investition,
die sich nur rechnet, wenn ein preislich interessantes Produkt entsteht. Eben dieses entsteht nur,
wenn man so rasch wie möglich, so viel wie möglich realisieren kann und so viele Abnehmer wie
640 möglich hat. Für die Energiebezüger in Nidau geht es um die Energie und die Frage, welcher Preis
diese Energie hat und ob dieser wettbewerbsfähig ist. Wie Sie ebenfalls sehen, ist in unserem
neuen Baureglement, das Gegenstand der weiteren Geschäfte sein wird, eine Anschlusspflicht
vorgesehen. Eine eigene, ökologische Energieversorgung kann aber trotzdem jeder realisieren.
Wenn der Energiepreis nicht interessant ist, dann lohnt es sich auch eher, eine eigene Lösung
645 vorzuziehen. Darum ist es wichtig, dass das Netz von Anfang an gross genug ist und deshalb be-
nötigt es von Anfang an genügend Geld und die Bereitschaft, Risiken auf sich zu nehmen – Risi-
ken, die der Gemeinderat bekanntlich als zu hoch für Nidau eingestuft hat und darum zum
Schluss gekommen ist, dieses Vorhaben nicht als Investorin durchzuführen. Die Risiken für die
Stadt stehen in keinem Verhältnis zu den Möglichkeiten. Die Bereitschaft, diese Risiken zu über-
650 nehmen und das Projekt auch durch schwierige Phasen zu tragen - die zweifelslos auftreten wer-
den, die bei so grossen Projekten immer auftreten - diese Bereitschaft muss vorhanden sein. Sie
ist matchentscheidend für dieses Projekt. Die Stadt Nidau kann und darf dies nicht auf sich neh-
men, nicht mit den Steuergeldern, für die wir verantwortlich sind. Ebenfalls matchentscheidend
für ein wirtschaftlich attraktives Wärmenetz ist der Anschluss vom Campus und vom SIP, das ha-
655 ben wir nun mehrere Male gehört. Wie Sie wissen, waren unsere Überlegungen und Handlungen
immer auch mit dem Zeitplan dieser Grosskunden verknüpft. Das sehen Sie in der Vorlage und in
der Vorlage sehen Sie auch, warum der Gemeinderat im Frühling zum Handeln gezwungen war.
Sie sehen, welche Informationen wir hatten und welche nicht. Sie sehen, dass wir zur rechtlichen
Ausgangslage falsche Informationen hatten und keine zur finanziellen Machbarkeit. Obwohl die
660 Pace dieser Entscheidungen hoch war, hat der Gemeinderat den roten Faden nie verloren, wie
uns vorgeworfen wurde, im Gegenteil: Der Wille, die Chance, die der Campus jetzt bringt, für ein
Fernwärmenetz in Nidau nutzen zu können, der war stets Grundlage all unseres Denkens und
Handelns. Von der ursprünglichen Absicht, sich an der Finanzierung des Projektes direkt zu betei-
ligen oder diese selbst in die Hand zu nehmen, haben wir uns im letzten Sommer verabschiedet.
665 Zu gross waren die offenen Fragen rund um Finanzierung und Organisation und vor allem auch
um die Frage der Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit und Unabhängigkeit der Stadt Nidau.

Der Gemeinderat hätte nicht nur die Katze im Sack gekauft, er hätte auch Zusagen machen müssen, die nicht in seiner Kompetenz liegen. So etwas wäre absolut unverantwortlich gewesen, sowohl gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern von Nidau aber genauso auch den beteiligten Dritten gegenüber. So kam der Gemeinderat zum Schluss, dass der einzige realistische Weg zur Errichtung eines Fernwärmenetzes in Nidau über Dritte führt und sich Nidau aus diesem Konzessionsgesuchsverfahren zurückziehen muss.

Das ist aber alles keine Tragödie, denn es gibt andere, die dieses Projekt realisieren können. Allen voran der ESB, der von Anfang an mit dem Campus an diesem Projekt gearbeitet hat und es gibt weitere Energieversorger, die bereit sind, Geld zu investieren, allenfalls zusammen mit dem ESB. Wir geben auch nicht alles aus der Hand. Wir werden via Baurechtsvergabe für das Pumpwerk sicherstellen können, dass genügend Leistung - wenn man dies so salopp sagen darf - für Nidau reserviert wird, und nicht etwa die ganze Energie nach Biel fliesst. Wir können mittels einer Vereinbarung festhalten, dass der ESB die Nutzung dieses Pumpwerks allenfalls Dritten ermöglichen würde, sollte er nicht in der Lage sein, selbst ein solches Fernwärmenetz in Nidau zu bauen. Im nächsten Schritt wird es Verträge für den Bau der Heizzentrale benötigen, auch hier werden wir weiterhin Steuerungsmöglichkeiten haben.

Damit es überhaupt so weit kommen kann, müssen wir uns nun aus diesem Konzessionsverfahren zurückziehen, sonst kann der ESB nicht weitermachen und es kommt gar nicht zu so einem Projekt, weder für Nidau, noch für den Campus oder den SIP. Nun ist es am Stadtrat zu sagen, ob dieses Projekt weitergeht. Wir sind nach wie vor der festen Überzeugung, dass diese Gelegenheit genutzt werden sollte, dass ein Fernwärmenetz in Nidau aufgebaut werden kann und wir empfehlen dem Rat deshalb, dass sich Nidau aus diesem Konzessionsgesuch zurückzieht. Der ESB ist bereit und hat die wirtschaftliche Kraft, die finanziellen Kompetenzen, die personellen Ressourcen und auch die organisatorischen Möglichkeiten, dieses Projekt zu realisieren. Aber noch einmal, wir geben das Heft nicht komplett aus der Hand, wir haben im Baurecht die Möglichkeit, unsere Interessen zu wahren.

Wenn Sie diesem Antrag entsprechen, werden wir die Projektunterlagen dem ESB übergehen, selbstverständlich mit der Kostenfolge für jene Unterlagen, die wir ebenfalls extern erarbeiten liessen. Wir gehen davon aus, dass das Netz etappenweise aufgebaut wird. Als erster Schritt wird natürlich das Kältenetz für den Campus und den SIP erstellt und in einem zweiten Schritt das Wärmenetz und die Heizzentrale in Nidau.

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, wir sind überzeugt, dass es sich für unsere Bürgerinnen und Bürger lohnen wird, wenn Sie diesem Vorhaben nun den Weg ebnen und helfen, dass dieses Projekt in die Tat umgesetzt werden kann. Alles, was Sie dafür tun müssen, ist nun Ja zu sagen, Ja zum Rückzug aus dem Gesuchsverfahren. Darum bitten wir Sie, im Interesse einer attraktiven und ökologischen Energieversorgung für die Stadt Nidau dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Sandra Hess. Ich erteile das Wort der Sprecherin GPK, Susanne Schneiter Marti.

GPK, Susanne Schneiter Marti: Guten Abend. Die GPK empfiehlt einstimmig, das Geschäft dem Stadtrat zu übergeben. Bemerkung dazu: Dank der Rückweisung des Geschäfts durch den Stadtrat und dem Bericht der Aufsichtskommission ist das Geschäft heute in einer Form, die es den Stadträten erlaubt, eine Entscheidung zu fällen.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank. Es folgt der Sprecher der SVP-Fraktion, Markus Baumann.

715

SVP-Fraktion, Markus Baumann: Guten Abend miteinander. Keine Angst, ich komme nicht auf den Bericht zurück, ich habe lange genug mit meinen Kollegen daran gearbeitet. Ich komme direkt zum Geschäft. Zuerst ein kleiner Rückblick: Der Entscheid des Stadtrats im November 2018 zum Traktandum 11, Konzession Seewassernutzung, hätte dem Gemeinderat eigentlich die Augen
720 öffnen sollen. Zumindest sollte man dies meinen. Jedoch war leider das Gegenteil der Fall. Deshalb ist die SVP-Fraktion vom Gemeinderat enttäuscht. Für die SVP ist klar, dass eine grosse Mehrheit hier im Stadtrat möchte, dass die Stadt Nidau nach wie vor aktiv am Projekt beteiligt ist. Nach dem Entscheid des Stadtrats im letzten November hatten wir erwartet, dass sich der Gemeinderat wirklich Gedanken macht und dem Stadtrat Fleisch am Knochen liefert zu diesem
725 Geschäft. Genau das Gegenteil ist passiert, was auch zu befürchten war. So sind Äusserungen des Gemeinderats gegenüber mehreren Stadträten gefallen, dass der Gemeinderat nichts mehr tue. Stattdessen werden Lösungen vom Stadtrat verlangt, weil der Stadtrat schlussendlich dieses Geschäft zurückgewiesen hat und der Empfehlung des Gemeinderats nicht gefolgt ist. Bei kleinen Kindern würde man sagen, sie trotzen. Gerne möchte ich Ihnen aus der Sitzung vom November
730 ein Zitat der Stadtpräsidentin Sandra Hess zitieren, das belegt, wie der Gemeinderat hätte handeln sollen. Es findet sich im Protokoll auf Seite 41, Zeile 1583. Ich zitiere: «Aber wenn der Stadtrat das zurückweist, dann wird das Kind mit dem Bad ausgeschüttet. Weil, der Stadtrat will wissen, was gelaufen ist, aber wenn er das zurückweist, dann gilt einfach weiterhin der Entscheid vom September 2017, dann muss das Projekt weiter bearbeitet werden und muss in der Gesamtheit, also sprich mit der Absicht, das Fernwärmenetz zu erstellen in Nidau, vorangetrieben werden.»

Der Gemeinderat hat entgegen dieser Aussage gehandelt und das Projekt nicht weiter vorangetrieben. Die Stadträte hatten dieser Aussage Glauben geschenkt und sind hinters Licht geführt worden. Es wurde in die andere Richtung umgeschwenkt. Durch die Medienmitteilung und die
740 konsequente Auflistung, was alles nicht möglich ist im Traktandum des heutigen Geschäfts, wird der Stadtrat mehr oder weniger gezwungen, diesem zuzustimmen und es durchzuwinken, um nicht als Buhmänner und Verhinderer dieses interessanten Projekts dazustehen. Jegliche Alternative zu diesem Vorschlag wird von uns vermisst. Wieso kann der Gemeinderat nicht zu den Fehlern stehen, die er verursacht hat und versucht, die Schuld auf den Stadtrat abzuwälzen? Das
745 einzige Eingeständnis, welches wir bis heute gehört haben, ist die nicht gute Kommunikation. Der Gemeinderat ist offensichtlich der Ansicht, dass er sonst keine Fehler gemacht hat.

Jetzt noch einige Worte zum Geschäft selbst: Wie bereits in der überparteilichen Fraktionserklärung gehört, ist dieses Projekt so weit, dass es realisiert und umgesetzt werden kann, wenn das Versäumnis der finanziellen Abklärung nachgeholt wird. Folgende Fragen stellen sich zudem: Wie
750 will der Gemeinderat seine Prioritäten der günstigen Konditionen der Versorgung des Nidauer Stadtgebiets durchsetzen? Wie will er die Interessen der Stadt und ihrer Bürger wahren? Die Stadtpräsidentin hat es gesagt, das eine ist das Baurecht. Dort bleiben noch viele Fragezeichen offen.

In Punkt 1.5 wird erwähnt, dass die Wirtschaftlichkeit des Projekts ohne SIP und Campus nicht mehr gegeben sei. Diese Aussage wird durch finanzielle Berechnungen im Businessplan der ESB und Energiefabrik vom November 2017 stark relativiert. Diese Unterlagen sind im Besitz der Gemeinde Nidau, namentlich der Abteilung Infrastruktur. Die besagten Unterlagen beinhalten Zahlen zu jährlichen Erträgen, Aufwänden, Abschreibungen, Investitionen, Cashflow, Gewinn und Verluste bis ins Jahr 2040. SIP und Campus sind zwar grosse, aber im Vergleich zum gesamten Energiebedarf aller potenziellen Abnehmer sicher keine Player, die das ganze Projekt gefährden. Anhand der Unterlagen lässt sich dies auch aufschlüsseln und man kann den Verbrauch von Endkun-
760

den ein wenig in Relation setzen. Ich möchte nicht jeden vorlesen. Wir sprechen hier von Fernwärme, die für SIP und Campus überhaupt nicht attraktiv ist, mit 400'000 Kilowattstunden für den SIP und 450'000 für den Campus pro Jahr. Hingegen - wenn wir Coop nehmen, das in den

765 Unterlagen aufgeführt ist - sind wir bei 1'800'000 Kilowattstunden pro Jahr, wir sind im Gebiet Nidau 4, unter anderem Schulen, bei einem Verbrauch von 3'300'000 Kilowattstunden pro Jahr. Das AGGLOlac-Gebiet, 6'750'000 Erträge, wobei ich dieses nicht zu fest bewerten würde, weil da die Realisierung relativ unsicher ist. Hingegen interessant könnte die Kälte werden von diesen zwei Grossprojekten. Dort haben wir beachtliche Abnahmemengen.

770 Warum wird in Punkt 1.7 von fehlenden Machbarkeitsstudien und fehlenden Businessplänen gesprochen? Auch diese Unterlagen sind vorhanden. Der Businessplan der Gemeinde Nidau datiert vom 26. März 2018, ist im September 2018 überarbeitet worden. Die Businesspläne von Energiefabrik und ESB von November 2017 haben wir bereits erwähnt. Eine Machbarkeitsstudie, wie vom Gemeinderat selbst erwähnt eingangs Geschäft, wurde im Jahr 2014 durchgeführt. Des Weiteren

775 wird in diesem Artikel von einer veränderten rechtlichen Lage gesprochen. Heute wurde dies relativiert, es wurde von anderen Ausgangslagen ausgegangen. Aber die veränderte rechtliche Lage haben wir schon mehrmals gehört. Unseres Erachtens war die Ausgangslage immer die gleiche rechtliche Lage und hat sich nicht verändert. Im gleichen Satz wird die Abwägung von Chancen und Risiken erwähnt, was auch vernünftig ist bei einem solchen Projekt. Bei so einer Abschätzung

780 macht man zum Beispiel eine SWOT-Studie. Die Analyse ist mir heute als Stadtrat und AK-Mitglied nie vorgelegt worden. Ich frage den Gemeinderat, gibt es diese und kann sie uns vorgelegt werden? Meines Erachtens wäre dies eine wichtige Entscheidungsgrundlage gewesen für den Stadtrat, um auch gewisse Entscheidungen des Gemeinderats nachvollziehen zu können. Wie aus dem Businessplan des ESB zu entnehmen ist, ist das Fernwärmenetz Nidau deutlich weniger rentabel als jenes von Biel. Was macht man typischerweise um die Rentabilität zu erhöhen?

785 Man erhöht die Gebühren, erhöht die Energiepreise, zum Leid der Nidauer Bevölkerung. Somit wissen wir nicht wirklich wie der Gemeinderat zu den günstigen Konditionen für das Stadtgebiet kommt und die Priorisierung sicherstellen will. Ob dies alles über das Baurecht möglich ist, werden wir sehen. Der Gemeinderat behauptet zudem, der finanzielle Impact sei nicht abschätzbar.

790 Wie bereits heute Abend erwähnt, haben Treffen stattgefunden mit Herrn Hans-Peter Meier und man hat eine Offerte erhalten im Mai, die intern erst im August weitergeleitet wurde. Die Offerte hätte das ganze Finanzierungsmodell ausgerechnet und der Gemeinderat hätte wirklich eine finanzielle Basis gehabt, um diese Entscheidungen zu treffen und sicher auch dem Stadtrat vorzulegen. Was hier störend ist, warum gibt es keine Aktennotizen zu diesen Treffen?

795 Ich komme zum Schluss. Wieso hat der Gemeinderat strategisch die Priorität gesetzt, das Fernwärmenetz für SIP und Campus zu ermöglichen, anstatt in erster Linie die Handlungshoheit für ein allfälliges Fernwärmenetz in Nidau? Jetzt kommt man mit der Anschlusspflicht, wäre sicher auch ein guter Punkt gewesen dazu. Warum hat er nicht den einen oder anderen Vorschlag dem Stadtrat unterbreitet, welcher der ESB gemacht hat? Vielleicht nicht ganz ausgereift, man hätte darüber diskutieren können im Plenum, man hätte es zurückweisen können, man hätte mit dem

800 ESB neuverhandeln können, oder wenn es dem Stadtrat gefallen hätte, sogar annehmen können. Ich komme noch zu meinem letzten Punkt. Wir sind mit dem Gemeinderat nicht einverstanden, dass eine Realisierung nur möglich ist, wenn Nidau das Konzessionsgesuch zurückzieht. Soweit uns bekannt ist, ist dieses Konzessionsgesuch einzig und allein von der Stadt Nidau unterschrieben

805 worden und nur das Baugesuch wurde zusammen mit dem ESB eingereicht. Das Projekt ist in einem sehr weiten Reifegrad. Es liegen detaillierte Pläne der Submission und der Bauprojekte vor. Welche Argumente hat der Kanton hier noch, um der Stadt Nidau die Konzession zu verweigern? Die Absicht des Gemeinderats, das Baurecht an Bedingungen zu knüpfen, scheint die letzte und die beste der schlechten Option zu sein in diesem Fall. Der Gemeinderat hat die Stadt Nidau in

810 eine unvorteilhafte Situation manövriert. Wir werden unseren Unmut zu diesem Geschäft in der
Abstimmung kundtun. Vielen Dank.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Markus Baumann. Das Wort erhält nun der
Sprecher der Fraktion EVP/Grüne, Paul Blösch.

815

Fraktion EVP/Grüne, Paul Blösch: Frau Stadtratspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen,
lieber Gemeinderat. Unsere Fraktion hat sich mit diesem Geschäft schwer getan, wie die meisten
hier, besonders auch der Gemeinderat. Wir bedauern, dass das Projekt Seewassernutzung nicht
weiter in Fluss gekommen ist und dass man ihm von Seiten Nidau den Hahn zuge dreht hat. Wir
820 hätten es gerne gesehen, dass einst die Wärme, die wir aus dem Seewasser gewinnen können,
mit Nidauer Beteiligung bis in unsere Wohnung geströmt wäre. Aber von Wärme ist bei diesem
Geschäft trotz heissen Köpfen und feurigen Voten nicht viel zu spüren, bloss von der Kälte, die
künftig in den Campus und SIP fliessen wird. Uns ist aber dieses ganze Projekt Seewassernutzung
zu wichtig, um nur Wortwendungen zu verwenden. Darum: Die Fraktion Grüne/EVP nimmt den
825 Antrag des Gemeinderates ohne Begeisterung entgegen, stellt ernüchternd fest, dass es zum Ver-
zicht von Nidau auf die Konzession keine valable Alternative gibt. Diese sind durch den sogenann-
ten strategischen Entscheid des Gemeinderats im letzten Sommer und den daraus entstandenen
Kollateralschäden verunmöglicht worden. Wir haben heute in der Tat nicht mehr die Ressourcen -
und ich denke da vor allem an die ausgehungerte Abteilung Infrastruktur - dieses anfänglich so
830 verheissungsvolle Projekt zusammen mit einem Partner noch zu realisieren.

Für unsere Fraktion ist darum jetzt absolut zwingend, dass die Abtretung der Konzession mit
Übergabe oder besser Verkauf der Projektunterlagen an Bedingungen geknüpft wird, so dass
Nidau einen Fuss in der Türe hat und ein Wörtchen mitreden kann. Unsere Haltung zum Antrag
des Gemeinderats werden wir dann in der Abstimmung zum Ausdruck bringen.
835 Nun noch eine persönliche Bemerkung: In unserer letzten Sitzung der Aufsichtskommission war
ich zuversichtlich, dass wir in Bezug auf das Vertrauen die Talsohle erreicht haben. Nach den heu-
tigen Diskussionen und vor allem was in den letzten Wochen geschehen ist, bin ich nicht mehr
ganz so sicher.

840 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Wenn ich hier kurz unterbrechen darf, wir kommen an-
schliessend zur allgemeinen Diskussion mit den Einzelvoten. Wir sind noch bei den Fraktionserklä-
rungen zu diesem Geschäft.

Fraktion EVP/Grüne, Paul Blösch: Ich schliesse noch mit einem letzten Satz: Ich hoffe sehr
845 und ich bin zuversichtlich, dass wir in Zukunft wieder Vertrauen haben können in einen Gemein-
derat, der seine Arbeit kompetent, nachvollziehbar und transparent erledigt. Vielen Dank.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Paul Blösch. Ich erteile das Wort dem Spre-
cher der Bürgerlichen Fraktion, Ralph Lehmann.

850

Bürgerliche Fraktion, Ralph Lehmann: Werte Stadtratspräsidentin, werte Anwesende. Wir be-
fassen uns heute schon das dritte Mal mit dem Thema Seewasser. Das erste Mal war die Frakti-
onserklärung, das zweite Mal haben wir über den AK-Bericht gesprochen und nun haben wir diese
Wiedererwägung. Ich bin nicht Elektroingenieur und kenne mich nicht aus mit Kilowattstunden.
855 Ich bin Unternehmer. Als Unternehmer muss man sich manchmal die Mühe nehmen, was gewe-
sen ist, zu vergessen und lösungsorientiert an die Zukunft zu denken. Die Zukunft ist, dass Nidau

eine nachhaltige Lösung für Energie will mit diesem Fernwärmenetz. Das können wir nicht erreichen, wenn wir hier weiter trotzen. Im Sinne dieses Geschäfts wird die bürgerliche Fraktion zugeben mit grossem Missmut und mit dem kleinstmöglichen Resultat zustimmen. Vielen Dank.

860

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Ralph Lehmann. Das Wort hat nun die Sprecherin der SP-Fraktion, Bettina Bongard.

865

SP-Fraktion, Bettina Bongard: Guten Abend miteinander. Die SP-Fraktion ist grossmehrheitlich für die Annahme des Geschäftes. Die Umsetzung dieses Projekts ist in Bezug auf eine nachhaltige Energieversorgung sowohl für uns als SP wie auch für die Stadt Nidau von grosser Bedeutung. Das Projekt hätte in diesem Sinne unbedingt im Alleingang oder in Zusammenarbeit mit Dritten umgesetzt werden müssen. Mit grossem Bedauern stellen auch wir fest, dass der Gemeinderat uns keine Alternative bezüglich Umsetzung gemeinsam mit Dritten und Finanzierung des Projekts vorgeschlagen hat. Aus unserer Sicht ist es jetzt jedoch selbstverständlich, dass die Erteilung des Baurechts an Bedingungen geknüpft wird und diese auch eingehalten werden, wie dies im Vortrag des Gemeinderats unter Punkt 3.2 steht. Das Fernwärmenetz muss im Rahmen der Seewasser- und Pumpwerknutzung ausreichend Kapazität aufweisen, damit die Versorgung des Nidauer Gemeindegebiets unbedingt gewährleistet ist und auch in den nächsten Jahren realisiert wird.

875

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Bettina Bongard. Bevor ich die Diskussion eröffne, möchte ich noch einmal erwähnen, dass ich keine Diskussion zum Bericht mehr will und keine mehr zum Unmut gegenüber dem Gemeinderat. Dergleichen haben wir, wie es Stadtrat Ralph Lehmann schon sagte, mehr als genug zum Ausdruck gebracht. Die Diskussion zum Geschäft Traktandum 5 ist eröffnet. Wem darf ich das Wort erteilen? Stadträtin Hanna Jenni, Sie haben das Wort.

880

Hanna Jenni, PRR: Ich glaube, der Gemeinderat hat im Interesse der Bevölkerung gehandelt, als er diese Notbremse gezogen hat. Wir wissen alle, dass wir noch ganz grosse Bauprojekte hängig haben hier in Nidau und neben dem Stadtrat hätte auch das Volk noch zustimmen müssen. Wir wissen vom Kanton, wie viele Steuerzehntel es gewesen wären, um dies zu finanzieren. Auch eine SVP - das möchte ich schon erwähnt haben - hätte ihren Stimmbürgern erklären müssen, warum sie hier einem Projekt zustimmt, das 40 Steuerzehntel ausmacht. Die Konzession vom Kanton war niemals bestritten. Der Kanton ist interessiert daran, das Projekt durchzuführen. Es war nie das Thema, dass sich der Kanton hier dagegenstemmt. Das wären noch meine zwei, drei Ergänzungen hierzu gewesen.

885

890

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Hanna Jenni. Das Wort hat nun Stadtrat Markus Baumann.

895

Markus Baumann, SVP: Vielen Dank Stadträtin Hanna Jenni für diese Ergänzungen. Ich möchte zu diesen zwei Punkten noch etwas auf den Tisch legen, das bislang noch nicht gefallen ist oder sehr wenig verbreitet ist. Das Erste ist, dass ich nicht gesagt habe, der Kanton sei gegen dieses Projekt. Es ist so, dass der Kanton gemäss Aussagen der Stadt Nidau das Konzessionsgesuch verweigern will oder verweigern könnte. Das sind meiner Ansicht nach Mutmassungen. Das Zweite ist die ganze Finanzierung. Bevor wir hier den Stimmbürger miteinbeziehen, sollte man vielleicht auch mal sehen, was gibt es an anderen Möglichkeiten. Es sind Finanzierungsmodelle diskutiert worden, es wurde auch auf diesem Gebiet gearbeitet. Man ging von einer Eigenfinanzierung von 5 Millionen aus und von 20 Millionen, die man auf dem freien Kapitalmarkt holen gegangen wäre.

900

905 Das ist der breiten Öffentlichkeit momentan noch nicht gross bekannt. Dort hätte der Steuerzahler nicht gross zur Kasse gebeten werden müssen. Diese 25 Millionen sind für mich nach wie vor ein Grund für den Gemeinderat, sich hinter diesem immensen Projekt zu verstecken und es lieber unseren Kollegen in Biel zu übergeben, so dass man ja nicht in Biel schlecht dasteht. Vielen Dank.

910 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Gibt es weitere Voten? Ich übergebe das Wort an Stadtrat Michael Döhrbeck.

Michael Döhrbeck, Grüne: Werte Stadtratspräsidentin, werte Stadträte, werte Gemeinderäte und Gemeinderätinnen, Stadträtinnen. Ich möchte mich für die sehr deutlichen Worte der Stadträte Leander Gabathuler und Markus Baumann bedanken, die aufzeigen, dass man sehr vieles
915 noch nicht gewusst hatte und heute nun an einem anderen Ort steht. Ich bin ein bisschen enttäuscht, entschuldigen Sie, Stadtpräsidentin Sandra Hess, wenn ich dies so direkt sage, dass Sie uns heute wiederum Dinge sagten, die eigentlich längst widerlegt sind durch diese Aussagen. Nichtsdestotrotz stehen wir heute an einem Punkt, an dem wir keine Wahl mehr haben und - das
920 haben wir bereits festgestellt - wir haben alle nichts gegen dieses Projekt. Eigentlich sind fast alle der gleichen Meinung, aber nun vollkommen zerstritten.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Michael Döhrbeck. Wie am Anfang gesagt, möchte ich hier Voten zum Projekt selbst und nicht zum Vorgehen. Dieses wurde heute Abend
925 schon mehr als genug diskutiert. Vielen Dank.

Darf ich sonst noch jemandem das Wort erteilen? Das scheint nicht der Fall, somit übergebe ich das Schlusswort an Stadtpräsidentin Sandra Hess.

Stadtpräsidentin, Sandra Hess: Danke vielmals für das Schlusswort. Ich nehme das gerne entgegen und nutzte es, um hier noch einmal in Erinnerung zu rufen, meine Damen und Herren, es gilt das Bruttoprinzip. Das heisst, wenn wir 25 Millionen brauchen, müssen wir 25 Millionen sprechen. Das können wir nicht, das können Sie nicht, das kann nur das Volk. Wenn wir später die Möglichkeit haben, dieses Geld wieder auf dem Kapitalmarkt aufzunehmen, ist das zwar eine gute Sache, aber es ist trotzdem so, dass Nidau 25 Millionen bereitstellen muss. Es ist auch so, dass
935 wenn es Beteiligungsformen gibt, dann widerspiegeln sich diese in der Rechnung der Stadt Nidau. Das hat einen Impact auf unsere Kreditwürdigkeit auf dem Kapitalmarkt, das hat einen Impact darauf, wieviel Zinsen wir bezahlen werden, das hat einen Impact darauf, was wir in Zukunft noch werden finanzieren können. Also bitte ich wirklich darum, dass - wenn man hier die Finanzierung anspricht - das Ganze ansieht und sich bewusst ist, wovon wir hier sprechen: Von 25 Millionen, welche die Stadt Nidau gehauen oder gestochen in einer ersten Phase muss zur Verfügung
940 stellen können. Und das finde ich ganz wichtig. Wenn man hier nun quasi Erwartungen wecken will, dass man das ja einfach irgendwie hätte finanzieren können - Nein, das hätte man nicht gekonnt. Und wenn man Beispiele von anderen Gemeinden hört, es wird einem ja gerne zugetragen, was sie in anderen Gemeinden alles gekonnt haben, dann muss man dort einfach auch wissen, dass die allermeisten ihre Energieversorger ausgelagert haben. Die haben eine AG, das ist ganz etwas anderes. Das ist nicht die Stadtrechnung, die da dahinter steht, mit sämtlichen Steuerzahlern und dem direkten Impact auf die Handlungsfähigkeit und damit letztlich auf nichts anderes als die Unabhängigkeit der Stadt Nidau. Also bitte ich doch sehr darum, dass - wenn man dies hier ausbreiten will - man diesem Umstand auch Rechnung trägt.

945 Ich bitte Sie wirklich, dass wir uns jetzt aus diesem Konzessionsgesuch zurückziehen und den Weg frei machen, damit in der Stadt Nidau eine Fernwärmenetz aus nachhaltiger, ökologischer Energiequelle unseren Bürgerinnen und Bürgern offen stellen.

955 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Viel Dank Sandra Hess. Wir schreiten nun zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe a der Stadtordnung mit 10 Ja / 0 Nein / 20 Enthaltungen:

- 960 1. Auf das Projekt «Seewassernutzung» im Sinne einer selbstgewählten Gemeindeaufgabe und somit auf die Erlangung einer «Konzession zur Seewassernutzung für Wärme und Kälte bei einer Konzessionsdauer von 40 Jahren» wird verzichtet. Der Beschluss vom 21. September 2017 wird in diesem Sinn in Wiedererwägung gezogen.

6. Umsetzung Bus 2020: Neue Buslinie 3 – Investitionskredit

Ressort	Tiefbau und Umwelt
Sitzung vom	21. März 2019

965 nid 6.6.1 / 1

[Antrag an den Stadtrat](#)

970 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Wir kommen zum Traktandum 6, Umsetzung Bus 2020: Neue Buslinie 3 – Investitionskredit. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat einen Investitionskredit über 1,19 Millionen Franken für den Neubau der neuen Buslinie 3 nach Beunden. Wird das Eintreten bestritten? Wenn dies nicht der Fall ist erteile ich das Wort dem zuständigen Gemeinderat, Philippe Messerli.

975 **Ressortvorsteher Tiefbau und Umwelt, Philippe Messerli:** Guten Abend miteinander. Werte Stadtratspräsidentin, werte Stadträtinnen und Stadträte. Wir beantragen Ihnen heute Abend einen Investitionskredit für die Realisierung der neuen Buslinie 3 in Nidau. Dieser Kredit ist ein ressortübergreifendes Werk. Die Umsetzungsplanung hat das Ressort Sicherheit unter der Führung von Gemeinderätin Sandra Friedli bestellt. Im Kredit selbst hat das Ressort Finanzen unter der Führung von Gemeinderat Martin Fuhrer mitgeholfen. Ich komme dann später noch dazu. Die eigentliche Umsetzung dieses Projekts obliegt dem Ressort Tiefbau und Umwelt, darum werde ich heute dieses Geschäft vertreten. Vorgängig möchte ich es nicht unterlassen, meinen Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit, ich betone die gute Zusammenarbeit im Gemeinderat, zu danken.

980 Zum Projekt selbst: Mit der Annahme dieses Investitionskredits haben wir die Möglichkeit, den öffentlichen Verkehr in Nidau zu verbessern. Eine bessere Erschliessung des Seequartiers und des westlichen Teils der Burgerbeunden mit dem ÖV ist ein altes Anliegen und ein Bedürfnis, das immer wieder geäussert wurde. Aus unserer Sicht gibt es vier gute Gründe dafür, diese neue Buslinie zu realisieren.

990 Erstens: Bis jetzt sind die beiden erwähnten Quartiere, also Seequartier und Burgerbeunden, punkto ÖV-Anschluss ein weisser Fleck. Mit der neuen Buslinie haben wir die Gelegenheit, dies zu ändern. Wir setzen damit auch einen wichtigen Teil des Kantonalen Angebotsbeschlusses um.

Zweitens: Ein attraktiver ÖV ist ein wichtiger Beitrag für eine umweltfreundliche Mobilität, für mehr Nachhaltigkeit und Lebensqualität. Je mehr Personen den ÖV nutzen, desto mehr Quartiere werden vom Individualverkehr entlastet und desto stärker steigt auch die Wohnqualität.

995 Drittens: Mit der neuen Buslinie ermöglichen wir gerade auch älteren und gehbehinderten Personen eine gute Mobilität und eine bessere Anbindung an den ÖV.

Viertens: Diese Buslinie ist auch dann sinnvoll, wenn AGGLOlac nicht umgesetzt wird. Eine Nutzung des Expo-Park-Areals wird es in irgendeiner Form irgendwann geben.

Zudem möchte ich es hier nicht unterlassen, auf einen ganz wichtigen Punkt hinzuweisen: Die Buslinie 3 ist beschlossen. Sie wird so oder so nach Nidau kommen, unabhängig vom Entscheid, welcher der Stadtrat heute fällen wird. Die Frage, über die der Stadtrat heute entscheiden muss ist, wo diese Buslinie entlang führen wird. Soll sie über die Dr. Schneider-Strasse, über die Brücke in den Burgerbeunden, zum Bahnhof oder soll sie wie die Linie 4 durchs Stedtli führen, bis zum Bahnhof Nidau? So oder so, alle siebeneinhalb Minuten gemäss neuem Takt wird ein Bus durch Nidau fahren. Einmal alle 15 Minuten die Buslinie 4, einmal alle 15 Minuten die Buslinie 3.

Wenn der Stadtrat diesem Investitionskredit also nicht zustimmt, so hätte dies zur Folge, dass die Buslinie 3 durchs Stedtli führt. Das heisst, dass wir dann alle siebeneinhalb Minuten einen Bus im Stedtli hätten. Wie Sie wissen, ist das Stedtli verkehrsmässig bereits stark belastet. Das heisst, wir müssten für den erhöhten Takt 50'000 Franken zahlen und hätten dennoch die schlechtere Lösung.

Darum kann der Stadtrat mit dem Beschluss heute Abend verhindern, dass wir die schlechtere Entscheidung fällen und dass wir die bereits beschlossene Takterhöhung schön auf das gesamte Gemeindegebiet verteilen werden, so dass ein grosser Teil der Bewohnerinnen und Bewohner von Nidau von diesen besseren Anschlussmöglichkeiten und einem guten ÖV profitieren können.

Einige wichtige Details noch zum Geschäft: Die Stadt Nidau ist verpflichtet, wenn sie diese Buslinie will, den Grossteil der Infrastruktur bereitzustellen. Vorgesehen sind vier Haltestellenpaare mit einer Wendeschlaufe in Burgerbeunden, Endhaltestelle. Bei den Haltestellen Herrenmoos und Beunden wird je ein Wartehäuschen in Richtung Biel erstellt. Die Haltestelle Schlossstrasse wird als Provisorium ohne Wartehäuschen gebaut. Im Falle einer Annahme von AGGLOlac müssen Strassenanpassungen vorgenommen werden, daher das Provisorium. Alle Haltekanten, auch die provisorische an der Schlossstrasse, sind behindertengerecht.

Sie haben es lesen können, bei allen Haltestellen mit Ausnahme der Schlossstrasse, auch bei der Buswendeschlaufe, werden Betonplatten eingesetzt. Dies kostet zusätzlich 163'000 Franken, dies ist aber nicht einfach ein Luxusausbau. Mit den Betonplatten können Schäden beim Strassenbelag und damit auch regelmässige Sanierungen der Strassen vermieden werden. Wer sehen will, wie eine Strasse oder Bushaltestelle ohne Betonplatten aussieht, der soll einfach zur Kirche gehen und sich die schönen Mulden in der Strasse ansehen, die gerade auch für Velofahrer nicht besonders angenehm sind. Ein kleiner Wermutstropfen für die Autofahrer: Es werden 18 öffentliche Parkplätze wegfallen, wobei vier davon aufgrund der ungenügenden Sichtverhältnisse ohnehin hätten entfernt werden müssen. Was wir nicht bauen müssen, ist eine Oberleitung. Die Busse legen die Strecke auf dem Gebiet von Nidau im Batteriebetrieb zurück. Was wir auch nicht erstellen müssen, ist das Dienst-WC für die Chauffeure bei der Buswendeschlaufe sowie die Fahrgastinformationen. Diese werden von den Verkehrsbetrieben selbst gebaut, und auch der Unterhalt ist garantiert. Wir haben hierzu die schriftliche Zusicherung der Verkehrsbetriebe. Diese Kosten sind darum im Investitionskredit nicht enthalten.

Für die Erstellung dieser neuen Buslinie gehen wir von Kosten von knapp 1,2 Millionen Franken aus. Wir erwarten aber vom Amt für öffentlichen Verkehr Finanzierungsbeiträge für die Umsteigehaltestelle Beunden Bahnhof und für die Haltekante bei der Buswendeschlaufe. Gemäss Vorabklärungen kann bei der Haltestelle Beunden Bahnhof mit einer Teilfinanzierung von 50-80% an die Infrastrukturkosten gerechnet werden, und bei der Haltekante in der Wendeschlaufe von 30-60%.

Das heisst, wir bewegen uns im Rahmen von 140'000 bis 250'000 Franken, die wir uns vom Kanton erhoffen. Diese Beiträge sind aber gemäss Bruttoprinzip im Investitionskredit nicht enthalten, aber es besteht berechtigte Hoffnung, dass sich unsere Investitionskosten um diese Beiträge vom Kanton vermindern werden.

Die finanzrechtliche Zuständigkeit ist klar. Dies ist ein Projekt, das über eine Million geht und wenn wir die wiederkehrenden Kosten noch dazu rechnen, so sind wir bei 1,6 Millionen. Über einer Million, das heisst, dass das Ganze dem fakultativen Referendum unterliegt.

Wir haben uns bemüht, ebenfalls sämtliche Folgekosten transparent auszuweisen. Damit wurde auch ein Standard für künftige Investitionsgeschäfte gesetzt. Das heisst, die Folgekosten sind sehr detailliert ausgewiesen. Wir rechnen mit jährlichen Betriebsfolgekosten von 135'000 Franken, Kapitalfolgekosten jährlich von 47'600 Franken. Gleichzeitig mit dem Investitionskredit bewilligt der Stadtrat auch die Folgekosten von 132'600 Franken. 50'000 Franken für die Takterhöhung sind hierbei nicht enthalten, da wir dazu eigentlich nichts mehr zu sagen haben, das ist bereits übergeordnet beschlossen.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zur Buslinie 4: Sie konnten es lesen, ein Teil des Angebotsbeschlusses werden wir nicht umsetzen. Wieso nicht? Sie wissen, dass die Wendeschleife beim Bahnhof mittel- bis längerfristig entfernt werden wird. Darum macht es eigentlich auch Sinn, dass diese Buslinie weitergeführt wird. Der Kanton hat aber beschlossen, dass diese bis zum Kreuzweg-Kreisel oder Ruferheim erweitert werden soll. Dies ist aus verschiedenen Gründen nicht sinnvoll. Erstens müssten die Leute, die von Port her nach Nidau kommen dort umsteigen und könnten nicht direkt nach Nidau. Diese Variante ist auch teurer, es müsste eine Wendeschleife im Kreisel oder im Ruferheim gebaut werden. Darum sind wir einhellig mit der Gemeinde Port, mit der regionalen Verkehrskonferenz und den Verkehrsbetrieben zum Schluss gekommen, dass wir diese Variante nicht umsetzen werden, aber dass wir der regionalen Verkehrskonferenz einen Antrag stellen werden, die Buslinie 4 bis Brüggmoos zu verlängern. Das wäre sicher die beste Variante für alle. Sollte wider Erwarten der Kanton diesem Gesuch nicht stattgeben, dann hätten wir ein Problem weil der Bus dann ja auch am Bahnhof mittel- bis längerfristig nicht mehr werden können. Wir haben aber auch eine Rückfallvariante. In diesem Falle würde im neuen Kreisel Hauptstrasse Aalmatten Gerberweg gewendet werden. Dort haben wir also eine Variante, falls etwas schieflaufen würde.

In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen des Gemeinderats, diesem Investitionskredit von knapp 1,2 Millionen Franken zuzustimmen.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Philippe Messerli. Ich erteile das Wort dem Sprecher der GPK, Joel Hauser.

GPK, Joel Hauser: Werte Kolleginnen, werte Kollegen, werte Stadtratspräsidentin. Die GPK empfiehlt einstimmig, dieses Geschäft dem Stadtrat zu übergeben und dankt für die ausführliche Vorbereitung der Vorlage.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Joel Hauser. Als Nächstes hat das Wort der Sprecher der SVP-Fraktion, Thomas Marolf.

SVP-Fraktion, Thomas Marolf: Werte Anwesende, werte Kollegen, guten Abend. Die SVP-Fraktion formuliert folgenden Rückweisungsantrag.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Ich möchte darauf hinweisen, dass zunächst nur die Fraktionserklärungen vorzubringen sind. Wir werden im Rahmen der Diskussion zu den Anträgen kommen. In diesem Fall folgt nun der Sprecher der Fraktion EVP/Grüne, Michael Döhrbeck.

1090 **Fraktion EVP/Grüne, Michael Döhrbeck:** Wir haben das Geschäft diskutiert in der Fraktion und haben Fragen gestellt. Wir haben auf diese Fragen befriedigende Antworten erhalten und sind einstimmig für das Geschäft.

1095 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Vielen Dank Michael Döhrbeck. Ich erteile das Wort dem Sprecher der Bürgerlichen Fraktion, Thomas Spycher.

Bürgerliche Fraktion, Thomas Spycher: Liebe Stadtratspräsidentin, werte Anwesende, unsere Fraktion ist einstimmig unentschieden. Ich werde hier einige Argumente dafür und einige dagegen auführen. Für die Hälfte der Fraktion ist dies ein innovatives neues Projekt. Der öffentliche Verkehr soll gefördert werden. Gemeinderat Philippe Messerli hat es gesagt, wenn die Linie 3 ohnehin kommt und wenn wir dies ablehnen, dann doch durchs Stedtli fährt, dann ist der Nutzen für die Bevölkerung sehr gering. Also muss man diese Gelegenheit nutzen, dieses Quartier zu erschliessen, das aus unserer Sicht schlecht erschlossen ist, vielleicht mit Ausnahme von Ende Beunden, wo es einen Bahnhof gibt. Wir versprechen uns zum Beispiel auch, dass im Sommer an schönen Tagen, an denen alle baden gehen, mit der neuen Haltestelle Strandweg, einige den Bus nehmen werden und dort einiges an Suchverkehr verschwinden wird. Also eigentlich eine gute Sache - für die Hälfte. Die andere Hälfte findet das Projekt viel zu teuer. Gemeinderat Philippe Messerli hat es gesagt, Betonplatten, das sei kein Luxus, dafür stellen wir zwei Luxus-Häuschen auf. Diese zwei Häuschen kosten 118'000 Franken. Das ist natürlich schon unglaublich viel. Dann halt auch, wie nicht anders zu erwarten, stört sich die Hälfte der Fraktion daran, dass Parkplätze aufgehoben werden. Vielen Dank.

1115 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Vielen Dank Thomas Spycher. Ich übergebe das Wort an die Sprecherin der SP-Fraktion, Brigitte Deschwanden Inhelder.

SP-Fraktion, Brigitte Deschwanden Inhelder: Die SP-Fraktion begrüsst das gesamte Buskonzept 2020 und stimmt dem Geschäft einstimmig zu. Hervorheben möchte ich folgende Punkte: Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs ist zukunftsorientiert und nachhaltig. Dies entspricht unserem Energiestadt-Label. Insbesondere für Schüler und ältere Menschen bringt die Linie 3 und auch irgendwann die Verlängerung der Linie 4 mehr Freiheit in der Mobilität und damit eine Erhöhung der Lebensqualität. Das Beunden-Quartier ist an die Stadt angeschlossen und auch umgekehrt. Biel ist vor allem mit unserem attraktiven Seegebiet, Seequartier und diesen tollen Freizeitmöglichkeiten verbunden. Das Konzept ist durch die umliegenden Gemeinden gestützt, und wird auch durch den Kanton mitfinanziert. Das ein paar Parkplätze aufgehoben werden, ist sicher nicht positiv. Aber wenn wir die Spitzenzeiten im Sommer betrachten, in denen rund um die Badi Parkplätze fehlen, ist es wichtig, jetzt einen Bus dorthin zu bringen, damit die Leute mit dem Bus kommen können. Das ist zukunftssträftig. Unsere Gesellschaft muss sich in der Mobilität in diese Richtung entwickeln. Insgesamt unterbreitet uns der Gemeinderat hier ein umfassendes Konzept mit einer detaillierten Planung, mit einem guten Kostenvoranschlag und darum stimmt unsere Fraktion diesem Projekt zu.

1135 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Vielen Dank Brigitte Deschwanden Inhelder. Dann eröffne ich die Diskussion und übergebe das Wort an Stadtrat Thomas Marolf für den erwähnten Rückweisantrag.

Thomas Marolf, SVP: Der Gemeinderat beantragt einen Investitionskredit von 1,19 Millionen Franken für die Buslinie 3 und mit 4 neuen Haltestellen. Stadtrat Thomas Spycher hat es bereits

erwähnt, diese Haltestellen sind ziemlich teuer. Dazu entstehen jährliche Mehrkosten, die auf uns zukommen. In Anbetracht der angespannten Situation äusserte der Gemeinderat, dass keine
 1140 neuen Leistungen, beziehungsweise keine neuen Angebote geschaffen werden sollen. Im Januar 2017 bei der Vorstellung der Schulraumplanung gross angekündigt, hiess es, man werde diese Investitionen priorisieren und bei anderen Projekten ein wenig zurückstellen. In Tat und Wahrheit verzögert sich jetzt aber diese Umsetzung und dies schon seit zwei Jahren. Der Gemeinderat hat uns bislang schon andere grosse Projekte inklusive diesem vorgelegt. Wir stellen damit auch wie-
 1145 der fest, dass sich der Gemeinderat nicht an seine eigene Strategie und seinen Fahrplan hält. Die SVP-Fraktion erachtet den zusätzlichen Nutzen dieser neuen Buslinie als sehr gering. Die Einwohner im Beunden-Quartier sind bereits mit der BTI-Haltestelle sehr gut an das ÖV-Netz angeschlossen. Ich selbst wohne auch in diesem Quartier. Es findet dort eine ziemliche Verjüngung und einen beachtlichen Wandel statt. Sofern AGGLOlac – wahrscheinlich ein anderes Projekt – je-
 1150 mals realisiert wird, könnte die Erschliessung mit Linie 4, anstatt über den Guido-Müller-Platz eventuell über die neugebaute Strasse stattfinden.

Der SVP-Fraktion ist bewusst, dass die Buslinie 3 unabhängig von AGGLOlac geplant wurde. Da aber davon auszugehen ist, dass das Projekt in der vorliegenden Form von der Bevölkerung ver-
 senkt wird, ist davon auszugehen, dass die Rentabilität der Buslinie sehr tief ausfällt. Die SVP formuliert daher folgenden Rückweisungsantrag:

1. Die Volksabstimmung über AGGLOlac soll abgewartet werden.
2. Eine Umleitung der Linie 4 entlang der Schlossstrasse als Ersatz für die Linie 3 soll geprüft werden.
3. Eine Kompensation von wegfallenden Parkplätzen soll geprüft werden. Die erwarteten
 1160 Einnahmeausfälle sollen berechnet werden und es sollen Lösungen für die betroffenen Anwohner erarbeitet werden, sofern die Parkplätze nicht ersetzt werden können.
4. Massnahmen zur Verbesserung der Schulwegsicherheit entlang der Dr. Schneider-Strasse und entlang dem Beundenring sollen geprüft werden.
5. Das Bedürfnis der Bevölkerung für eine neue Buslinie, soll insbesondere im Beunden-
 1165 Quartier geprüft werden.

Vielen Dank.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Thomas Marolf. Ich eröffne hiermit die Diskussion zu diesem Rückweisungsantrag der SVP. Darf ich jemandem das Wort hierzu erteilen?
 1170 Stadtrat Leander Gabathuler, sie haben das Wort.

Leander Gabathuler, SVP: Mehrere Mitglieder unserer Fraktion wohnen im Seequartier oder im Beunden-Quartier, auch mehrere von Ihnen wohnen in diesen Quartieren. Mich persönlich stören zwei Dinge. Obwohl ich von einer Buslinie, die direkt vor meiner Haustüre quasi halten würde, profitieren würde, sehe ich zwei Dinge sehr kritisch.
 1175 Erstens, Stadtrat Thomas Marolf hat es erwähnt, ist die Schulwegsicherheit entlang der Dr. Schneider-Strasse und dem Beundenring. Das sind sehr stark genutzte Schulwege und auf die Frage, was man zur Verbesserung der Schulweg- und allgemein Fussgängersicherheit machen wird, zwei, drei Parkplätze aufheben, was man ohnehin sollte, und zwei, drei Fussgängerstreifen.
 1180 Ich persönlich habe sehr grosse Bedenken, wenn nun noch mehr Verkehr, insbesondere von schweren Bussen, an dieser Strecke entlang geführt werden soll, ohne dass die Gemeinde Massnahmen ergreift zur besseren Sicherung des Schulweges. Das ist eine ohnehin schon stark frequentierte Strasse, die Dr.- Schneider-Strasse, die von vielen dazu genutzt wird, das Stedtli zu umfahren.

1185 Zweitens, auch Stadtrat Thomas Spycher hat dies bereits angesprochen, die enorm hohen Kosten von über einer Million, wiederkehrend wie Gemeinderat Philippe Messerli ausführte von 135'000 Franken. Das erachten - Stadtrat Thomas Marolf hat es bereits angesprochen, wir haben bereits eine BTI-Station in Beunden - als ziemlich viel Geld für ziemlich wenig Nutzen auf absehbare Zeit.

1190 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Vielen Dank Leander Gabathuler. Gibt es weitere Wortmeldungen? Stadträtin Brigitte Deschwanden Inhelder, ich erteile Ihnen das Wort.

Brigitte Deschwanden Inhelder, SP: Stichwort Schulwegsicherheit: Soweit ich mich entsinnen kann, hat die Dr. Schneider-Strasse Trottoirs und zwar auf beiden Seiten. Soweit ich weiss, hat
1195 die Dr. Schneider-Strasse diverse Fussgängerstreifen. Soweit zur Schulwegsicherheit. Wie wir wissen, haben wir in Nidau auch sehr viele französischsprachende Schüler, die nach Biel zur Schule müssen. Was machen die, wenn es regnet? Sie nehmen den Bus. Ich denke, wir müssen vielleicht auch ein wenig an sie denken. Soviel zu diesem Thema. Ich stimme diesem Rückweisungsantrag nicht zu.

1200

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank, Brigitte Deschwanden Inhelder. Ich habe gesehen, Stadtrat Oliver Grob hatte ebenfalls die Hand erhoben, ich erteile ihm hiermit das Wort.

Oliver Grob, SVP: Im Geschäft wird geschrieben, dass 18, allenfalls 20 Parkplätze wegfallen.
1205 Diesbezüglich möchte ich darauf hinweisen, dass dieses ganze Quartier praktisch als Dauerparking genutzt wird. Sprich, es sind Parkkarten, im Grossen und Ganzen Jahresparkkarten, die dort im Einsatz sind. All diese Benützer, auch wenn es «nur» 20 sind, werden andere Massnahmen treffen müssen, was wiederum für die Einzelnen unter Umständen massiv teurere Parkplätze zur Folge haben wird. Das sollte man bedenken, wenn Parkplätze aufgehoben werden.

1210 Das einzige, das ich verstehen kann, ist, dass bei der Haltstelle Beunden-BTI die Parkplätze aufgehoben werden, die direkt am Fussgängerstreifen liegen. Wenn da ein Kastenwagen steht, dann ist man als Fussgänger nicht sichtbar. Vielen Dank.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Oliver Grob. Stadtrat Tobias Egger, Sie haben nun das Wort.
1215

Tobias Egger, SP: Besten Dank. Ich möchte mich ebenfalls noch kurz zu diesem Antrag äussern. Dies vorneweg, ich bitte Sie natürlich, diesem Antrag zuzustimmen. Dieses Projekt ist ein wichtiger Teil eines Gesamtkonzepts, das im Moment zur Mobilität in Nidau erarbeitet wird. Am schönsten sieht man es auf einem Plan, auf dem alles was farbig ist, innerhalb von 300 Metern Gehdistanz zu einer ÖV-Haltstelle zu erreichen ist. Es geht hier lange nicht nur um Quartiere, es geht auch um öffentliche Einrichtungen, es geht um private Einrichtungen, wie das Péniche oder die
1220 Tennisplätze in Nidau. Diese wären mit dem Bus auch in Gehdistanz zu erreichen. Hinzu kommen die Sportanlagen auf der anderen Seite im Beunden, das Fussballfeld und die Turnhallen, die wären ebenfalls gut erreichbar. Es geht also um weit mehr als das Strandbad. Ich denke, da könnten sehr viele davon profitieren, gerade auch Kinder, und ich finde im Blick auf das Gesamtkonzept ist das absolut notwendig und richtig, dies jetzt zu realisieren. Danke sehr.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Tobias Egger. Ich erteile Stadtrat Leander
1230 Gabathuler das Wort.

Leander Gabathuler, SVP: Ich möchte nur kurz auf das Votum von Stadträtin Brigitte Deschwanden Inhelder eingehen. Sie hat natürlich Recht, es gibt auf beiden Seiten ein Trottoir an der Dr. Schneider-Strasse. Das Problem ist nur, dass dies sehr schmal ist. Wie gesagt, ich wohne
1235 fast entlang dieser Strasse, an der Weyermattstrasse, die ist gerade quer dazu, und ich sehe das jeden Tag, ob Sommer oder Winter: Es gibt Trottinett-Fahrer und Rollerblade-Fahrer, die nicht auf dem Trottoir fahren, die auf der Strasse fahren, da es auf dem Trottoir keinen Platz gibt. Wichtig ist sicher noch zu erwähnen, dass es nicht nur ein Schulweg für Nidauer Kinder zu Nidauer Schulen ist, sondern auch von umliegenden Gemeinden ins Gymnasium. Zwischen 7 und
1240 8 Uhr am Morgen ist diese Strasse dicht befahren. Ich habe einfach die Befürchtung, dass wenn jetzt noch Busse dazu kommen und dann noch die Ortsdurchfahrt erneuert wird und der Durchfahrtsrückstau erhöht wird, dass der Verkehr noch mehr zunimmt. Eigentlich sollte das eine ruhige Quartierstrasse sein. Mir ist es auch ein Anliegen an den Gemeinderat, falls das Geschäft heute entgegen unserem Willen durchgewunken wird, dass er ein Auge darauf hat und sich dort
1245 die Fussgängersicherheit ganz genau anschaut.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Leander Gabathuler. Das Wort hat nun Stadträtin Kathleen Lützelschwab.

Kathleen Lützelschwab, SP: Ich möchte nur kurz etwas zu Stadtrat Thomas Marolf sagen. Ich finde es schön, dass das Beunden-Quartier so durchmischt ist mit jungen, aber sicher auch älteren und gehbehinderten Leuten und ich denke, diese sind noch so froh, dass sie nicht bis ins Stedtli gehen müssen. Weiter ist für mich das Argument von wegen mehr Verkehr mit grossen Bussen ein Widerspruch. Mehr Busse heisst für mich weniger Autos, weil doch viele Leute umstei-
1250 gen können und es praktisch ist, wenn man mit dem Bus in die Stadt kann und nicht mit dem Auto einen Parkplatz suchen muss.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Kathleen Lützelschwab. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, erteile ich das Schlusswort dem zuständigen Gemeinderat, Philippe
1260 Messerli.

Ressortvorsteher Tiefbau und Umwelt, Philippe Messerli: Danke für die engagierte Diskussion und die Punkte, die hier aufgeworfen wurden. Zur Bedürfnisabklärung: Es ist so, dass man beim ÖV darauf achtet, wie die Erreichbarkeit ist. Und es ist eine Tatsache, dass im Bürgerbeunden West und im Seequartier die Erreichbarkeit mit dem ÖV - man geht dabei von Radien von
1265 300 Metern aus - dass diese schlichtweg sehr schlecht ist. Wenn man sich diese Karte ansieht, dann sieht man, dass dies wirklich weisse Flecken sind. Wir haben auch im Aalmatten-Quartier zum Teil so weisse Flecken, aber das ist sicherlich ein Bedürfnis, das schon seit langem besteht. Zu den Kosten: Es ist wahr, es kostet etwas, aber wir haben auch den berühmten Nachhaltigkeitsartikel 2a, der uns ebenfalls verpflichtet, nebst den Finanzen. Wir wollen wirklich in ein nachhaltiges Nidau mit guter Lebensqualität investieren. Es wurde ein Generationenwechsel angesprochen. Es ist so, dass auch die jungen Leute mehr und mehr auf das Auto verzichten und auf den ÖV setzen. Diese Tendenz besteht gerade in den Städten.
1270 Zur Schulwegsicherheit: Ich erinnere daran, es wurde auch schon erwähnt, dass wir ein Gesamtverkehrskonzept am Erarbeiten sind und natürlich ist die Schulwegsicherheit, die Sicherheit der Fussgänger, die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer ein wichtiger Punkt. Da sind wir daran, dies anzuschauen. Wie gesagt, ein stärkerer, guter ÖV schafft Attraktivität und es wird der eine oder andere aufs Auto verzichten, womit sich der Individualverkehr vermindert.

1280 Zu den Fristen: Wenn Sie diesem Rückweisungsantrag zustimmen, dann ist eigentlich die Buslinie 3 in Nidau beerdigt. Denn es gibt Fristen, die wir einhalten müssen und bis Ende 2020 muss diese Buslinie stehen. Sonst ist es vom Angebotsbeschluss her nicht mehr möglich, es in dieser Frist, oder in diese Etappe, zu realisieren. Also das Zuwarten bis zur Realisierung von AGGLOlac ist sicherlich nicht sinnvoll, ich habe es bereits erwähnt, auch ohne AGGLOlac ist diese Buslinie sinnvoll und wichtig.

1285 Ich bitte Sie deshalb, diesem Rückweisungsantrag nicht zuzustimmen.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Philippe Messerli. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Rückweisungsantrag. Der Rückweisungsantrag wird mit 9 Ja / 21 Nein / 0 Enthaltungen abgelehnt. Wir kommen somit zur weiteren Diskussion zum Traktandum 6. Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Geschäft? Stadtrat Ralph Lehmann, Sie haben das Wort.

Ralph Lehmann, FDP: Ich habe eine Frage an Gemeinderat Philippe Messerli. Etwas, das mich enorm stört, ist, wenn ein Geschäft dem Stadtrat vorgelegt wird und es heisst, Sie haben gar keine Wahl, die Buslinie kommt so oder so. Ein wenig weiter hinten in der Vorlage heisst es, aber bei der Linie 4 haben wir einen Antrag gestellt, damit wir eine Änderung vornehmen können. Also hätte man ja doch eine Wahl, zu sagen wir wollen das nicht, ist es nicht so? Wer hat beschlossen, dass diese Buslinie kommt?

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Ralph Lehmann. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich übergebe das Wort an Stadträtin Esther Kast.

Esther Kast, Grüne: Als Vertreterin des öffentlichen Verkehrs bin ich sehr froh, wenn diese Buslinie realisiert wird. Jedes erschlossene Quartier verringert hoffentlich die Autos. Deshalb bin ich auch glücklich über die Parkplätze, die aufgehoben werden und hoffe, dass diejenigen, die keinen Parkplatz mehr finden, dann eben auf die neue Buslinie umsteigen werden. Auch die Verteilung alle 15 Minuten die Linie 3 und alle 15 Minuten die Linie 4 finde ich fair. Persönlich würde ich zwar von einer Takterhöhung der Linie 4 profitieren, aber es freut mich, dass auch die Leute aus dem Beunden-Quartier und jene, die zum Tennis oder ins Strandbad gehen, profitieren dürfen.

1310 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Vielen Dank Esther Kast. Gibt es weitere Voten? Dann übergebe ich das Schlusswort an den zuständigen Gemeinderat, Philippe Messerli.

Ressortvorsteher Tiefbau und Umwelt, Philippe Messerli: Ich möchte Stadtrat Ralph Lehmann antworten. Die Buslinie ist gemeindeübergreifend. Es ist eine Tatsache, dass Nidau die Realisierung der Buslinie 3 wünschte und einreichte. Dabei handelt es sich um eine Gesamtplanung. Diese Buslinie, die fährt nicht nur durch Nidau, die geht in Biel weiter. Es gibt eine Buslinie 3 und 4 auf Bieler Stadtgebiet, und es ist klar, die ist jetzt fest eingeplant auf Bieler Seite, und die wird nachher, wenn sie halt dann in Nidau nicht in dieser Form kommt, dann muss sie einfach dahin, wo schon die bestehende Buslinie ist, und das ist durch das Stedtli.

1320

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Philippe Messerli. Darf ich dies auch gleich als Schlusswort ansehen? Danke sehr.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau, nach Kenntnisnahme vom Vortrag des Gemeinderats vom 18. Februar 2019, gestützt auf Artikel 55 Absatz 1 Buchstabe d der Stadtordnung und unter Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss Artikel 35 der Stadtordnung, beschliesst mit 22 Ja / 7 Nein / 1 Enthaltung:

1. Das Projekt für den Bau der neuen Bus-Linie 3 via Dr.-Schneider-Strasse nach Beunden wird genehmigt und dafür ein Verpflichtungskredit zu Lasten der Investitionsrechnung von CHF 1'190'000.00 (Konto: 6290.5010.01) bewilligt. Die neuen jährlich wiederkehrenden Folgekosten von durchschnittlich CHF 132'600 zu Lasten der Erfolgsrechnung gelten ebenfalls als bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Dieser wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderung vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat kann diese Kompetenz an die zuständige Verwaltungsabteilung delegieren.

7. A5 Umfahrung Biel - Dialogverfahren zum Westast Nachkredit

Ressort
Sitzung

Präsidentiales
21. März 2019

1340 nid 6.1.3 / 5.3

[Antrag an den Stadtrat](#)

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Der Stadtrat bewilligt einen Nachkredit von 50'400 Franken als finanziellen Beitrag der Stadt Nidau zum Dialogverfahren Westast A5. Wird das Eintreten auf dieses Geschäft bestritten? Sieht nicht so aus. Dann erteile ich das Wort an Stadtpräsidentin Sandra Hess.

Stadtpräsidentin, Sandra Hess: Frau Stadtratspräsidentin, liebe Stadträtinnen und Stadträte. Es geht um einen Nachkredit für einen Kredit, den Sie bereits gesprochen haben. Es handelt sich um einen Kredit von 300'000 Franken, vorgesehen für die A5 Interessensvertretung der Stadt Nidau. Nun geht es darum, diesen Kredit aufzustocken auf 350'000 Franken. Diese 50'000 Franken, die mit vorliegendem Geschäft beantragt werden, sind der Beitrag der Stadt Nidau zum Dialogverfahren Westast A5, das Regierungspräsident Christoph Neuhaus einberufen hat. In den Medien wurde viel darüber berichtet. Ich verzichte deshalb hier auf Ausführungen, wie es genau dazu gekommen ist und möchte stattdessen darauf eingehen, warum der Gemeinderat der Meinung ist, dass man dieses Dialogverfahren mit 50'000 Franken unterstützen sollte.

Der Gemeinderat hat sich hinter das Ausführungsprojekt gestellt. Er ist der Meinung, dass dies ein wichtiges Projekt ist, das wissen Sie, das haben wir mit der Medienmitteilung im Oktober einmal mehr festgehalten. Gleichzeitig haben wir aber auch festgehalten, dass man den Dialog intensivieren muss. Wir haben vom Kanton verlangt, dass er den Dialog aufnimmt. Die Öffentlichkeit sieht diesen Westast als Projekt in ihrer nächsten Umgebung an und beurteilt es kritisch. Es werden immer wieder neue Varianten ins Spiel gebracht und wir stellen fest, dass die Verunsicherung gross ist, dass man Hoffnungen hegt, dass es da vielleicht noch bessere Alternativen gäbe mit weniger Eingriffen. Deshalb sind wir der Meinung, dass man die Dynamik, die sich in dieser Sache entwickelt, nun aufnehmen muss, dass man nicht auf stur schalten darf, dass man diesen Dialog pflegen und intensivieren muss. Wir machen dies natürlich auch, in der Hoffnung, dass das Resultat, das in diesem Dialogprozess entsteht, dass dieses Resultat dann eben auch von allen,

oder möglichst vielen zumindest, akzeptiert und getragen wird. Was wir nicht wollen, und uns wirklich auch nicht leisten können, ist, dass man noch einmal gute 10 Jahre lang plant oder 10 Jahre diskutiert. Wenn ich sage, dass wir uns dies nicht leisten können, dann muss man einfach wissen, Sie wissen das, aber ich sage es gerne nochmals, Nidau ist ja wirklich ganz klein, wir haben nur 1.5 Quadratkilometer Stadtgebiet und das heisst nichts anderes, als dass wir in Nidau keinen Stein umdrehen, ohne dass nicht irgendwie die Frage betroffen ist, kommt jetzt nun der Westast, kommt der Porttunnel und wie genau läuft das ab. Wir merken im Alltag, dass, egal, was wir planungsseitig anfassen, sich immer sogleich die Frage nach diesem Westast stellt oder nach dem Porttunnel.

Eine Blockade nützt uns allerdings auch nichts. Deshalb sagen wir, es ist wichtig, den Dialog nun aufzunehmen. Es ist aber auch klar, dieser Dialogprozess soll ein gutes Jahr dauern, dieser Rahmen ist abgesteckt, die Kosten sind vorgegeben. 1,2 Millionen Franken darf das Verfahren maximal kosten und getragen werden diese Kosten gemeinsam zu je einem Drittel durch den Bund, durch den Kanton und die Städte Nidau und Biel zusammen. Für die Stadt Nidau und Biel würde dies 400'000 Franken bedeuten, die an diesen Prozess gesprochen werden. Diese 1,2 Millionen Franken sind dabei als Kostendach zu verstehen. Das heisst, dass Rechnungen, die in diesem Zusammenhang anfallen, werden jeweils anteilmässig an die drei Parteien verschickt. Das Geld ist keineswegs etwa das Honorar der Teilnehmenden dieser Dialoggruppe, sondern es geht darum, dass diese Dialoggruppe eine Handlungsfreiheit erhält, auch auf der finanziellen Seite. Wenn sie Arbeiten in Auftrag geben will, wenn sie Externe mandatieren will, soll die Dialoggruppe auch die finanziellen Mittel dazu haben, ohne zuerst in den entsprechenden Gremien diese bewilligen lassen zu müssen. Falls der Stadtrat zum Schluss kommt, dass 50'000 Franken zu viel sind, dass man weniger sprechen will oder den Ball zurück zum Gemeinderat spielt mit der Aufforderung, der Gemeinderat soll definieren wieviel, dann ist es einfach auch so, dass sich die Anteile von Bund und Kanton sowie der Stadt Biel entsprechend verringern werden. Die Beträge von Nidau und Biel werden zusammengezählt, und das Resultat wird je vom Bund und vom Kanton ebenfalls eingegeben.

Wenn man das Ganze in Prozente aufschlüsselt, so macht dies für Nidau 4.2% aus, weshalb dieser leicht komische Betrag von genau 50'400 Franken zustande kommt. Was ich noch sagen kann ist, dass der Nachkredit, den der Stadtrat einst gesprochen hat, also der Kredit für die Interessenvertretung A5 Westast, diese 300'000 Franken sind noch nicht ausgeschöpft. Wir gehen aber davon aus, dass wir diese noch brauchen werden, darum wäre es nun sicher nicht opportun zu sagen, der heutige Betrag habe darin Platz. Also müsste sichergestellt werden, dass diese Mittel dann auch wirklich vorhanden sind, darum kommen wir heute mit diesem Nachkredit vor den Stadtrat.

Wie gesagt, das ist unser Antrag, wir sind überzeugt, dass es richtig ist, in diesen Dialogprozess zu investieren, das liegt im Interesse der Stadt Nidau und ich bitte Sie, diesem Kredit zuzustimmen.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Sandra Hess. Ich erteile das Wort der Sprecherin der GPK, Pauline Pauli.

GPK, Pauline Pauli: Sehr geehrte Stadtpräsidentin, werte Mitglieder Stadtrats, werte Mitglieder des Gemeinderats, liebe Besucher. Die GPK empfiehlt, dieses Geschäft dem Stadtrat zu übergeben.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Pauline Pauli. Das Wort hat nun der Sprecher der Fraktion EVP/Grüne, Joel Hauser.

1415

Fraktion EVP/Grüne, Joel Hauser: Die Fraktion Grüne/EVP stimmt einstimmig diesem Geschäft zu und begrüsst, dass man diesen Dialog sucht. Die Fraktion ist somit bereit, diese 50'400 Franken zu sprechen.

1420

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Joel Hauser. Ich erteile das Wort dem Sprecher der bürgerlichen Fraktion, Matthias Leiser.

1425

Bürgerliche Fraktion, Matthias Leiser: Werte Stadtratspräsidentin, werte Anwesende. Die A5 ist eine lange Geschichte, eine sehr lange Geschichte. X-Mal wurden Varianten ausgearbeitet. Schliesslich hat eine Arbeitsgruppe ausgearbeitet, wie der Westast und die ganze Umfahrung sein soll. Es ist ein sehr gewichtiges Projekt für Nidau, es ist eine effektive Entlastung, gerade das Weidteile-Quartier profitiert sehr viel davon. Die Bürgerliche Fraktion ist ganz klar nicht der Meinung, dass man jetzt noch einmal darüber diskutieren soll, man sollte stattdessen endlich vorwärts machen. Die Bürgerliche Fraktion lehnt deshalb diesen Nachkredit einstimmig ab.

1430

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Matthias Leiser. Als Nächstes erhält das Wort die Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion, Noemi Kallen.

1435

SP-Fraktion, Noemi Kallen: Guten Abend miteinander. Die Fraktion SP stimmt diesen 50'400 Franken einstimmig zu.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Noemi Kallen. Ich gebe das Wort nun der Sprecherin der SVP-Fraktion, Ursula Wingeyer.

1440

SVP-Fraktion, Ursula Wingeyer: Guten Abend miteinander. Ich habe mir vorgenommen, nicht so viel zu reden wie meine Kollegen, also muss ich mich kurz fassen. Wir finden es super, dass ein solches Dialogverfahren stattfindet und unterstützen dieses, sind aber gegen den Kredit. Wir finden 1,2 Millionen Franken ist zu viel.

1445

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Ursula Wingeyer. Ich eröffne hiermit die Diskussion zu diesem Geschäft. Wem darf ich das Wort erteilen? Wie es scheint niemandem. Wünscht die Stadtpräsidentin Sandra Hess noch das Schlusswort? Dies ist ebenfalls nicht der Fall. Somit schreiten wir bereits zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

1450

Der Stadtrat von Nidau beschliesst gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe e der Stadtordnung mit 17 Ja / 13 Nein / 0 Enthaltungen:

1455

1. Für den Dialogprozess zum Westast wird ein Nachkredit von Total CHF 50'400 zum Verpflichtungskredit (Konto 7900.5290.03) «Westast A5 Interessenvertretung der Stadt Nidau» zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt. Der Kredit beträgt somit neu CHF 300'400. Die neuen jährlich wiederkehrenden Folgekosten von durchschnittlich CHF 5'790 zu Lasten der Erfolgsrechnung gelten ebenfalls als bewilligt.

8. Baurechtliche Teilgrundordnung Altstadt – Beschlussfassung

nid 6.1.4 / 16.12

1460 [Antrag an den Stadtrat](#)

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Der Stadtrat verabschiedet die Baurechtliche Teilgrundordnung Altstadt zuhanden der kantonalen Genehmigung. Der Stadtratsentscheid unterliegt dem fakultativen Referendum. Wird das Eintreten auf das Geschäft bestritten? Dies scheint nicht der Fall zu sein, somit erteile ich Stadtpräsidentin Sandra Hess das Wort.

1465

Stadtpräsidentin, Sandra Hess: Danke sehr. Wie Sie wissen, sind wir seit 2013 an der Ortsplanungsrevision. Die aktuell gültigen Vorschriften sind allgemein schon relativ alt und stammen aus dem Jahr 1979. Bereits vor dem Start unserer Ortsplanungsrevision ist die Motion Zoss überwiesen worden, die den Gemeinderat beauftragte, die Sonderbauvorschriften der Altstadt zu überarbeiten und an die modernen Vorschriften anzupassen.

1470

Wie Sie alle wissen, sind die planerischen Herausforderungen in Nidau äusserst komplex und es hat sich schnell gezeigt, nachdem man diese Ortsplanungsrevision in Angriff genommen hat, dass man diese nicht im Rahmen einer Gesamtrevision bewältigen kann und stattdessen in Etappen vorgehen muss. Das heisst, man muss Stadtteil für Stadtteil bearbeiten, beurteilen und in Kraft treten lassen. Das ist der Grund, weshalb die Ortsplanungsrevision jetzt doch schon eine lange Zeit dauert.

1475

Vielleicht zuhanden der Mitglieder, die noch nicht so lange im Stadtrat sind, erlaube ich mir, nochmals kurz darauf hinzuweisen, welche Herausforderungen wir hier auf unserem Stadtgebiet haben. Nidau hat ein historisch geschütztes Städtli, das heisst die Altstadt ist eigentlich von A bis Z denkmalgeschützt. Einzelne Ortsbilder gehören zum Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder. Wir haben auf dem gesamten Stadtgebiet Baugruppen, welche von kantonalen Bedeutung sind, und damit auch einen Schutzstatus innehaben. Und wir haben natürlich, wie Sie alle wissen, Siedlungsreste von unseren Vorfahren, welche unter dem Boden noch begraben sind und auch diese haben natürlich einen besonderen Wert. Darum ist natürlich bei jedem Bauvorhaben sofort auch das Thema Archäologie auf dem Tisch. Dann liegt Nidau am Wasser, das heisst es gibt auch zahlreiche Gewässerschutz- und Hochwasserschutz-Themen welche man berücksichtigen muss. Und zu guter Letzt, wir haben vorhin gerade davon gesprochen, geht eine Nationalstrasse durch unser Stadtgebiet und auch noch die Bahn. Das heisst, dass die Zahl der Involvierten bei Planung immer sehr gross ist. Eine weitere Schwierigkeit war, dass man in den letzten Jahren verschiedene Anpassungen bei den gesetzlichen Grundlagen hat übernehmen müssen, und dies hat dazu geführt, dass man die Ortsplanungsrevision schon kurz nach den ersten Entwürfen wieder hat grundlegend überarbeiten müssen. Das betrifft vor allem die neuen Vorschriften über die Festlegung der baupolizeilichen Masse, das betrifft die Vorschriften betreffend Gewässerschutz und auch Hochwasserschutzthemen, welche neu angegangen werden mussten.

1480

1485

1490

Unsere Ortsplanungsrevision erfolgt darum jetzt in sogenannten Teilzonenplanungen, das sind die angesprochenen verschiedenen Schritte, und teilt sich auf in die «Teilzonenplanung Altstadt», welche das Thema dieses Geschäftes ist, dann die «Teilzonenplanung Guido-Müller-Platz West», die dann Gegenstand des nächsten Traktandums sein wird, dann natürlich auch die «Teilzonenplanung AGGLOlac», wir haben die «Städtebauliche Begleitplanung Westast A5», und wir haben die «Teilzonenplanung Weiteres Stadtgebiet», für welche morgen übrigens die Mitwirkung eröffnet wird mit einer am Morgen stattfindenden Pressekonferenz. Grundlage für alle Planungen ist das «Städtebauliche Leitbild Lebensraum Nidau», das der Gemeinderat 2013 verabschiedet und dem Stadtrat auch zur Kenntnis gebracht hat. Soweit zu den Ausführungen zum Gesamtverständnis der Ortsplanungsrevision, diese gelten natürlich dann auch gleich für das nächste Geschäft.

1500

1505

Nun konkret, worum geht es hier beim vorliegenden Geschäft? Für die Altstadt gelten heute Vorschriften, welche es nicht erlauben, zum Beispiel Dachstöcke zu bewohnen. Es ist nicht erlaubt in

den Hinterhöfen Bauten zu erstellen und grundsätzlich möchten wir dies ändern, um eine bessere Ausnützung der bestehenden Bauten zu ermöglichen. Das heisst, die bestehenden Bauvolumen sollen maximal genutzt werden können, und wir wollen auch ermöglichen, dass entlang der Zihl

1510 künftig auch im Erdgeschoss gewohnt werden darf, dies ist derzeit nicht möglich. Weiter möchten wir auch ermöglichen, dass gegen die Zihl eine massvolle Verdichtung immer noch möglich ist, trotz eben dieser denkmalgeschützten Strukturen. Im Gegensatz zu der hauptstrassenseitigen Altstadt, dort wollen wir weiterhin im EG nur Gewerbe zulassen, also soll dort das Wohnen nicht möglich sein, und wir wollen auch sicherstellen, dass die historische Bausubstanz erhalten werden kann. Wir wollen erreichen, dass das Stedtli in seiner Funktion als Zentrum gestärkt und auf-

1515 gewertet werden kann, und wir haben auch noch drei Gebiete als sogenannte ZPP ausgewiesen, als Zone mit Planungspflicht. Das heisst, dass in diesen Gebieten die genaue Bebauung und die genauen Detailvorschriften noch nicht festgelegt sind. Dies erfolgt in einem nächsten Schritt. Dieser nächste Schritt wird so sein, dass man dann mit einem Büro in der Regel mit einem qualitäts-

1520 sichernden Verfahren festlegen muss, wie, wie hoch, wie lang, wie breit, wie dicht dort gebaut werden darf. Diese drei ZPPs betreffen einerseits das Viertel zwischen der Hauptstrasse und dem Stadtgraben, es sind zwei Gebiete dort, und das Bahnhofsgebiet. Die Planung Bahnhofsgebiet haben wir dem Stadtrat bereits vorgestellt und es wurde ein entsprechender Planungskredit gesprochen, daher müssen wir jetzt auch hier nicht genauer darauf eingehen. Betreffend der Teilzonen-

1525 planung Altstadt gibt es zu sagen, dass es eine Mischzone a und b gibt. Die Mischzone a bezieht sich vor allem auf die Lärmempfindlichkeitsstufe, das heisst dort ist einfach nicht störender Betrieb zugelassen, und es ist Zone b in der mässig störender Betrieb zugelassen ist. Es wird eine Grünzone geben im Bereich der Zihl, und es wird so sein, dass die bestehenden Volumen in der Regel in der Bauzone Vorstadt um 10% erweitert werden können. An der Zihl soll ebenfalls eine

1530 Verdichtung stattfinden können, die Qualitätssicherung ist dabei natürlich ein grosses Thema, und ist eigentlich überall in einem historisch geschützten Ort ein Thema. Es kann also niemand einfach so handeln wie es ihm dünkt, es müssen stets die qualitätssichernden Vorschriften berücksichtigt werden. Die Stadt Nidau kann dies übrigens mit personellen und organisatorischen Mitteln fördern, oder allenfalls auch mit finanziellen Mitteln.

1535 Diese Pläne wurden der Öffentlichkeit vorgestellt und in der Mitwirkung ist grundsätzlich Unterstützung für diese Vorlagen zum Ausdruck gebracht worden. Es ist aber auch etwas auf Ablehnung gestossen und zwar ist dies die Verdichtung an der Zihl, mindestens in jenem Ausmass, in welchem diese in einem ersten Entwurf vorgesehen war. Dies wurde weder von den Anwohnern noch von der Denkmalpflege unterstützt, die Einwände bezüglich der Sicht auf die Altstadt hatten.

1540 In den Bauvorschriften ist die Verdichtung gegen die Zihl zwar immer noch ein Thema, allerdings nur noch in einem reduzierten Mass. Es sind auch nur noch zweigeschossige Bauten möglich und sicher auch keine Attikas.

Neu sollen auch Solaranlagen auf dem Dach überall möglich sein, dies muss aber selbstverständlich jeweils in Absprache mit der Denkmalpflege geschehen. Man hat dies im Baureglement auch

1545 möglichst offen formuliert, da die Entwicklungen auf diesem Gebiet natürlich rasant sind, und es durchaus möglich ist, dass dort dann auch andere Solaranlagen möglich sind, welche weniger störend sind als sie dies heute sind, und auf solche Entwicklungen reagiert werden können soll.

Es geht nun heute Abend konkret darum, Planungsinstrumente zu verabschieden, es sind dies das Teilbaureglement Altstadt, der Nutzungszonenplan Altstadt, der Bauzonenplan Altstadt und

1550 der Schutzzonenplan Altstadt. Was dies alles beinhaltet sehen Sie in den Unterlagen. Wenn Sie diesem Antrag zustimmen, dann wird dies am 28. März 2019 publiziert und unterliegt wie die Stadtratspräsidentin sagte, dem fakultativen Referendum. Sofern dies nicht ergriffen wird, kann diese Planung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung genehmigt werden.

1555 Der Gemeinderat ist überzeugt, dass wir mit diesen Vorschriften 40 Jahre nach der letzten Revi-
sion ein modernes, zeitgemässes Planungsinstrument in die Hände bekommen, welches es uns
erlaubt, einerseits unsere Altstadt zu schützen, andererseits aber auch, massvoll weiterentwickeln
zu können. Dies wird nicht zuletzt unserem Stedtli zu Gute kommen, welches ja dringend auf hö-
here Frequenzen angewiesen ist, wenn wir diese Ladenvielfalt wie wir sie heute haben auch für
1560 die Zukunft sichern wollen. Der Gemeinderat empfiehlt dem Stadtrat deshalb, diese Planung an-
zunehmen.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Sandra Hess. Ich erteile das Wort der Spre-
cherin der Geschäftsprüfungskommission, Carmen Lucchini-Gutiérrez.

1565 **GPK, Carmen Lucchini-Gutiérrez:** Guten Abend miteinander. Die GPK dankt für die ausführli-
che Dokumentation und begrüsst es, dass das Geschäft nach einer langen Ausarbeitungszeit nun
zum Beschluss vorliegt und hofft auf ein baldiges Inkrafttreten der baurechtlichen Teilgrundord-
nung. Die GPK stellt erfreut fest, dass in mehreren Punkten des Mitwirkungsverfahrens auf Ein-
sprachen so gut wie möglich eingegangen wurde.

1570

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Carmen Lucchini-Gutiérrez. Das Wort hat
nun die Sprecherin der Bürgerlichen Fraktion, Susanne Schneiter Marti.

1575 **Bürgerliche Fraktion, Susanne Schneiter Marti:** Vielen Dank. Die Bürgerliche Fraktion ist ein-
stimmig für die Annahme dieser Baurechtlichen Teilgrundordnung Altstadt und hofft, dass diese
bald in Kraft treten wird.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Susanne Schneiter Marti. Ich erteile das
Wort dem Sprecher der SP-Fraktion, Tobias Egger.

1580

SP-Fraktion, Tobias Egger: Besten Dank. Die SP-Fraktion ist selbstverständlich auch für dieses
Geschäft und begrüsst sehr, dass die Motion Zoss nun endlich umgesetzt wird. Danke sehr.

1585 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Vielen Dank Tobias Egger. Ich übergebe das Wort an den
Sprecher der SVP-Fraktion, Viktor Sauter.

1590 **SVP-Fraktion, Viktor Sauter:** Die SVP-Fraktion stimmt dieser Vorlage einstimmig zu. Die vorlie-
genden Änderungen ermöglichen eine massvolle und sinnvolle Weiterentwicklung der Nidauer Alt-
stadt. Auf die in der Mitwirkung geäusserten Vorbehalte ist soweit wie möglich eingegangen wor-
den.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Viktor Sauter. Es folgt nun die Sprecherin
der Fraktion EVP/Grüne, Esther Kast.

1595 **Fraktion EVP/Grüne, Esther Kast:** Die Fraktion EVP/Grüne ist ebenfalls einstimmig für dieses
Geschäft. Wir begrüssen, dass die autarken Energien gefördert werden und die Anschlusspflicht
an den Nahwärmeverbund verankert ist. Danke vielmals.

1600 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Vielen Dank Esther Kast. Wird von jemandem die Diskus-
sion gewünscht, wem darf ich das Wort übergeben? Niemandem. Möchte Stadtpräsidentin Sandra

Hess noch das Schlusswort? Das wird auch verneint, somit schreiten wir sogleich zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

1605 Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig gestützt auf Artikel 55 Buchstabe b und c der Stadtordnung und unter Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss Artikel 35 der Stadtordnung:

1. Die «Baurechtliche Teilgrundordnung Altstadt» wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

1610

9. Baurechtliche Teilgrundordnung Guido-Müller-Platz West mit Überbauungsordnung (UeO) – Beschlussfassung

Ressort
Sitzung

Präsidiales
21. März 2019

nid 6.1.4 / 22.21

[Antrag an den Stadtrat](#)

1615 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Wir kommen zum Traktandum 9. Wird das Eintreten auf dieses Geschäft bestritten? Dies ist nicht der Fall, somit erteile ich das Wort Stadtpräsidentin Sandra Hess.

1620 **Stadtpräsidentin, Sandra Hess:** Vielen Dank. Der Auslöser, warum man für dieses Gebiet isoliert eine Teilzonenplanung machte, war eine Bauanfrage, die 2016 eingegangen ist, da die Absicht bestanden hat, die Liegenschaft am Kopf der Aarbergstrasse umzubauen. Weil diese Anfrage nicht den künftigen Planungsabsichten für dieses Gebiet im A5-Perimeter entsprochen hat, musste der Gemeinderat eine Planungszone verfügen. Das bedeutet, dass der Gemeinderat innerhalb von 2 Jahren aufzeigen muss, wie auf diesem Gebiet gebaut werden soll und nach welchen Grundsätzen.

1625 Für dieses Gebiet bestand bereits eine städtebauliche Vorstellung dafür, wie es sich entwickeln soll, und nun ging es darum mit einer Nutzungsstudie konkret aufzuzeigen, was denn dort in Zukunft möglich sein soll. Es ging darum aufzuzeigen, wie dieser Neubau oder ein Umbau gestaltet werden können. Das Ziel der Planung war erstens die städtebauliche Sicht, den Guido-Müller-Platz als grosszügigen Freiraum zu gestalten, den Guido-Müller-Platz als geordneten Verkehrsraum zu gestalten, und auch den Wasserzugang zur Zihl zu ermöglichen.

1630 Auf der anderen Seite steht natürlich die Sicht der Eigentümer, welche keinen Verlust der Bruttogeschossfläche haben wollten. Darum hat man dort gesagt, der Neubau könne 5 bis 6 Geschosse hoch sein im Rahmen eines Solitär-Bau, wie man in den Unterlagen auch sehen kann, und die Parkierung müsste unterirdisch angelegt werden. Man hat das Ganze mit der Denkmalpflege ab-
1635 gesprochen, welche ihr Okay dazu gegeben hat. Und es ist mir auch wichtig hier zu sagen, dass diese Planung mit oder ohne A5 Westast kompatibel ist.

1640 Hier zählt eben die Gesamtsicht in diesem Gebiet rund um den Campus und darum hat die ganze Planung nun eine Besonderheit. Es gibt nämlich eine Überbauungsordnung, welche quasi den Zwischenstand, also den jetzigen Zustand regelt. Es ist natürlich schon so, dass die Unsicherheit in Bezug auf die Autobahn auch einen Einfluss darauf hat, wie dann dort gebaut wird, wenn auch nicht unbedingt auf in Grösse, Länge und Breite, wohl aber in der Frage, welche Art von Bau ent-

stehen soll. Und es ist natürlich auch klar, dass man schauen muss, dass den beiden Bauprojekten kein Nachteil aus dieser Situation entsteht. Darum hat man dies mit einer speziellen Überbauungsordnung geregelt. Ich möchte an dieser Stelle noch sagen, dass dies wirklich ein spezielles Vorgehen ist, welches man extra für diese Situation massschneidern konnte in Zusammenarbeit mit dem Kanton und wir sind sehr froh, dass dies gelungen ist.

Es bleibt mir noch zu sagen, dass dies ein sehr herausfordernder Ort ist, das konnten Sie sehen in den umfangreichen Amtsberichten, die hier beigelegt sind. Es ist ein Ort, der nahe am Gewässer liegt und gleichwohl auch nahe an einer stark befahrenen Strasse und dadurch sind es viele Vorschriften, die eingehalten werden müssen. Nicht zuletzt befindet es sich auch in der unmittelbaren Nachbarschaft des Schlosses. Der Gemeinderat ist aber überzeugt, dass man auch mit dieser Teilrevision ein überzeugendes Planungsinstrument in der Hand hat und wir empfehlen Ihnen daher, dieser Planung zuzustimmen. Auch diese unterliegt natürlich dem fakultativen Referendum und wird zusammen mit der Teilzonenplanung Altstadt publiziert.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Sandra Hess. Ich erteile das Wort dem Sprecher der GPK, Leander Gabathuler.

GPK, Leander Gabathuler: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die GPK ist einstimmig der Meinung, dass dieses Geschäft dem Stadtrat übergeben werden kann. Die GPK dankt für die ausführliche Dokumentation und begrüsst auch in diesem Geschäft, dass eine Lösung mit den Grundeigentümern ermöglicht wurde.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Leander Gabathuler. Das Wort hat die Sprecherin der Bürgerlichen Fraktion, Susanne Schneiter Marti.

Bürgerliche Fraktion, Susanne Schneiter Marti: Die Bürgerliche Fraktion ist einstimmig für die Annahme dieses Geschäftes.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Viele Dank Susanne Schneiter Marti. Als Nächstes erhält das Wort der Sprecher der SP-Fraktion, Nils Kallen.

SP-Fraktion, Nils Kallen: Guten Abend Kolleginnen und Kollegen. Ich halte mich kurz, die SP ist ebenfalls für die Annahme dieses Geschäftes und ich möchte dazu noch sagen, dass es schön ist, dass der Blick auf das Wahrzeichen unseres Stedtli gewahrt werden konnte.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Nils Kallen. Ich erteile das Wort dem Sprecher der SVP-Fraktion, Viktor Sauter.

SVP-Fraktion, Viktor Sauter: Die SVP-Fraktion stimmt dieser Vorlage einstimmig zu.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Viktor Sauter. Das Wort erhält nun der Sprecher der Fraktion EVP/Grüne, Michael Rubin.

Fraktion EVP/Grüne, Michael Rubin: Nach bald drei Stunden noch ein herzliches guten Abend von mir, geschätzte Anwesende. Da die vorliegende Vorlage eine offensichtliche Verbesserung gegenüber der aktuell gültigen Teilgrundordnung bringt, ist die Fraktion Grüne/EVP einstimmig für die Annahme dieses Geschäftes.

1690 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Vielen Dank Michael Rubin. Wird die Diskussion zu diesem Geschäft gewünscht? Da dies nicht der Fall ist, möchte Stadtpräsidentin Sandra Hass noch das Schlusswort? Dies wird verneint, somit schreiten wir umgehend zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

1695 Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig gestützt auf Artikel 55 Buchstabe b und c der Stadtordnung und unter Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss Artikel 35 der Stadtordnung:

1. Die «Baurechtliche Teilgrundordnung Guido-Müller-Platz West» mit UeO wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

1700

10. Leistungsvertrag Kultur Kreuz Nidau KKN 2020 - 2023

Ressort	Bildung, Kultur, Sport
Sitzung	21.03.2019

nid 3.1.4 / 7

[Antrag an den Stadtrat](#)

1705 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Kommen wir nun zum Traktandum 10. Wird das Eintreten bestritten? Da dies nicht der Fall ist, erteile ich das Wort dem zuständigen Gemeinderat, Marc Eyer.

1710 **Ressortvorsteher Bildung, Kultur und Sport, Marc Eyer:** Vielen Dank werte Stadtratspräsidentin. Lieber Stadtrat, es geht um die Erneuerung dieses Leistungsvertrags. Seit 2016 arbeitet das Kultur Kreuz Nidau als regionaler Dauerveranstalter mit einem Leistungsvertrag gegenüber den Geldgebern. Namentlich sind dies der Kanton, der Gemeindeverband, der hierfür neu geschaffen wurde und die Stadt Nidau als Standortgemeinde. Für die Umsetzung stehen dem Kultur Kreuz Nidau 60'000 Franken Subventionen zur Verfügung. Die Hälfte davon bezahlen wir als Standortgemeinde, 24'000 Franken bezahlt der Kanton und 6'000 Franken der Gemeindeverband. Die vier Parteien, die beteiligt sind im Rahmen der Umsetzung dieses Leistungsvertrags, kommen

1715 regelmässig im Rahmen von Controlling-Gesprächen zusammen, um die Einhaltung dieses Leistungsvertrages zu überprüfen. In diesem Leistungsvertrag stehen unter anderem die zu erbringenden Leistungen, dies sind einerseits Eigenveranstaltungen, mindestens 25 pro Jahr, dann Fremdveranstaltungen, welchen das Kreuz Nidau die Infrastruktur zur Verfügung stellt so dass Fremdveranstaltungen durchgeführt werden können. Es sind zudem auch zwei Ausstellungen im

1720 Bereich der bildnerischen Kunst, die das Kultur Kreuz Nidau organisiert. Weiter gibt es den Bereich der Kulturvermittlung sowie weitere Zusammenarbeiten mit anderen Kulturinstitutionen. Es kann festgehalten werden, dass die Betreiber des Kultur Kreuz Nidau diesen Leistungsvertrag bis jetzt hervorragend erfüllen, sehr gute Arbeit leisten und praktisch sämtliche Angebote, die im Leistungsvertrag als Soll aufgeführt sind, übertreffen. Es gibt einen kleinen Bereich, in dem es

1725 noch ein bisschen Nachholbedarf gibt, das ist im Bereich der Kulturvermittlung. Dort ist man noch ein wenig am Suchen, wie diese Kulturvermittlung genau umgesetzt werden kann. Auch finanziell ist das KKN sehr gut unterwegs. Die geforderte Selbstfinanzierung von 60%, die der Leistungsvertrag vorsieht, wird deutlich übertroffen mit 80%. Sie wirtschaften also auch finanziell hervorragend.

1730 Das führt dazu, dass der neue Leistungsvertrag für die Periode 2020 – 2023 kaum angepasst wurde. Alle Vertragspartner haben sich auf den Standpunkt gestellt, dass man so weiterfahren kann, bis auf wenige Anpassungen in der Definition, welche die Kulturvermittlung anbelangt.

1735 Sonst ist der Leistungsvertrag weitgehend gleich wie der Letzte. Insbesondere verlangt das Kultur Kreuz Nidau auch keine Subventionserhöhungen, wie dies andere Kulturinstitutionen getan haben für die neue Leistungsperiode. Man will also mit demselben Betrag weiter wirtschaften, weil sich dies auch sehr gut bewährt hat.

1740 In diesem Sinne bitten wir Sie, Werte Stadträte, diesen neuen Leistungsvertrag zu genehmigen und die entsprechenden Subventionen von 30'000 Franken jährlich für die entsprechende Leistungsperiode zu genehmigen.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Marc Eyer. Ich erteile das Wort dem Sprecher der GPK, Nils Kallen.

1745 **GPK, Nils Kallen:** Die GPK übergibt das Geschäft einstimmig dem Stadtrat.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Nils Kallen. Das Wort hat nun die Sprecherin der bürgerlichen Fraktion, Tamara Münger.

1750 **Bürgerliche Fraktion, Tamara Münger:** Auch von meiner Seite guten Abend miteinander. Die bürgerliche Fraktion stimmt diesem wiederkehrenden Kredit einstimmig zu, und freut sich schon heute auf weitere gesellige Anlässe im Kultur Kreuz Nidau.

1755 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Vielen Dank Tamara Münger. Das Wort erhält nun der Sprecher der SP-Fraktion, Damian Kessi.

SP-Fraktion, Damian Kessi: Guten Abend auch von meiner Seite, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag einstimmig zu. Wir danken dem Kultur Kreuz Nidau für seine wertvolle Arbeit und hoffen, dass diese noch lange weitergeführt werden kann.

1760 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Vielen Dank Damian Kessi. Ich erteile das Wort dem Sprecher der SVP-Fraktion, Leander Gabathuler.

1765 **SVP-Fraktion, Leander Gabathuler:** Die SVP ist wie bereits vor vier Jahren der Meinung, dass Kultur Sache der Kultur ist und sich weitgehend selbst finanzieren soll. Dies soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch wir das Angebot des Kultur Kreuz Nidau sehr schätzen. Wir schätzen das Engagement der Personen, die dahinterstehen und was sie sonst noch machen, zum Beispiel die BAR auf dem Expo-Areal, die im Moment wieder am Aufbau ist. Wir wären sehr gerne auch dazu bereit, dafür selber zahlen zu müssen. Wir sind der Meinung, dass das Kultur Kreuz Nidau sich selbst finanzieren sollte und stimmen daher dem Antrag nicht zu.

1770 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Vielen Dank Leander Gabathuler. Das Wort hat nun die Sprecherin der Fraktion EVP/Grüne, Carmen Lucchini-Gutiérrez.

1775 **Fraktion Grüne/EVP, Carmen Lucchini-Gutiérrez:** Die Fraktion EVP/Grüne stimmt dem Leistungsvertrag mit dem Kultur Kreuz Nidau für die Periode 2020 – 2023 einstimmig zu. Zu erwähnen ist, dass die Verwaltung für jede Veranstaltung im Kultur Kreuz zwei Karten gratis zur Verfügung hat. Man muss sich bei der Verwaltung anmelden und eine der beiden Personen muss dem Gemeinderat oder Stadtrat angehören.

1780 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Vielen Dank Carmen Lucchini-Gutiérrez. Wird die Diskussion von einem Ratsmitglied gewünscht? Stadtrat Ralph Lehmann, sie haben das Wort.

1785 **Ralph Lehmann, FDP:** Ich habe nur gesehen wie Steve Iseli geschmunzelt hat, als er gehört hat, dass die Bürgerlichen zustimmen. Es ist mir ein Anliegen zu sagen, dass wir Ihren Job und die Arbeit, die Sie machen sehr schätzen. Auch der hohe Selbstfinanzierungsgrad hat uns gefallen, darum haben wir gesagt, wir können dem zustimmen. Vielen Dank.

1790 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Vielen Dank Ralph Lehmann. Möchte sonst noch jemand ein Votum abgeben? Ist dies nicht der Fall, so übergebe ich falls gewünscht das Schlusswort an Gemeinderat Marc Eyer.

1795 **Ressortvorsteher Bildung, Kultur und Sport, Marc Eyer:** Vielen Dank. Es bleibt auch von meiner Seite den Verantwortlichen vom Kultur Kreuz Nidau herzlich zu danken. Insbesondere auch dafür, dass Sie mit Ihrem Engagement dafür sorgen, dass der Name Nidau als Ort, an dem Kultur stattfindet, weit über die Region hinaus hinaustragen. Wir haben Künstler hier in Nidau, die nationale Ausstrahlung haben, wenn nicht sogar internationale. Herzlichen Dank an die Kulturbetreiber.

1800 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Vielen Dank Marc Eyer für das Schlussvotum. Wir kommen somit zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst mit 23 Ja / 4 Nein / 3 Enthaltungen gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe a der Stadtordnung:

- 1805
1. Der Leistungsvertrag mit dem Kultur Kreuz Nidau für die Periode 2020 – 2023 wird genehmigt und dafür ein jährlich wiederkehrender Kredit von CHF 30'000.00 bewilligt (Konto 3290.3636.05).
 2. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Der Gemeinderat kann diese Kompetenz an die zuständige Abteilung delegieren.

1810

11. Motion Pauli Pauline (PRR) – «Pour des écoles nidowiennes sans natel et smartphone»

Ressort Sitzung	Bildung, Kultur, Sport 21.03.2019
--------------------	--------------------------------------

nid 0.1.6.2 / 2

[Antrag an den Stadtrat](#)

1815 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Wir kommen zum Traktandum 11. Ich übergebe das Wort dem zuständigen Gemeinderat, Marc Eyer.

1820 **Ressortvorsteher Bildung, Kultur und Sport, Marc Eyer:** Vielen Dank. Ich möchte zunächst einmal der Motionärin für ihr Anliegen danken, das sie hiermit an den Gemeinderat herangetragen hat. Sie greift ein sehr wichtiges Thema auf, das im Grundsatz selbstverständlich vollkommen im Interesse der Schulen liegt. Der dauernde Stresse der Erreichbarkeit und die Angst etwas zu verpassen, wenn man das Handy nicht dabei oder ausgeschaltet hat, ist etwas, das nicht nur den

Schuldbetrieb stört, sondern auch unsere Schülerinnen und Schüler, aber nicht nur sie sondern überhaupt unsere Gesellschaft krank machen kann. Gerade dies ist im Lehrplan 21, den wir neu eingeführt haben, immer mehr ein Thema. Es gibt ein neues Fach, das „Medien und Informatik“ heisst und in dem es unter anderem genau darum geht, den Medienkonsum zu thematisieren mit den Schülerinnen und Schülern und die Probleme, die sich durch einen übermässigen Konsum ergeben, vorzubeugen. Wir haben mit den Schulleitungen besprochen, inwiefern diese Motion sinnvoll wäre, wenn man das Verbot von Handys vom Schulhaus auf das Schulareal ausweiten würde, und sind eindeutig zum Schluss gekommen, dass ein Verbot aus zwei Gründen nicht zielführend ist:

Erstens, weil man bereits in den Schulhäusern sehr streng darauf achtet, dass diese Handys jedenfalls nicht hervorkommen, geschweige denn benutzt werden. Das heisst, in den Schulhäusern hat man dieses Anliegen bereits umgesetzt. Auch in die Lager kommen die Handys in der Regel nicht mit, ausser es gibt irgendeine spezielle Situation, die dies bedingen würde.

Zweitens, wenn man ein Verbot erlässt, muss das Verbot überprüft und kontrolliert werden. Genau dies wird kaum möglich sein. Die Lehrpersonen haben nicht die Möglichkeit, ein Verbot des Handygebrauchs auf dem Areal konsequent überprüfen zu können, und allenfalls sogar zu ahnden. Neu findet Unterricht über den Mittag statt, die Schülerinnen und Schüler halten sich auch nach der Schule auf dem Schulareal auf und auch während der Pausen hat es zwar selbstverständlich eine Pausenaufsicht, die Lehrpersonen haben allerdings auch andere Aufgaben als Polizist zu sein und zu schauen, ob vielleicht irgendwo ein Handy hervorgeholt wird.

In diesem Sinne nehmen wir dieses Thema sehr ernst in den Schulen, es wird offen thematisiert, es ist auch wirklich ein grosses Thema, der Umgang mit neuen Medien, aber ein Verbot erachten wir als nicht durchführbar und auch nicht zielführend. Insofern empfehlen wir Ihnen die Motion zur Ablehnung.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Marc Eyer. Ich erteile das Wort der Motionärin, Pauline Pauli.

Motionärin, Pauline Pauli: Zuerst möchte ich dem Gemeinderat für die Behandlung meiner Motion danken. Dennoch bin ich nach wie vor überzeugt, dass ein Handyverbot im gesamten Perimeter der Schule Vorteile mit sich bringt. Dadurch werden bessere Möglichkeiten für die Bildung von sozialen Kontakten geschaffen, es hilft die Konzentration zu verbessern und allfällige Mobbingfälle zu vermeiden. Deshalb vermag die Antwort des Gemeinderats nicht zu überzeugen. Im Gegenteil sie liefert weitere Argumente für das Anliegen der Motion. Ich wähle dabei ein einziges der Zusammenfassung aus: Der Handygebrauch sei in erster Linie in der Verantwortung der Eltern – aber genau im schulischen Umfeld sind die Eltern nicht präsent und können ihre Verantwortung nicht wahrnehmen. Es existieren bereits Gemeinden, die ein Handyverbot durchsetzen, einige Einrichtungen in Biel ebenso. Bezüglich der Kontrolle verhält es sich gleich wie bei der Durchsetzung von anderen Regeln: Am Anfang ist ein Initialaufwand erforderlich, nach einer gewissen Zeit spielt es sich ein.

Stadtratspräsidentin (Amélie Evard): Vielen Dank Pauline Pauli. Kommen wir zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Ablehnung mit 19 Ja/8 Nein/3 Enthaltungen.

1870 **12. Motion Egger Tobias (SP) – «Motion für bezahlbaren Wohnraum in der Stadt Nidau»**

Ressort
Sitzung

Soziales
21.03.2019

nid 0.1.6.2 / 2

[Antrag an den Stadtrat](#)

1875 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Wir gehen weiter zum Traktandum 12. Ich erteile das Wort dem zuständigen Gemeinderat, Roland Lutz.

Ressortvorsteher Soziales, Roland Lutz: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, auch von mir guten Abend miteinander. Die Stadt Nidau hat eine Leerwohnungsziffer von unter 1%, 2018 genau 0.3%. Das heisst, dass per Definition des Bundesamtes für Statistik Nidau 3834
1880 Wohnungen hat, von denen 12 leer sind. Wenn man die Definition eines Wohnungsmangels nicht mehr hätten, also über diese 1% rutschen würde, dann müssten wir 44 leere Wohnungen haben. Soviel zur Definition.

Artikel 270 OR, Absatz 2 räumt dem Kanton ein, im gesamten Kantonsgebiet oder auch in Gebie-
ten wie Gemeinden und Städten eine Formularpflicht bei Mietabschlüssen einzuführen. Das heisst,
1885 der Vermieter müsste für den Abschluss eines Mietvertrages ein offizielles Formular abgeben, auf dem die vorhergehende Miete ersichtlich wäre. Der Motionär möchte dies einführen. Ob dies bei einer Wohnungsnot in Nidau, wo wir auf einem sehr tiefen Mietzins-Niveau sind, der Sache dient sei dahingestellt. Auf jeden Fall würde diese Formularpflicht eine gewisse Transparenz bringen. Das Thema ist auf dem Niveau Kanton vor langer Zeit bereits diskutiert worden, ebenfalls mittels
1890 einer Motion. Dies war 2012, und der Grosse Rat hat dies nachher 2013 abgelehnt. Seither ist die Formularpflicht im Kanton Bern eigentlich kein Thema mehr. Gründe für diese Ablehnung waren unter anderem, dass die Formularpflicht nicht zu einer Preissenkung führen werde, und dass der sehr hohe administrative Aufwand nicht unbedingt vertretbar sei. Ebenso fehlt es an erhärtendem Zahlenmaterial für den Erfolg dieser Vorlage. Es gibt noch weitere Argumente dafür und dagegen,
1895 die im Vortrag des Gemeinderats beschrieben sind.

Angesichts dieses nun doch schon mehrere Jahre zurückliegenden Entscheids des Grossen Rates, ist der Gemeinderat bereit, beim Regierungsrat vorstellig zu werden und die Formularpflicht in Wiedererwägung zu ziehen. Wie hoch die Chancen stehen, die Formularpflicht für Nidau einzuführen ist natürlich ungewiss.

1900 Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft einen Bereich, der in die Zuständigkeit des Gemeinderats fällt. Der Motion kommt demzufolge eine Richtlinie zu. Aus diesem Grund befürwortet der Gemeinderat die Annahme als Richtlinienmotion.

1905 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Vielen Dank Roland Lutz. Ich erteile das Wort dem Motionär, Tobias Egger.

Motionär, Tobias Egger: Besten Dank Ressortvorsteher Roland Lutz, besten Dank Gemeinderat. Ich möchte mich für die Antwort bedanken. Sie ist in etwa das, was ich mir erhofft hatte. Ich fände es wirklich sehr gut, wenn auch der Stadtrat dem zustimmen könnte. Zu verlieren haben
1910 wir nichts, man wird vorstellig beim Regierungsrat, der sagt Ja oder Nein. Was wir gewinnen können, ist eine gewisse Transparenz für die Mieter. Sonst ist es oft schwer zu überprüfen, wie hoch der Mietzins vorher war. Der zuständige Gemeinderat Roland Lutz hat es vorhin selbst gesagt, es gibt kein Zahlenmaterial, das bestätigen könnte, dass der Mietzins dadurch gesenkt werden würde. Ich denke daher, dass sich die Eigentümer auch nicht gross Sorgen machen müssen. Zusätzlich ist es so, dass der administrative Aufwand sehr gering ist, das gibt einfach ein anderes
1915

Formular, da füllt man zwei Zahlen ein und schreibt noch die Adresse des Vermieters rein, und dann kann man es dem Mietvertrag beilegen. Das sind vielleicht fünf Minuten Arbeit. Darum bitte ich Sie, die Motion wie vom Gemeinderat vorgeschlagen als Richtlinienmotion annimmt. Vielen Dank.

1920

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Tobias Egger. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Annahme als Richtlinienmotion mit 16 Ja / 14 Nein / 0 Enthaltungen.

1925

13. Motion Egger Tobias (SP) - «Motion Umsetzung Öffentlichkeitsprinzip»

Ressort
Sitzung

Präsidentiales
21.03.2019

nid 0.1.6.2 / 2

[Antrag an den Stadtrat](#)

1930 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Kommen wir zum Traktandum 13. Ich erteile das Wort der Stadtpräsidentin, Sandra Hess.

1935 **Stadtpräsidentin, Sandra Hess:** Vielen Dank. Mit der Motion wird das grosse Anliegen zum Ausdruck gebracht, dass der Stadtrat und die Öffentlichkeit transparent und regelmässig über Beschlüsse, die der Gemeinderat fällt, informiert wird. Zudem soll im amtlichen Anzeiger publiziert werden. Die Motion verlangt weiter, dass dies mit einem Reglement festgelegt werden soll. Wir haben grosses Verständnis für das Anliegen, dass der Gemeinderat in regelmässigen Abständen, in klar definierten Gefässen über Beschlüsse informiert. Wir haben dies selbst erkannt und dies nicht zuletzt in unseren Legislaturzielen festgehalten. Wir haben deshalb im letzten Jahr die Erarbeitung eines Informationskonzepts an die Hand genommen und informieren, wie Sie vielleicht schon bemerkt haben, seit diesem Jahr nach jeder Sitzung über sämtliche Beschlüsse. Alles wird mit einer Medienmitteilung publiziert. Die erhält der Stadtrat, die erhält die Presse und Sie haben es sicher bemerkt, spätestens zwei Wochen später steht es auch im Nidauer Amtsanzeiger. Für den Gemeinderat steht aber nicht im Vordergrund, dass man dies noch mit einem Reglement regelt. Wir möchten gerne in Form des neuen Informationskonzepts diese Umsetzungen machen. Wir erachten es als zielführende Massnahme und wollen sehen, wie sich diese neuen Instrumente etablieren und werden dann aber nach der entsprechenden Zeit dem Stadtrat darüber Bericht erstatten. Aber wir sehen nicht, dass es zielführend ist, dies nun mit einem Reglement festzulegen. Deshalb empfehlen wir dem Stadtrat, diese Motion als Postulat anzunehmen.

1950

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Sandra Hess. Dann erteile ich nun das Wort dem Motionär, Tobias Egger.

1955 **Motionär, Tobias Egger:** Vielen Dank für die Antwort. Ich denke, an dieser Stelle darf man dem Gemeinderat ein Kompliment machen. Seit Anfang Jahr ist eine Verbesserung bemerkbar. Die Antwort des Gemeinderats ist nachprüfbar, das wird so gemacht und das ist wirklich gut. Klar, ich hätte mich natürlich gefreut, wenn es etwas verbindlicher gewesen wäre mit einem Reglement, aber ich glaube, bis jetzt ist der Tatbeweis da und ich habe auch von den Mitunterzeichnenden von niemandem gehört, dass man jetzt unbedingt daran festhalten müsse. In diesem Sinne bin

1960 ich damit einverstanden, dass wir den Vorstoss als Postulat annehmen. Ich würde mir aber vorbehalten, dass wenn ich das Gefühl hätte, nach ein, zwei Jahren sind wir wieder dort, wo wir am Anfang waren, dann würde ich das Anliegen nochmals einreichen.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Tobias Egger für diese Ausführungen.

1965 **Stadtratsbeschluss**

Einstimmige Annahme als Postulat.

14. Richtlinienmotion Baumann Markus (SVP) - «Informationspflicht des Gemeinderates an den Stadtrat»

Ressort
Sitzung

Präsidentiales
21.03.2019

1970 nid 0.1.6.2 / 2

[Antrag an den Stadtrat](#)

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Wir kommen zum Traktandum 14. Ich erteile das Wort nochmals der Stadtpräsidentin, Sandra Hess.

1975 **Stadtpräsidentin, Sandra Hess:** Vielen Dank. Dieser Vorstoss ist als Richtlinienmotion eingereicht worden und wie Sie sehen empfiehlt der Gemeinderat, diesen auch als Richtlinienmotion anzunehmen. Das Anliegen geht in die ähnliche Richtung wie im vorhergehenden Geschäft und wir haben in der Vorlage auch ausgeführt, dass es einerseits ein Aufsichtsthema ist, es aber andererseits auch ein Thema der adäquaten Berichterstattung seitens des Gemeinderates ist und es da sicher ein Zusammenspiel braucht. Also sprich zwischen dem Gemeinderat und auch dem Ratsbüro Es haben auch schon Sitzungen stattgefunden, um zu sehen, wie auch das Ratsbüro diese Arbeit ebenfalls übernehmen kann, und dort eine entsprechende Rolle spielen. Ich glaube ich muss hier nicht mehr dazu sagen, Sie konnten es bereits ausführlich lesen, wir sehen es ebenfalls so und empfehlen das Geschäft als Richtlinienmotion anzunehmen.

1985

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Sandra Hess. Ich erteile das Wort dem Motionär, Markus Baumann.

1990 **Motionär, Markus Baumann:** Zunächst einmal möchte ich mich beim Gemeinderat bedanken für die geleistete Arbeit. Wie die Stadtpräsidentin richtig bemerkt hat, haben bereits Ratsbürositzungen stattgefunden. Als ich die Antwort zuerst gelesen habe dachte ich, dass dieser Vorstoss ein Eingentor war, da ich derzeit sowohl Mitglied der Aufsichtskommission als auch des Ratsbüros bin und mir also mehr Arbeit aufgebürdet habe.

1995 Ich bin mit der Antwort des Gemeinderates zufrieden. Was ich aber noch unterstreichen möchte, es ist zwei Mal das Wort Vertrauensbildung enthalten. Ich glaube daran können wir in nächster Zeit intensiver arbeiten und ich würde den auch als Richtlinienmotion annehmen, und den Vorschlag des Gemeinderates unterstützen. Danke vielmals.

2000 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Vielen Dank Markus Baumann. Wir kommen somit zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Einstimmige Annahme

2005 **15. Überparteiliche Richtlinienmotion Bongard Bettina (SP) und Kast Esther (Grüne) - «Mobiler Bücherschrank»**

Ressort	Bildung, Kultur, Sport
Sitzung	21.03.2019

nid 0.1.6.2 / 2

[Antrag an den Stadtrat](#)

2010 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Wir gehen gleich weiter zum Geschäft Nummer 15. Ich erteile das Wort dem zuständigen Gemeinderat, Marc Eyer.

Ressortvorsteher Bildung, Kultur und Sport (Marc Eyer): Vielen Dank. Auch hier bedanke ich mich für Ihre tolle Idee bei den Motionärinnen. Der Gemeinderat will diese Motion als Richtlinienmotion entgegennehmen, hat dazu aber noch zwei, drei Bemerkungen.

2015 Wir haben insbesondere den Punkt Mobilität eines solchen Bücherschranks genauer angeschaut und haben dabei auf Granit gebissen. Weder beim Anbieter noch bei den Beispielen, die wir aus den umliegenden Gemeinden kennen und sogar auch weiter hinaus, hat man irgendwo eine Lösung gefunden, wie man einen solchen Bücherschrank sinnvoll mobil machen könnte, so dass er nicht gleich Vandalismus zum Opfer fällt. Entsprechend müsste man wahrscheinlich, wenn man in
2020 irgendeiner Form einen mobilen Bücherschrank machen möchte, etwas Neues erfinden, oder ansonsten unglaublich viel Geld dafür ausgeben, damit man dies umsetzen könnte.

Darum würden wir uns vorbehalten auch wenn wir die Motion als Richtlinienmotion entgegennehmen, die Richtlinie soweit auszuweiten, dass man sagen könnte, auch ein fixer Bücherschrank, wenn man einen solchen erstellen würde, dann wäre das Anliegen immer noch erfüllt. Der Gemeinderat wäre bereit, im Rahmen von etwa CHF 10'000.00 die Fertigstellung und Installation eines solchen Bücherschranks in das Budget 2020 aufzunehmen. Im Moment haben wir das ja noch nicht aufgenommen, natürlich kann ja der Stadtrat dann noch beschliessen über dieses Budget, aber das wäre die Idee. Was allerdings der Gemeinderat nicht möchte, ist das anschliessend die Verwaltung von Nidau für den Betrieb und den Unterhalt zuständig ist. Das heisst, man
2025 nimmt diese Motion nur unter der Voraussetzung entgegen, dass man eine Trägerschaft findet, die diesen Bücherschrank unterhalten würde und sicherstellt, dass dort auch immer Bücher drinstehen.

Wenn man aber ein wenig in die umliegenden Gemeinden blickt, insbesondere auch nach Biel, dann sieht man, dass das Ganze sehr gut funktioniert und sehr von der Bevölkerung geschätzt
2035 wird, und entsprechend sicher auch eine Bereicherung für Nidau ist. Entsprechend empfiehlt der Gemeinderat die Richtlinienmotion anzunehmen.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Marc Eyer. Ich erteile das Wort der Motionärin Bettina Bongard.

2040

Motionärin, Bettina Bongard: Vielen Dank. Im Namen meiner Mit-Motionärin Esther Kast und mir selbst bedanken wir uns beim Gemeinderat für seine ausführlichen Abklärungen betreffend der Produktion eines mobilen Bücherkastens. Wir nehmen zur Kenntnis, dass dies leider aus statischen Gründen nicht hergestellt werden kann. Die vom Gemeinderat vorgeschlagenen Massnahmen werden wir aber versuchen umzusetzen, damit der Nidauer Bevölkerung in Zukunft ein stationärer Bücherschrank zur Verfügung gestellt wird. Vielen Dank.
2045

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Bettina Bongard. Wir kommen damit zur Abstimmung.

2050 **Stadtratsbeschluss**

Annahme mit 24 Ja / 5 Nein / 1 Enthaltung.

2055 **16. Überparteiliche Richtlinienmotion Lützelschwab Kathleen (SP), Kast Esther (Grüne) - «Aufnahme von Bootsflüchtlingen»**

Ressort
Sitzung

Präsidentiales
21.03.2019

nid 0.1.6.2 / 2

[Antrag an den Stadtrat](#)

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Wir kommen zu Traktandum 16. Ich erteile das Wort der Stadtpräsidentin Sandra Hess.

2060

Stadtpräsidentin, Sandra Hess: Der Gemeinderat empfiehlt die Richtlinienmotion abzulehnen. Selbstverständlich sind wir uns alle einig, dass es fürchterliche Zustände sind, dass es furchtbare Szenen sind, die sich täglich auf dem Mittelmeer abspielen. Nicht nur dort, sondern dann auch in den Flüchtlingslagern an Land. Das ist definitiv nicht menschenwürdig. Auch wir finden das
2065 schlimm. Trotz allem ist es aber so, dass die Aussenpolitik und die Zusammenarbeit mit Drittstaaten vollumfänglich Aufgabe des Bundes ist und auch die Asylpolitik in der Aufgabe der Kantone und des Bundes liegt. Aus kommunaler Sicht sind wir als Gemeinderat nicht legitimiert in diesen Fragen besondere Interessen zu vertreten. Deshalb empfehlen wir hier die Ablehnung dieser Richtlinienmotion.

2070

Stadtpräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Sandra Hess. Ich erteile das Wort der Motionärin Kathleen Lützelschwab.

Motionärin, Kathleen Lützelschwab: Vielen Dank dem Gemeinderat für die Beantwortung. Wie man sich vorstellen kann, sind wir nicht zufrieden und halten deshalb an der Motion fest. Es geht darum, dass wir uns solidarisch zeigen. Es geht um die Rettung von Menschen aus Seenot, das ist ein Menschenrecht. Es geht um ein Zeichen, das wir damit setzen. Es geht nicht darum, dass wir hunderte von Flüchtlingen aufnehmen, es geht vielleicht um eine Familie.

2080 Wie die Stadtpräsidentin auch sagte, aus den Medien erfährt man, wie viele Menschen tagtäglich ertrinken und in zahlreichen Ländern in Europa wird eine Abschreckungspolitik betrieben. Schiffe dürfen nicht in europäischen Häfen anlegen, Freiwillige werden an der Seenotrettung gehindert und werden sogar rechtlich geahndet. Wir fordern eine menschenwürdige Asylpolitik, und für das benötigt es keinen Meeresanstoss.

2085 Auch Städte und Gemeinden können zeigen, dass sie ein Zufluchtsort für Flüchtende sein können. In verschiedenen Städten wie Zürich, Winterthur, Schlieren, Schaffhausen, Baden, Basel, Luzern, Genf und Biel sind ähnliche Vorstösse ebenfalls eingereicht worden. Ziel ist es, dass viele Schweizer Gemeinden den mutigen europäischen Städten nachfolgen, indem sie zum Beispiel einen Brief schreiben, dass sie mit dieser Politik nicht einverstanden sind. Oder man könnte sich auch im Netzwerk Solidarity Cities zusammenschliessen. Dieses Netzwerk von Zufluchtsstädten ist keine

2090 Institution, auch keine Organisation, es geht vielmehr darum die Bereitschaft der Städte zu zeigen, die sich aktiv für die Direktaufnahme von Menschen auf der Flucht am Rand von Europa einsetzen. Deshalb wollen wir an dieser Motion festhalten.

2095 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Vielen Dank für diese Ausführungen Kathleen Lützel-schwab. Wir kommen zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Ablehnung mit 14 Ja / 14 Nein / 2 Enthaltungen (Stichentscheid Vorsitz).

2100 **17. Richtlinienmotion Lützelschwab Kathleen (SP) - «Kunststoff-Recycling»**

Ressort Sitzung	Tiefbau und Umwelt 21.03.2019
--------------------	----------------------------------

nid 0.1.6.2 / 2

[Antrag an den Stadtrat](#)

2105 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Wir kommen zum Traktandum 17. Ich erteile das Wort dem zuständigen Gemeinderat, Philippe Messerli.

Ressortvorsteher Tiefbau und Umwelt, Philippe Messerli: Werte Stadträte, werte Motionärin, die Motionärin nimmt mit ihrem Vorstoss ein wichtiges Thema auf und der Gemeinderat teilt einige Ansichten der Motionärin. Es gilt, Abfallberge zu vermeiden und wertvolle Stoffe, die im Abfall landen, sollen gesammelt und nach Möglichkeit recycelt werden. Als Energiestadt ist es selbstverständlich, dass wir diesbezüglich eine gewisse Vorbildfunktion wahrnehmen wollen. Gleichzeitig müssen aber die Massnahmen, die wir treffen, ökologisch sinnvoll sein und sich auch wirtschaftlich einigermaßen rechnen. Bei den Kunststoffabfällen ist dies eben so eine Sache. PET-Flaschen und Kunststoffflaschen werden erfolgreich gesammelt und recycelt. Das ist etwa 20% des Volumens aller Kunststoffabfälle. Von den restlichen rund 80% der Kunststoffabfälle sind nur 3.6% recycelbar. Dies, weil diese Abfälle aus verschiedenen Sorten bestehen, weil es vielfach Verpackungsmaterial ist, das nicht sortenrein ist. Dabei handelt sich häufig um Verbunds-Verpackungen. Das zu sortieren ist sehr aufwändig und mit hohen Kosten verbunden. Die Motionärin weist in ihrem Vorstoss darauf hin, dass es eine Alternative gibt, dass aus diesen Kunststoffabfällen, die eben schlecht wiederverwertbar sind, sogenannte Regranulate hergestellt werden könnten, die sich für verschiedene Zweck weiterverwenden lassen, ohne dass diese wieder recycelt werden. Auch das klingt auf den ersten Blick gut und ist überzeugend, aber es hat einen Haken: Tatsache ist, dass ein Grossteil dieses Abfalls im Ausland sortiert und unter enormen Energieaufwand zu Granulat für die Industrie verarbeitet wird. Der Verwertungsgrad dieser Abfälle liegt dabei bei rund 50%. Das heisst, 50% bleibt Ausschuss, und dieser wird meist wieder in die Schweiz zurückgeführt und nachher in Zementwerken und Kehrichtverbrennungsanlagen verbrannt. Das heisst, wir haben die paradoxe Situation, dass wir, wenn wir eine Kunststoffsammlung einführen würden, würde man eigentlich der Bevölkerung vorgaukeln, dass dies 1 zu 1 recycelt und wiederverwertet wird. Aber wie wir gerade gehört haben, ist dies leider nicht der Fall. Nur 50% dieses Abfalls könnten zu Regranulat verarbeitet werden. Der Rest würde weiterhin verbrannt.

2110
2115
2120
2125
2130

Dieser grosse Energie- und Transportaufwand ist aus Sicht des Gemeinderates weder ökologisch noch wirtschaftlich sinnvoll. Unter dem Strich ist es darum sinnvoller, diese Abfälle direkt der lokalen Kehrichtverbrennungsanlage zuzuführen und dort zu verbrennen und die dabei entstehende

2135 Energie für Fernwärme zu nutzen. Es ist darum wohl auch kein Zufall, dass von den fünf Seeländer Energiestädten keine Kunststoffabfälle recycelt.

Vor diesen Hintergründen ist es also wenig erstaunlich, dass die Fachgremien und der Schweizerische Verband Kommunale Infrastruktur, das Bundesamt für Umwelt BAFU und auch der Kanton der Sammlung von Kunststoffabfällen skeptisch gegenüberstehen. Eine entsprechende Empfehlung, die vom Sammeln von Kunststoffabfällen abrät ist 2017 veröffentlicht worden, Sie haben es
2140 in den Unterlagen gesehen, und diese ist nach wie vor aktuell.

Nichtsdestotrotz finden wir es positiv, dass es auch Gemeinden gibt, die eine Pionierrolle wahrnehmen und Pilotversuche gestartet haben. Wir werden diese Entwicklung aufmerksam weiterverfolgen. Wenn sich neue Verfahren, eine ökologischere Verwertung von Kunststoffabfällen, in Zukunft ergeben sollten, so werden wir sicher mitmachen.

2145 Zu den Seeländer Gemeinden: Es sind, soweit wir informiert sind, vier, die derzeit Kunststoffabfälle sammeln. In Aarberg und Büren übernehmen dies private Firmen. In Sutz-Lattrigen läuft das Sammeln laut Auskunft der Gemeinde relativ gut. Allerdings ist es das, obwohl die Säcke, mit denen die Abfälle gesammelt werden kostenpflichtig sind, nicht kostendeckend. Das Defizit muss über die Spezialfinanzierung Abfall ausgeglichen werden. In Twann-Tüscherz ist die Sammlung
2150 noch ein Pilotversuch. Die bisherigen Erfahrungen waren zwiespältig, eine definitive Einführung dieser Kunststoffsammlung ist alles andere als sicher.

Noch eine wichtige Bemerkung zum Schluss: Kunststoffabfälle hin oder her – Der Gemeinderat ist der Meinung, dass der Fokus insbesondere auf die Abfallvermeidung gelegt werden sollte. Tendenziell wird zu viel in Kunststoff verpackt. Leider aber sind die Einflussmöglichkeiten gerade in diesem Bereich von Gemeindeseite halt gering. Dies wäre eigentlich eine nationale, eine kantonale Aufgabe. Aber in einem kleinen Bereich, in dem wir Einflussmöglichkeiten haben, haben wir es geschafft dort mehr als nur einen Akzent zu setzen. Dies mit der Mehrweggeschirrpflicht bei öffentlichen Anlässen, mit dem wir einen kleinen Beitrag ans Gemeinwesen leisten können, damit
2155 nicht zu viel Abfall entsteht.

2160

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Philippe Messerli. Ich übergebe das Wort der Motionärin, Kathleen Lützelschwab.

Motionärin, Kathleen Lützelschwab: Es tut mir Leid, wenn ich Sie so spät noch einmal bere-
2165 den muss. Vielen Dank nochmals für die Antwort. Auch hier bin ich natürlich sehr enttäuscht und möchte daran festhalten. Ich werde Ihnen kurz erzählen, wie ich mich informiert habe.

Nidau nennt sich Energiestadt und steht für Nachhaltigkeit ein. Ich finde beim Kunststoffrecycling geht es genau um die Nachhaltigkeit. Ich bin einverstanden, klar, Abfall zu vermeiden ist das Beste. Ich habe ganz andere Informationen erhalten, als der Gemeinderat. Ich war auch erstaunt,
2170 dass die Grafik zum Beispiel aus dem Jahr 2013 stammt oder etwas vom Regierungsrat von 2016, was bei diesem Thema schon ziemlich veraltet ist.

Eine Frage an den Gemeinderat habe ich noch. Ist auch eine Variante geprüft worden, bei der die Gemeinde nichts damit zu tun hat, alles auslagert und bei der gar keine oder kaum Kosten entstehen? Ich habe Kontakt aufgenommen mit der Firma InnoRecycling in Eschlikon im Kanton
2175 Thurgau. Das ist ein Kunststoffrecyclingwerk, das einzige in der Schweiz. Sie helfen den Gemeinden bei der Umsetzung, bei der Einführung, bei der Bergung, sie stellen Container zur Verfügung und sie machen den Abtransport. Der Chef wäre am liebsten gleich in die Stadtratssitzung gekommen, um uns alles zu erklären.

Aber warum Kunststoff recyceln? Kunststoff ist ein Rohstoff und diesen sollte man wiederverwer-
2180 ten. Man kann damit Rohöl sparen. Wenn ein Kilo Regranulat hergestellt wird, ersetzt dies 3 Kilo

Rohöl. Wie geht dies vonstatten? Es ist eigentlich ganz einfach. Die Bevölkerung macht dies freiwillig. Man kauft den Sack, dieser kostet je nach Gemeinde zwischen 2.00 Franken und 2.50 Franken. Man bringt den Sack in den Werkhof, dort muss man eben eine Sammelstelle haben, und InnoRecycling kommt diesen Sack abholen und bringt ihn in eine Sortieranlage. Diese ist tatsächlich im Ausland, in Süddeutschland, weil es in der Schweiz noch keine gibt. Sie behaupten jetzt aber, dass sie den ganzen Kunststoff verwerten können. Sortenreiner Kunststoff, das seien etwa 50-60%, mit denen werden die Regranulate hergestellt, mit welchen man ganz viele Sachen machen kann, wie Palette, Transportverpackungen, Kisten, Folien, Säcke und so weiter. Der Rest, der nicht mehr als Kunststoff verwertbar ist, geht in Zementwerke, in welchen er als Brennstoff dient, und somit Kohle ersetzt. Sie behaupten also, dass sie quasi das ganze Material verwerten können, und es nicht sortiert sein muss.

Ich zähle jetzt nicht alles auf, das man sammeln kann, es ist unglaublich viel im Abfall. Es reduziert den Sack etwa um die Hälfte. Also rund die Hälfte Ihres Abfallsacks könnte gesammelt werden. Nur nebenbei gesagt, Deutschland sammelt schon seit Jahren. Im Moment steht Biel auch gerade im Kontakt mit InnoRecycling, weil sie eine Kunststoffsammlung in Erwägung ziehen. Seit dem 1. September 2018 machen 30 Gemeinden mit, aus den Kantonen Luzern, Aargau und Solothurn. Je mehr Gemeinden mitmachen, umso grösser wird der Druck, auch in der Schweiz eine Sortieranlage zu bauen. Dann müsste es nicht mehr nach Deutschland geführt werden.

In der Antwort des Gemeinderats wird erwähnt, dass Nidau bereits versucht, weniger Plastikabfall zu generieren mit dem Mehrweggeschirr. Das ist eine gute Sache, die sich bewährt hat, auch wenn es Anfangsschwierigkeiten gegeben hat. Deshalb verstehe ich nicht, dass Kunststoffrecycling, das viel einfacher ist, weil es Leute freiwillig machen und die Gemeinde nicht viel damit zu tun hat, ablehnen kann.

Im Moment ist auch eine grosse Jugendbewegung wegen dem Klimaschutz im Gang. Zeigen wir doch unserer Jugend in Nidau, dass uns die Nachhaltigkeit wirklich wichtig ist, auch wenn es nur etwas so Kleines ist, das wir unternehmen. Wir können nicht die ganze Welt verbessern, wir können nur im Kleinen etwas tun und bei uns selbst anfangen. Darum will ich an dieser Motion festhalten.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Kathleen Lützelschwab. Dann kommen wir nun zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Antrag auf Ablehnung wird mit 13 Ja / 14 Nein / 3 Enthaltungen abgelehnt somit Annahme als Richtlinienmotion.

18. Überparteiliches Postulat Gabathuler Leander (SVP) und Kallen Noemi (SP) - «Schaffung eines Renovations- und Unterhaltsfonds Schulliegenschaften»

Ressort
Sitzung

Finanzen
21.03.2019

nid 0.1.6.2 / 2

[Antrag an den Stadtrat](#)

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Wir kommen zu Traktanden 18, ich erteile das Wort dem zuständigen Gemeinderat, Martin Fuhrer.

Ressortvorsteher Finanzen, Martin Fuhrer: Werte Anwesende, der Gemeinderat kann absolut nachvollziehen, welches die Beweggründe für diesen Vorstoss sind und hat Verständnis dafür. Vor ein paar Jahren hätte das wahrscheinlich durchaus in Erwägung gezogen werden können. Ich wäre sehr gerne in der Lage, dass man irgendwo eine Spezialfinanzierung hernimmt, mit ein paar Millionen darauf, damit man sagen könnte, zum Beispiel einen Drittel des Neubau Beunden-Ost könnte gleich bezahlt werden. Das Problem ist, dass uns dort HRM2 in die Quere kommt.

2230 HRM2 will genau das verhindern und vermeiden, dass separate Kassen gemacht werden. Der Ansatz ist vielmehr, alles in der Rechnung auszuweisen. Deshalb bestehen sehr strenge Vorschriften was Abschreibungen anbelangt. Wir haben null Spielraum was Abschreibungen anbelangt. Zu Zeiten des Balainen haben wir dergleichen noch gekonnt, da hatten wir Ende Jahr 3 Millionen Überschuss und konnten dann diese 3 Millionen im Balainen abschreiben. Diese Möglichkeit haben wir

2235 nicht mehr. Wir müssen genau die vorgegebenen Prozente, beim Schulhaus sind das auf 25 Jahre Amortisationsdauer gerechnet, genau soviel müssen wir abschreiben, dürfen nicht mehr, müssen so viel, wir haben null Spielraum.

Auf der anderen Seite ist aber, wie dies im Postulat geschrieben ist, das Geld nicht einfach frei verfügbar. Wir haben auch wenn wir Überschüsse haben ganz klare Regeln. Wir müssen diese

2240 Überschüsse, das heisst finanzpolitische Reserven, früher hat man dem Zusätzliche Abschreibungen gesagt, müssen wir diese dort einlegen, nicht objektgebunden. Also wir dürfen auch dort wieder nicht sagen, das ist für den Schulraum, sondern das ist ein grundsätzlich für die Gemeinde zur Verfügung stehender Topf, wo auch wieder geregelt ist, wie man das Geld dort wieder herausnimmt. Also haben wir die Handhabung gar nicht, um diesem Postulat zu entsprechen.

2245 Wie gesagt, wir haben Verständnis für dieses Anliegen, wir empfehlen darum auch, das Postulat anzunehmen. Man hat genau dieses Anliegen im Rahmen der Verträge mit dem Schulverband geprüft und hat schon damals über diese Möglichkeit diskutiert und ist auch damals zum Schluss gekommen, es geht nicht, es bringt nichts. Insofern können wir heute eigentlich auch gleich die Antwort zu diesem Postulat geben, und bitten euch darum, das Postulat zwar anzunehmen, aber

2250 gleichzeitig auch abzuschreiben.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Martin Fuhrer. Ich erteile das Wort den Postulanten Noemi Kallen und Leander Gabathuler.

2255 **Postulant, Leander Gabathuler:** Vielen Dank an den Gemeinderat für die Beantwortung und auch gleichzeitig für die eingehende und wohlwollende Überprüfung unseres Anliegens. Wir sind mit Annahme und Abschreibung zufrieden, der Gemeinderat hat seinen Job gemacht.

Ich möchte kurz erläutern, irgendwann wird es darum gehen, den Vertrag mit Anschlussgemeinden zu erneuern, zu ergänzen, ein wenig abzuändern, und irgendwann wird es auch darum gehen, die Schulraumsanierung, die Schulraumerweiterung nicht nur zu machen, sondern auch zu

2260 finanzieren. Wenn ich mich jetzt in die Situation der Anschlussgemeinden versetze, dann wäre ich sehr gerne bereit, dafür zu bezahlen, wenn ich mir denn auch sicher sein kann, dass mein Geld vollständig für den Schulraum verwendet wird und nicht für andere Sachen. Wir können aber die Argumentation nachvollziehen, dass es mit HRM2 nicht mehr so viel Sinn macht. Möglicherweise

2265 macht sich der Gemeinderat dann wieder Gedanken, wenn es darum geht, die Schulraumplanung zu finanzieren, ob es nicht doch irgendeine Möglichkeit gibt, ein wenig Spielraum zu schaffen.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Leander Gabathuler. Wir kommen zur Abstimmung.

2270 **Stadtratsbeschluss**

Einstimmige Annahme und gleichzeitige Abschreibung.

19. Postulat Marolf Thomas (SVP) - «Bauliche Massnahmen und richterliches Verbot auf dem ExpoPark-Areal»

Ressort
Sitzung

Sicherheit
21.03.2019

2275 nid 0.1.6.2 / 2

[Antrag an den Stadtrat](#)

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Kommen wir zum Traktandum 19. Ich erteile das Wort der zuständigen Gemeinderätin, Sandra Friedli.

2280 **Ressortvorsteherin Sicherheit, Sandra Friedli:** Werte Stadtratspräsidentin, werter Motionär, werte Anwesende. Der Gemeinderat spricht sich für die Annahme dieses Postulats aus. Wie immer ist die Sachlage wenn es ums Expo-Gelände geht komplex. In dieser Sache ist die Stadt Biel als Grundeigentümerin wie ein Privater zu betrachten. Gleichzeitig ist aber die Gemeinde Nidau für die öffentliche Sicherheit zuständig. Da das Gelände auf Hoheitsgebiet Nidau

2285 ist, muss Nidau auf Platz gehen, wenn es in dieser Sache irgendwelche Probleme gibt. Aus diesem Grund sind wir durchaus daran interessiert, für die Zukunft mit Biel zusammen möglichst eine klare und abgesprochene Vorgehensweise zu finden.

Ich möchte gerne auf drei Stichworte kurz zu sprechen kommen, die im Postulat angesprochen sind: Erstens Räumungen: Wie Sie gesehen haben, sind polizeiliche Räumungen sehr schwer

2290 durchsetzbar. Ganz egal ob man den zivilrechtlichen oder strafrechtlichen Weg geht, ob man das Camping-Verbot zur Anwendung zu bringen versucht, sogar wenn man an die 24-Stunden Räumung denkt, die ab 1. Januar 2020 mit dem neuen Polizeigesetz möglich sein wird und auch mit den erweiterten Wegweisungsmöglichkeiten, gibt es sehr viel zu beweisen, damit überhaupt eine Räumung möglich ist. Einerseits muss in jedem Fall die Verhältnismässigkeit bewiesen werden,

2295 insbesondere weil die Fahrzeuge der Fahrenden als Private quasi wie eine Wohnung zu betrachten sind. Zweitens: Man muss eine Gefahr für Leib und Leben oder eine schwere Umweltgefährdung geltend machen können. Drittens: Wenn man so weit ist und wirklich räumen könnte, muss ein Platz verfügbar sein, um diese Wohnwägen hinstellen zu können. Also man kann nicht einfach sagen, „geht!“, sondern das ausführende Organ, die Kantonspolizei, muss wirklich jeden einzelnen

2300 Wohnwagen quasi auf einen Anhänger verfrachten und auf einen anderen Transitplatz fahren. Momentan haben wir das Problem, dass wir nur beschränkt Transitplätze haben. Vor allem in jenen Monaten, in denen Fahrende in Nidau waren, war der Transitplatz in Brügg geschlossen, Gampelen gab es noch nicht, Wileroltigen auch nicht. Deshalb gibt es gar keine Möglichkeit, diese Wohnwagen abzustellen.

2305 Die effizientesten Massnahmen sind tatsächlich, wenn man keine Fahrenden auf dem Gelände haben will, bauliche Massnahmen. Das zeigt sich ganz klar. Das richterliche Verbot, nur noch kurz zum Schluss, das angesprochen wurde, da haben Abklärungen ergeben, dass dieses kaum Wirkung zeigt.

2310 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Vielen Dank Sandra Friedli. Ich erteile das Wort dem Postulanten, Thomas Marolf.

Postulant, Thomas Marolf: Besten Dank dem Gemeinderat für die Beantwortung und die Abklärungen. Mir ist wichtig, bei diesem Postulat geht es um illegale Besetzungen. Deshalb die baulichen Massnahmen, damit man gar nicht erst räumen muss, sondern es gleich vermeiden könnte. Ich hoffe sehr, dass man dazu mit Biel zusammen nun eine gute Lösung findet. Vielen Dank.

2315

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Thomas Marolf. Wir kommen zur Abstimmung.

2320 **Stadtratsbeschluss**

Annahme mit 23 Ja / 1 Nein / 6 Enthaltungen.

20. Postulat Kallen Noemi (SP) - «Aktionsplan Sanierung Schulliegenschaften»

Ressort
Sitzung

Hochbau
21.03.2019

2325 nid 0.1.6.2 / 2

[Antrag an den Stadtrat](#)

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Wir sind beim letzten Traktandum dieses Abends angelangt. Ich erteile das Wort dem zuständigen Gemeinderat, Kurt Schwab.

Ressortvorsteher Hochbau, Kurt Schwab: Ich danke der Postulantin für dieses Geschäft. Kurz zur Vorgeschichte: Der Schlussbericht der Schulraumplanung zeigt detailliert auf, was, in welchem Schulgebäude an Renovations- und Sanierungsmassnahmen nötig wäre. Die Zahlen dazu sind aber nicht bis ins Detail erarbeitet, diese Arbeit muss noch geleistet werden. Es ist aber insofern keine sicherheitsrelevante Massnahme fällig geworden sowie aus dem Wettbewerb für den Schulhausneubau auch noch nichts getätigt worden.

2335

Ein möglicher Zeitplan ist dem Stadtrat 2017 unterbreitet worden. In diesem Investitionsfinanzplan sind sämtliche Teilprojekte zum Schulraum aufgeführt. Ob die Arbeiten in Angriff genommen werden können, wie sie im Investitionsplan aufgeführt sind, ist im Moment schwierig abzuschätzen. Der Bericht über die Schulraumplanung zeigt nur einen Rahmen auf. Jetzt müssen die Arbeiten im Detail betrachtet werden. Ein erster konkreter Schritt erfolgt in der nächsten Stadtratssitzung. Der Gemeinderat wird dort einen Planungskredit für den Neubau Beunden Ost beantragen. Hier arbeitet die Abteilung mit Hochdruck, aber auch die anderen Teilprojekte werden bearbeitet. Der Antwort des Gemeinderates kann entnommen werden, dass wir mit dem Postulant einig sind, dass der Prozess der Schulraumplanung koordiniert ablaufen muss. Wie gesagt, die Dringlichkeit und die finanziellen Möglichkeiten müssen bedacht und eingeplant werden. Der Stadtrat hat neben dem erwähnten möglichen Zeitplan auch die Projektorganisation Schulraumplanung mit einem Pflichtenheft 2017 zur Kenntnis nehmen können.

2340

2345

Alles braucht seine Zeit, aber: Der Architekturwettbewerb Schulhaus-Neubau ist bereits Schnee von gestern. Der Gemeinderat hat die Ergebnisse der Jury dieses Wettbewerbs im April 2018 erhalten. Jetzt wird schwerpunktmässig natürlich am Neubau gearbeitet, aber auch die anderen Punkte aus dem Bericht der Schulraumplanung werden in Angriff genommen. Aus dieser Arbeit ergeben sich dann die konkreten Antworten auf die gestellten Fragen der Postulant.

2350

Sie haben das Fazit der Überlegungen des Gemeinderats lesen können, wir nehmen das Postulat an und werden die Antworten auf die gestellten Fragen im Rahmen dieser Arbeiten liefern.

2355

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Gemeinderat Kurt Schwab. Ich erteile das Wort der Postulantin, Noemi Kallen.

2360 **Postulantin, Noemi Kallen:** Auch ich will die Sitzung nicht mehr unnötig verlängern und versuche mich kurz zu halten. Ich finde es sehr unbefriedigend, dass kein einziger der sechs Punkte in meinem Postulat befriedigend beantwortet wurde. Ich frage mich, wieso der Gemeinderat genau jetzt den Zeitpunkt wählt für die Beantwortung, weil ich denke, dass man sich bei anderen Postulaten mehrere Jahre Zeit genommen hat, dann kann man noch ein wenig abwarten. Wir wissen, dass der personelle Engpass in der betroffenen Abteilung hoffentlich bald und schnell überwunden
2365 sein wird, es bringt aber auch nichts, einfach Pendenzenlisten abzuarbeiten und Postulate durchzuschicken, ohne die Qualität zu erfüllen. 21 Stadträtinnen und Stadträte haben mein Postulat mitunterzeichnet, und ich frage mich, wie viele Unterschriften braucht es eigentlich, damit man eine befriedigende Beantwortung auf Fragen bekommt. Es kann nicht sein, dass unangenehme Fragen gänzlich ignoriert werden. Nichtsdestotrotz bin ich sehr zuversichtlich, dass sich der Gemeinderat die Punkte trotzdem zu Herzen nehmen wird, so wie ich dies auch von Ihnen gehört habe, Gemeinderat Kurt Schwab. Ich bin gespannt auf das weitere Vorgehen des Gemeinderats. Vielen Dank.

2375 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Vielen Dank für diese Ausführungen. Wir kommen zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Einstimmige Annahme.

2380

Parlamentarische Vorstösse

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Folgende parlamentarische Vorstösse wurden heute eingereicht:

- 2385 - Überparteiliche Motion Gabathuler Leander (SVP), Egger Tobias (SP), Baumann Markus (SVP), Kast Esther (Grüne), Bongard Bettina (SP), Spycher Thomas (FDP), Blösch Paul (EVP), Grob Oliver (SVP) und Schneiter Marti Susanne (FDP) – „Überparteiliche Motion zur Seewassernutzung in Nidau“, mit 20 Mitunterzeichnenden
- Überparteiliche Motion Döhrbeck Michael (Grüne) und Baumann Markus (SVP) – „Überparteiliche Motion zur Protokollführung im Gemeinderat“, mit 17 Mitunterzeichnenden
- 2390 - Postulat Kast Esther (Grüne) – „Umstrukturierung des Bereichs Sicherheit ein Risiko?“, mit 17 Mitunterzeichnenden
- Interpellation Gabathuler Leander (SVP) – „Chaos in- und Exodus aus der Infrastrukturabteilung“, mit 14 Mitunterzeichnenden
- 2395 - Interpellation Kast Esther (Grüne) – „Fällung von Bäumen in der Schutzzone (Mittelstrasse – Stadtgraben)“, mit 10 Mitunterzeichnenden

Einfache Anfragen

2400 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Gibt es aus der Ratsmitte einfache Anfragen? Markus Baumann, Sie haben das Wort.

2405 **Markus Baumann, SVP:** Ich möchte nicht unnötig verlängern. Frau Stadtpräsidentin Sandra Hess, ich habe zweimal bezüglich dem offenen Brief des Vereins Stop AGGLOlac nachgefragt. Nun möchte ich mich im Rahmen des Komitees für die Beantwortung bedanken, die fristgerecht wie versprochen eingetroffen ist.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank Markus Baumann. Gibt es noch weitere einfache Anfragen aus der Ratsmitte? Dies scheint nicht der Fall zu sein.

2410

Mitteilungen

2415 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Morgen Freitag, 22. März 2019, findet um 20 Uhr im Restaurant Kreuz die Hauptversammlung des Gemeinnützigen Frauenvereins statt. Am 13. Juni 2019 feiert das Schulhaus Balainen sein 100-jähriges Jubiläum. Damit kommen wir zum Schluss dieser langen Sitzung. Die Sitzung ist geschlossen. Vielen Dank.

NAMENS DES STADTRATES

Die Präsidentin

Der Sekretär

Die Protokollführerin